

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- 1. zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 16/12597 –**

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes

- 2. zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr),
Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/12663 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Neskovic, Ulla Jelpke,
Ulrich Maurer, Bodo Ramelow und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/12395 –**

Keine Schusswaffen in Privathaushalten – Änderung des Waffenrechts

- 4. zu dem Antrag der Abgeordneten Silke Stokar von Neuforn, Volker Beck
(Köln), Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/12477 –**

Abrüstung in Privatwohnungen – Maßnahmen gegen Waffenmissbrauch

A. Problem

Mit dem Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12597 erfolgt die Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände (ABl. L 154 vom 14. 6. 2007, S. 1), die Umsetzung der Richtlinie 2008/43/EG der Kommission

zur Kennzeichnung und Nachverfolgung von Explosivstoffen (ABl. L 94 vom 5. 4. 2008, S. 8) sowie die weitere Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September, 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30. 9. 2005, S. 22) und der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. 12. 2006, S. 36). Daneben beseitigt der Gesetzentwurf zutage getretene punktuelle Lücken und Unklarheiten des bisherigen Rechts und schafft die Basis für eine zügige Anpassung technischer Bestimmungen an den Stand der Technik. Für einen begrenzten Personenkreis kann künftig auf die Erteilung sprengstoffrechtlicher Erlaubnisse oder Befähigungsscheine verzichtet werden, weil der erforderliche Sicherheitsstandard (Zuverlässigkeit, fachliche Qualifikation) anderweitig auf gesetzlicher Grundlage in ausreichendem Maße gewährleistet ist oder durch behördeninterne Maßnahmen sichergestellt werden kann.

B. Lösung

Zur Lösung der dargestellten Probleme und zur Zielerreichung ist eine Änderung der bestehenden Vorschriften im vorgesehenen Umfang notwendig.

Die Änderungen des Sprengstoffgesetzes, des Waffengesetzes, der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz, der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung und weiterer Vorschriften (Artikel 1 bis 3) dienen der Umsetzung europäischen Rechts und der Behebung der bei der Auslegung und im Vollzug zutage getretenen Unzulänglichkeiten. Die Aufhebung von Bestimmungen des Waffengesetzes zu Waffentransfers in Bezug auf Drittstaaten, deren Inkrafttreten zum 1. Januar 2010 erfolgen sollte, vermeidet nicht erforderliche Belastungen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung. Die Änderungen der Strafprozessordnung und der Verordnung über den Betrieb des Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters (ZStV) sind notwendige Ergänzungen der mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und anderer Vorschriften eingeführten Verpflichtung, bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung auch die Auskunft aus dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister einzuholen. Die Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes (Artikel 3 Absatz 9) rundet die im Sprengstoffrecht erforderlich gewordene Anpassung im Bereich der Kontrolle des berechtigten Umgangs mit explosionsgefährlichen Stoffen ab.

Darüber hinaus hat der Innenausschuss folgende Änderungen zum Waffengesetz beschlossen:

- Erweiterte Prüfung des waffenrechtlichen Bedürfnisses,
- Anhebung der Altersgrenze für das Schießen mit großkalibrigen Waffen in Schießsportvereinen von 14 auf 18 Jahre,
- Erweiterung der Kontrolle der sicheren Aufbewahrung von Waffen und Munition in Räumlichkeiten der Waffenbesitzer,
- Verordnungsermächtigung für das Bundesministerium des Innern (BMI) zur Regelung neuer Anforderungen an die Aufbewahrung von Waffen und Munition – unter anderem auch die biometrische Sicherung von Waffenschränken oder bestimmten Schusswaffen,
- Einführung eines elektronischen nationalen Waffenregisters bis Ende 2012,
- Mitteilung auch des Zuzugs eines Waffenbesitzers durch die Meldebehörde an die Waffenbehörde,
- Schaffung der Möglichkeit, behördlich eingezogene Waffen zu vernichten,

- Strafbewehrung der vorsätzlich vorschriftswidrigen Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition, wenn dadurch die Gefahr besteht, dass diese Gegenstände abhanden kommen,
- Einführung einer bis Ende 2009 befristeten Amnestieregelung für Besitzer illegaler Waffen.

Zu Nummer 1 (Drucksache 16/12597)

- a) **Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- b) **Annahme einer Entschließung der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Nummer 2 (Drucksache 16/12663)

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 3 (Drucksache 16/12395)

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 4 (Drucksache 16/12477)

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Die vorgesehenen sachlichen Änderungen, insbesondere des Sprengstoffgesetzes und der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz, führen zu einer Ausweitung der behördlichen Tätigkeiten beim Bund.

Bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung verursacht der Gesetzentwurf durch Ausweitung der behördlichen Tätigkeit Mehrausgaben. Der voraussichtliche Bedarf an Sachmitteln beträgt einmalig ca. 1,89 Mio. Euro für die Schaffung von Infrastruktur für die Konformitätsbewertung von Großfeuerwerk. Der jährliche Personalmittelbedarf wird – bezogen auf drei Stellen im höheren Dienst, zwei Stellen im gehobenen Dienst und eine Stelle im mittleren Dienst – auf 312 000 bis 427 000 Euro geschätzt. Den Mehrkosten stehen erwartete Mehreinnahmen aus Gebührentatbeständen (Prüfung von Großfeuerwerk, Gutachten) von ca. 390 000 Euro gegenüber.

Über die Finanzierung des durch die Änderung des Sprengstoffgesetzes bedingten Investitions- und Personalbedarfs wird unter angemessener Berücksichtigung der zu erwartenden Gebühreneinnahmen im Rahmen der Aufstellung des Haushalts für 2010 zu entscheiden sein.

Bundesweit sind etwa 300 Angehörige des Technischen Hilfswerks (THW) Adressat sprengstoffrechtlicher Vorschriften im Hinblick auf Zuverlässigkeitsüberprüfungen, Ausstellung, Verlängerung oder Änderung von Befähigungsscheinen. Für die THW-Bundesschule sind damit künftig jährlich zwischen 30 und 60 Überprüfungsvorgänge abzuwickeln, die jeweils einen Zeitaufwand von ca. einer Arbeitsstunde bedingen. Dem Aufwand steht ein bisher von der Bundesschule geleisteter Abstimmungsbedarf mit Sprengstoffbehörden in allen Bundesländern in vergleichbarem Umfang gegenüber, der künftig entfallen kann. Somit ergibt sich bei der Bundesschule in der Umstellungsphase gegebenenfalls ein kurzfristiger Verwaltungsmehraufwand, der jedoch keinen Stellenzuwachs erfordert. Der Sachaufwand bleibt unverändert. Im Bereich der Sprengstoffbehörden der Länder entfällt der bisherige Verwaltungsaufwand.

Die Beförderung von Explosivstoffen wird derzeit vom Bundesamt für Güterverkehr bereits unter verkehrsrechtlichen Bestimmungen im Rahmen des Gefahrgutrechts überprüft (Kennzeichnungs-, Verpackungs- und fahrzeugspezifische Pflichten etc. nach Gefahrgutgesetz, GGVSE und ADR). Die in Artikel 3 Absatz 9 vorgesehene Ergänzung des Güterkraftverkehrsgesetzes ermöglicht dem Bundesamt darüber hinaus auch eine Kontrolle bestimmter Anforderungen gemäß dem Sprengstoffgesetz. Sie stellt zugleich eine Maßnahme der Terrorismusbekämpfung durch einen optimalen Einsatz vorhandener Kontrollstrukturen dar. Die zusätzliche Aufgabe hat eine Erhöhung des Zeitaufwands pro Kontrollfall zur Folge: Derzeit kontrolliert das Bundesamt insgesamt ca. 35 000 Gefahrgutfahrzeuge im Jahr. Davon befördern ca. 3 000 Fahrzeuge Gefahrgut der Klasse 1 (Explosive Stoffe und Gegenstände mit Explosivstoff). Diese Fahrzeuge würden künftig nicht nur auf die Einhaltung der Bestimmungen des Gefahrgutrechts im engeren Sinne, sondern auch im Hinblick auf die Anforderungen des Sprengstoffgesetzes hin überprüft. Jede Kontrolle dürfte sich damit im Durchschnitt um schätzungsweise rund 10 Minuten verlängern. Insgesamt würde sich also eine zusätzliche Kontrollzeit von $3\,000 \times 10$ Minuten = 30 000 Minuten pro Jahr ergeben. Ziel ist es, die Anzahl der kontrollierten Gefahrguttransporte in den nächsten Jahren auf 70 000 pro Jahr zu verdoppeln. Dies würde zu einer zusätzlichen Kontrollzeit für das Sprengstoffrecht von 60 000 Minuten führen, also rund eine Zweidrittelstelle ausmachen.

Bei der Zollverwaltung entsteht durch die Gesetzesänderung ein geringer zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Mit Auswirkungen auf den Sach- und Personalhaushalt ist dadurch aber nicht zu rechnen.

Soweit künftig auf die Erteilung sprengstoffrechtlicher Befähigungsscheine für Personal in Kernkraftwerken verzichtet werden kann, ist die dadurch eintretende Ersparnis für die Landesverwaltungen gering, da die Zahl der Betroffenen sehr klein ist.

Die Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen bewirken Vollzugsaufwand bei den zuständigen Stellen. Sie ersetzen allerdings die im Übrigen geltenden Berufszugangsverfahren. Welche der beiden Verfahrensarten einen größeren Verwaltungsaufwand bedeuten, dürfte von der Einzelfallgestaltung abhängen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass in einer Reihe von Fällen die Anerkennung vorhandener Berufsqualifikationen eine Erleichterung im Verhältnis zu einer notwendigen Erlangung der Berufsqualifikation darstellt.

Durch die Ausführung des Gesetzes sind die Gemeinden insoweit betroffen, als ihnen landesrechtlich sprengstoffrechtliche Vollzugsaufgaben zugewiesen sind.

Dies ist in den Ländern in unterschiedlichem Umfang der Fall. Eine Verlagerung von Aufgaben auf die Gemeinden geht jedoch einher mit dem Wegfall entsprechender Aufgaben bei der Landesverwaltung.

E. Sonstige Kosten

Die Anpassung der Bestimmungen für die Prüfung pyrotechnischer Gegenstände führt zu keiner wesentlichen Kostenbelastung für die Wirtschaft, da das bisherige nationale Zulassungsverfahren durch das der EG-Baumusterprüfung ersetzt wird und diese für den Fall des Verbringens in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits durchgeführt sein musste. Dies gilt insbesondere für die Konformitätsbewertung von Großfeuerwerk, bei der zwar die Bauartprüfung neu ist, dafür im Gegenzug aber der Marktzugang in allen 27 Mitgliedstaaten ohne weitere Prüfung möglich ist. Zusätzliche Kosten für die Prüfung können nur dort entstehen, wo pyrotechnische Gegenstände als Vorprodukt für die Herstellung anderer der EG-Baumusterprüfung oder einem nationalen Zulassungsverfahren unterliegenden Produkte in Verkehr gebracht werden. Die Einführung eines harmonisierten Kennzeichnungssystems für Explosivstoffe zum Zwecke der Nachverfolgung als Maßnahme der Terrorismusbekämpfung wird für die Wirtschaft einen einmaligen Kostenmehraufwand bedingen, dem jedoch auf Dauer durch die europäische Harmonisierung und die Nutzung des Kennzeichens auch für Belange der Wirtschaft Einsparungen gegenüberstehen. Die mit dem Gesetzentwurf geschaffene Möglichkeit einer elektronischen Verzeichnisführung führt zu einer weiteren Minimierung möglicher Mehrkosten.

Auswirkungen auf das Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sowie auf die Einzelpreise sind nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Bürokratiekosten der Wirtschaft

Es werden sechs Informationspflichten neu eingeführt, 18 Informationspflichten geändert, davon 13 erweitert und fünf vereinfacht sowie eine Informationspflicht abgeschafft.

Die Höhe der finanziellen Belastung für die Wirtschaft beträgt nach derzeitiger Prognose etwa 152 000 Euro. Die Vielzahl der Informationspflichten führt zu Kosten in Größenordnungen bis zu wenigen Tausend Euro.

Die mit der Umsetzung der Richtlinie 2008/43/EG einzuführende neue Kennzeichnungspflicht explosionsgefährlicher Stoffe zur Kennzeichnung und Rückverfolgung wird auch unter Berücksichtigung einer automatisierten Fertigung auf rund 35 000 Euro geschätzt, der Aufwand für die erweiterte Führung der (Lager-)Verzeichnisse auf rund 75 000 Euro.

Aus der Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG (Pyrotechnik-Richtlinie) resultieren im Wesentlichen kostenneutrale Verlagerungen von einer Informationspflicht zu einer anderen – so beispielsweise die künftige Verpflichtung, das CE-Zeichen an Stelle des Zulassungszeichens zu verwenden. Daneben ergeben sich für die Wirtschaft auch Vorteile, da bei einem Verbringen innerhalb der EU die künftige Baumusterprüfung – im Gegensatz zur bisherigen nationalen Zulassung – anerkannt wird; weitere Prüfungen in bis zu 26 anderen EU-Mitgliedstaaten werden somit vermieden. Die potenzielle Kostenersparnis kann an dieser Stelle nicht quantifiziert werden.

Durch die Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG (Anerkennung beruflicher Qualifikationen) wird eine Informationspflicht neu eingeführt. Die Vorlage des Staatsangehörigkeitsnachweises zur Anerkennung der ausländischen Fachkunde ist bisher schon für die Prüfung der Zuverlässigkeit erforderlich; in der

Regel handelt es sich um ein einheitliches Verfahren, so dass die Vorlage weiterhin nur einmal erforderlich ist und sich keine zusätzlichen Kosten ergeben. Die Berufsausübung war bereits bisher an den Nachweis von Qualifikationen geknüpft. Das Anerkennungsverfahren von bereits vorhandenen Berufsqualifikationen tritt nicht neben, sondern an die Stelle der anderenfalls allgemein gültigen Verfahren. Das Anerkennungsverfahren macht Anträge (bei nur vorübergehender Ausübung: Anzeige) und Nachweise seitens der Personen, die Dienstleistungen erbringen möchten, ebensowenig überflüssig wie Nachweisprüfung und Kommunikation mit diesen Personen durch die zuständige Stelle. Die genauen Bedingungen dieser Verfahrensschritte sind an die besondere Situation bereits vorhandener Qualifikationen und an die Anforderungen der Richtlinie 2005/36/EG angepasst. Der Berufszugang wird damit für Unionsbürger und -bürgerinnen ebenso erleichtert wie für Bürger von EWR-Vertragsstaaten oder der Schweiz.

Bürokratiekosten der Bürgerinnen und Bürger

Es werden eine Informationspflicht neu eingeführt, vier Informationspflichten geändert, davon zwei erweitert und zwei vereinfacht.

Bürokratiekosten der Verwaltung

Es werden zwölf Informationspflichten neu eingeführt, 18 Informationspflichten geändert, davon zwölf erweitert und sechs vereinfacht sowie eine Informationspflicht abgeschafft.

Darüber hinaus werden durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzentwurfs die mit dem WaffRÄndG vom 26. März 2008 vorgesehenen Vorschriften zur Neuregelung der Bestimmungen für Transporte von Schusswaffen aus und in Drittstaaten revidiert, die mit Wirkung zum 1. Januar 2010 in Kraft treten sollten. Hierfür wurden für die Wirtschaft vier neue und drei erweiterte Informationspflichten mit einem Kostenvolumen von rund 39 000 Euro ermittelt, die ebenso wie vier Informationspflichten für die Bürger und sechs Informationspflichten für die Verwaltung nicht wirksam werden.

Kosten (Abschnitte D bis F), die sich durch die vom Innenausschuss auf Grundlage der Anträge der Koalitionsfraktionen auf den Ausschussdrucksachen 16(4)626 und 16(4)644 beschlossenen Änderungen bzw. Ergänzungen, insbesondere von Vorschriften zum Waffenrecht, ergeben, wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- 1a) den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/12597 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
- 1b) folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

1. Das vom Deutschen Bundestag heute beschlossene Vierte Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes enthält auch eine Ermächtigung, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates von den Anforderungen an die Aufbewahrung von Waffen und Munition abzusehen oder zusätzliche Anforderungen an die Aufbewahrung oder die Sicherung der Waffen festzulegen (Artikel 3 § 36 Absatz 5 WaffG n. F.).

Danach können unter Berücksichtigung des Standes der Technik, der Art und Zahl der Waffen, der Munition oder der Örtlichkeit sowohl Abweichungen von der Regelanforderung als auch zusätzliche Anforderungen an technische Sicherungssysteme zur Verhinderung einer unberechtigten Wegnahme oder Nutzung von Schusswaffen, die Nachrüstung oder der Austausch der Sicherungssysteme sowie die Ausstattung von Schusswaffen mit Sicherungssystemen festgelegt werden.

- 1.1 Die neue Verordnungsermächtigung in § 36 Absatz 5 WaffG hat folgenden Hintergrund:

Am 11. März 2009 tötete ein 17-Jähriger in einer Schule im baden-württembergischen Winnenden mit einer halbautomatischen Kurzwaffe (Kaliber 9 × 19 mm) 15 Menschen und sich selbst. Nach den polizeilichen Ermittlungen gehörte die Schusswaffe dem Vater des Täters, der diese als Sportschütze legal besaß, jedoch nicht in dem vorgeschriebenen Waffenschrank aufbewahrte, so dass der Täter unberechtigt auf die Waffe zugreifen konnte.

Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Tat nicht möglich gewesen wäre, wenn Waffe und Munition gemäß den strengen waffenrechtlichen Aufbewahrungsvorschriften getrennt voneinander in den hierfür vorgesehenen Behältnissen eingeschlossen gewesen wären. Deutschland verfügt bereits über eines der strengsten Waffengesetze in der Welt. Auch die schärfsten waffenrechtlichen Vorschriften können den unbefugten Zugriff auf Schusswaffen nicht verhindern, wenn Waffenbesitzer gegen diese Regelungen fahrlässig oder vorsätzlich verstoßen. Insoweit trägt in erster Linie jeder Waffenbesitzer selbst die Verantwortung für die sichere Aufbewahrung seiner Waffe, die in falschen Händen Menschen töten kann. Beratungen einer eigens eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe führten u. a. zu dem Ergebnis, dass – unabhängig von den nicht auszublendenden gesellschaftlichen Faktoren des Phänomens Amoklauf – im Waffenrecht insbesondere weiterreichende Möglichkeiten zur Verhinderung des unbefugten Zugriffs auf Schusswaffen ausgeschöpft werden sollten.

- 1.2 Nach geltender Rechtslage hat der Besitzer von Waffen oder Munition die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass diese Gegenstände abhanden kommen oder Dritte sie unbefugt an sich nehmen, vgl. § 36 WaffG und die §§ 13, 14 der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung (AWaffV). In der Regel sind diese Sicherheitsbehältnisse mit Doppelbart- oder Zahlenschlössern (mechanisch oder elektronisch) ausgestattet.

- 1.3 Durch die geänderte Verordnungsermächtigung in § 36 Absatz 5 WaffG wird es dem Ordnungsgeber ermöglicht, detailliert Anforderungen an technische Sicherungssysteme zur Verhinderung einer unberechtigten Wegnahme oder Nutzung von Schusswaffen, die Nachrüstung oder den Austausch vorhandener Sicherungssysteme bei Waffenschränken sowie die Sicherung der Schusswaffe mit mechanischen, elektronischen oder biometrischen Sicherungssystemen in einer Rechtsverordnung zu regeln. Die gewählte Formulierung ermöglicht es dem Ordnungsgeber, nicht nur für Sicherheitsbehörden, sondern auch für großkalibrige Schusswaffen die dort genannten Sicherungssysteme (z. B. Blockierungen) vorzuschreiben. Der Deutsche Bundestag erwartet, dass der Ordnungsgeber bei seinen Vorgaben den Stand der Technik der unterschiedlich ausgereiften Systeme (mechanisch, elektronisch oder biometrisch) und die unterschiedlichen Sicherungsmöglichkeiten (Waffe, Sicherheitsbehörden, Schlüssel) angemessen berücksichtigt und gewichtet.
- 1.4 Der Deutsche Bundestag begrüßt das von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe dargestellte Anliegen, das Abhandenkommen oder den unberechtigten Zugriff auf Schusswaffen und Munition durch zusätzliche Sicherheitsanforderungen weiter zu erschweren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Wirksamkeit der getroffenen Regelungen zur sicheren Aufbewahrung und zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff bis Ende 2011 zu evaluieren.
- 1.5 Die Bundesregierung wird aufgefordert,
 - sich kurzfristig einen Überblick über bereits bestehende und noch realisierbare technische Möglichkeiten zur verbesserten Sicherung von Waffen und Munition gegen Abhandenkommen oder unberechtigten Zugriff zu verschaffen,
 - möglichst zeitnah mit den betroffenen Kreisen (u. a. Herstellern und Verbänden) effektive Lösungsmöglichkeiten zur verbesserten Sicherung von Waffen und Munition zu beraten und
 - zügig eine praktikable Umsetzung im Wege der Verordnung herbeizuführen.
2. Im Zuge der Diskussionen zu den waffenrechtlichen Konsequenzen aufgrund der Straftat von Winnenden wurden auch Schießsportdisziplinen thematisiert, die Bewegungselemente enthalten. Hierbei stand neben dem „Westernschießen“ insbesondere das Schießen nach den Regeln der International Practical Shooting Confederation (IPSC) auf dem Prüfstand.
 - 2.1 IPSC versteht sich als dynamische Schießsportdisziplin, bei der ein Schießparcours mit einem möglichst guten Trefferbild in möglichst kurzer Zeit zu absolvieren ist. Schon nach geltender Rechtslage ist IPSC nur im Einklang mit geltendem Waffenrecht möglich und erfolgt nach einer vom Bundesverwaltungsamt genehmigten Schießsportordnung. Es handelt sich hierbei nicht um unzulässiges kampfmäßiges Schießen, das bereits nach § 7 AWaffV verboten ist. Zur deutlichen Abgrenzung muss das IPSC-Schießen nach geltender Rechtslage auf bestimmte Schießübungen in Deutschland verzichten, die in anderen Staaten zulässig wären. Dynamische Schießsportdisziplinen enthalten jedoch auch Übungen, die zumindest den Anschein erwecken können, deliktsrelevante Schießelemente zu enthalten (z. B. Aufbauten, die den Schützen zwingen, beim Schießen eine bestimmte Körperhaltung einzunehmen, werden als „Deckung“ oder „Häuserkampf“ interpretiert).
 - 2.2 Der Deutsche Bundestag erinnert die Schießsportverbände an ihre Verantwortung, bei der Ausgestaltung des Schießsports auch innerhalb gesetz-

licher Vorgaben gewisse Grenzen nicht zu überschreiten und hierbei auch zu berücksichtigen, welchen Eindruck die Ausübung gerade noch zulässiger Schießsportdisziplinen in der Öffentlichkeit hinterlassen kann.

- 2.3 Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Schießsportverbände die Ausgestaltung von Schießsportdisziplinen, die Bewegungselemente enthalten, mit Vertretern der Länder und der Bundesregierung im hierfür zur Verfügung stehenden Expertengremium, dem Fachbeirat Schießsport, kritisch hinterfragen. Überprüft werden soll insbesondere, inwieweit durch rechtliche oder verbandsinterne Vorgaben das Schießen aus der Bewegung weiter eingeschränkt werden kann, um es weiter vom „kampfmäßigen“ Schießen zu distanzieren. Zu erwägen ist auch, ob jugendliche Sportschützen von dynamischen Schießsportdisziplinen ausgeschlossen sein sollten.
- 2.4 Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Schießsportverbänden und unter Nutzung des Sachverständigenrates des Fachbeirates Schießsport Lösungsmöglichkeiten zu erörtern und diese zeitnah umzusetzen.
3. Der Deutsche Bundestag sieht mit Besorgnis die Verbreitung realer Spiele mit Tötungs- oder Verletzungssimulation.
 - 3.1 Der Deutsche Bundestag bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass die Veranstaltung bestimmter gewaltverherrlichender Spiele, bei denen das Töten oder Verletzen von Menschen realitätsnah simuliert wird, menschenverachtend ist und nicht mit der Werteordnung des Grundgesetzes im Einklang steht. Der Deutsche Bundestag ist besorgt, dass durch die Teilnahme an so genannten Laserdrome- oder Paintball-/Gotcha-Spielen, soweit diese gegen die Menschenwürde verstoßende Spielregeln enthalten, das Verletzen oder Töten von Menschen realitätsnah trainiert und damit die Hemmschwelle zur bewaffneten Konfliktlösung herabgesenkt werden könnte.
 - 3.2 Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das Gefahrenpotential solcher Spiele auch unter Einbeziehung von kriminologischen, psychologischen oder soziologischen Sachverständigen zu untersuchen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten bestehen, reale Spiele mit Tötungs- oder Verletzungssimulation bei Bedarf zu unterbinden oder zumindest – etwa durch Altersgrenzen oder Vorgaben zur Gestaltung des Spiels – sinnvoll einzuschränken. Die bestehenden Möglichkeiten, solche Spiele auf der Grundlage des Polizei- und Ordnungsrechts der Länder, des Gewerberechts, des Ordnungswidrigkeitenrechts oder des Waffenrechts zu unterbinden, werden als unzureichend erachtet.“;
2. den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12663 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 16/12395 abzulehnen;
4. den Antrag auf Drucksache 16/12477 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes
– Drucksache 16/12597 –
mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuss)

Entwurf

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes^{1, 2}

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Sprengstoffgesetzes

Das Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3518), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Als explosionsgefährlich gelten nur solche Stoffe, die sich bei Durchführung der Prüfverfahren nach Anhang Teil A.14 der Verordnung (EG) Nr. 440/2008 der Kommission vom 30. Mai 2008 zur Festlegung der Prüfmethoden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 142 vom 31. 5. 2008, S. 1) in der jeweils jüngsten im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Fassung als explosionsgefährlich erwiesen haben.“

¹⁾ Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände (ABl. L 154 vom 14. 6. 2007, S. 1), der Richtlinie 2008/43/EG der Kommission zur Kennzeichnung und Nachverfolgung von Explosivstoffen (ABl. L 94 vom 5. 4. 2008, S. 8) sowie der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30. 9. 2005, S. 22) und der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. 12. 2006, S. 36 bis 68).

²⁾ Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 204 vom 21. 7. 1998, S. 37), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/96/EG vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20. 12. 2006, S. 81) geändert worden ist, sind beachtet worden.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes^{*) **)}

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Sprengstoffgesetzes

Das Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3518), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. unverändert

^{*)} Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände (ABl. L 154 vom 14. 6. 2007, S. 1), der Richtlinie 2008/43/EG der Kommission zur Kennzeichnung und Nachverfolgung von Explosivstoffen (ABl. L 94 vom 5. 4. 2008, S. 8) sowie der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen ((ABl. L 255 vom 30. 9. 2005, S. 22)) und der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. 12. 2006, S. 36–68).

^{**)} Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 204 vom 21. 7. 1998, S. 37), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/96/EG vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20. 12. 2006, S. 81) geändert worden ist, sind beachtet worden.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- b) In Absatz 4 Nummer 3 wird die Angabe „19 bis 22, 24 Abs. 1“ durch die Angabe „19 bis 24 Absatz 1“ und die Angabe „§§ 32a und 34 bis 39a“ durch die Angabe „§§ 32a bis 39a“ ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 werden die Wörter „verbringt oder herstellt und ihn vertreiben, anderen überlassen oder verwenden will,“ durch die Wörter „verbringt, herstellt, ihn vertreiben, anderen überlassen oder verwenden will,“ ersetzt.
2. unverändert
3. Am Ende von § 3 Absatz 3 Nummer 2 werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummern 3 und 4 angefügt:
3. unverändert
- „3. Hersteller jede natürliche oder juristische Person, die einen explosionsgefährlichen Stoff gestaltet oder herstellt oder einen explosionsgefährlichen Stoff gestalten oder herstellen lässt, um ihn unter dem eigenen Namen oder der eigenen Marke in Verkehr zu bringen. Als Hersteller gilt auch derjenige, unter dessen Namen oder Firma der explosionsgefährliche Stoff vertrieben oder anderen überlassen wird und der die Verantwortung dafür übernimmt, dass der Stoff entsprechend einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung gekennzeichnet und verpackt ist,
4. Einführer jede natürliche oder juristische Person, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit einen aus einem Drittland stammenden pyrotechnischen Gegenstand erstmalig auf dem Gemeinschaftsmarkt bereitstellt.“
4. § 5 wird wie folgt gefasst:
4. unverändert
- „§ 5
Konformitätsnachweis für Explosivstoffe
und pyrotechnische Gegenstände, Zulassung
von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen
und Sprengzubehör

(1) Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände dürfen nur eingeführt, verbracht, in Verkehr gebracht, vertrieben, anderen überlassen oder verwendet werden, wenn der Hersteller oder sein in einem Mitgliedstaat ansässiger Bevollmächtigter für sie den Konformitätsnachweis erbracht hat und die Stoffe und Gegenstände mit der CE-Kennzeichnung (CE-Zeichen) versehen sind. Der Konformitätsnachweis ist erbracht, wenn die Baumuster den festgelegten grundlegenden Anforderungen entsprechen, die den Baumustern nachgefertigten Produkte den Baumustern entsprechen und beides durch eine Bescheinigung nachgewiesen ist. Die grundlegenden Anforderungen für Explosivstoffe sind in Anhang I der Richtlinie 93/15/EWG und für pyrotechnische Gegenstände in Anhang I der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände (ABl. L 154 vom 14. 6. 2007, S. 1) festgelegt. Die Kennzeichnung nicht konformer Explosivstoffe oder pyrotechnischer Gegenstände mit dem CE-Zeichen und das Inverkehrbringen solcher Explosivstoffe oder pyrotechnischer Gegenstände und das Überlassen an andere außerhalb der Betriebsstätte sind verboten.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(2) Nicht der CE-Kennzeichnungspflicht nach Absatz 1 unterliegen

1. pyrotechnische Gegenstände zur ausschließlichen Verwendung nach den Anlagen A.1 und A.2 der Richtlinie 96/98/EG des Rates vom 20. Dezember 1996 über Schiffsausrüstung (ABl. L 46 vom 17. 2. 1997, S. 25),
2. Zündplättchen, die speziell für Spielzeug und sonstige Gegenstände im Sinne der Richtlinie 88/378/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 187 vom 3. 5. 1988, S. 1) konzipiert sind.

(3) Sonstige explosionsgefährliche Stoffe und Sprengzubehör dürfen nur eingeführt, verbracht, vertrieben, anderen überlassen oder verwendet werden, wenn sie ihrer Zusammensetzung, Beschaffenheit und Bezeichnung nach von der Bundesanstalt zugelassen worden sind oder durch Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 allgemein zugelassen sind. Die Zulassung wird entweder dem Hersteller, seinem in einem Mitgliedstaat ansässigen Bevollmächtigten oder dem Einführer auf Antrag erteilt. Eine Zulassung ist nicht erforderlich, wenn die sonstigen explosionsgefährlichen Stoffe oder das Sprengzubehör unmittelbar nach der Einfuhr unter zollamtlicher Überwachung in einen anderen Mitgliedstaat, in ein verschlossenes Zolllager oder eine Freizone des Kontrolltyps I weiterbefördert werden. Die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend für die Weiterbeförderung aus einem verschlossenen Zolllager oder einer Freizone des Kontrolltyps I in einen anderen Mitgliedstaat oder einen Drittstaat.

(4) Die Zulassung ist zu versagen,

1. soweit der Schutz von Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter oder Sachgütern bei bestimmungsgemäßer Verwendung nicht gewährleistet ist,
2. wenn die sonstigen explosionsgefährlichen Stoffe oder das Sprengzubehör den Anforderungen an die Zusammensetzung, Beschaffenheit und Bezeichnung (§ 6 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) nicht entsprechen,
3. soweit die sonstigen explosionsgefährlichen Stoffe oder das Sprengzubehör in ihrer Wirkungsweise, Brauchbarkeit und Beständigkeit dem Stand der Technik nicht entsprechen oder
4. wenn der Antragsteller auf Grund seiner betrieblichen Ausstattung oder sonst nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass die nachgefertigten explosionsgefährlichen Stoffe in ihrer Zusammensetzung und Beschaffenheit dem zur Prüfung vorgelegten Muster entsprechen.

Die Zulassung kann befristet, inhaltlich beschränkt sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden, soweit dies zum Schutz von Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter oder Sachgütern erforderlich ist. Die nachträgliche Beifügung, Änderung und Ergänzung von Auflagen ist zulässig.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(5) Die Bundesanstalt kann Ausnahmen zulassen

1. vom Erfordernis des Konformitätsnachweises nach Absatz 1 Satz 1 zum Zweck
 - a) der Ausfuhr auf Antrag des Herstellers, seines in einem Mitgliedstaat ansässigen Bevollmächtigten oder des Ausführers,
 - b) der Vernichtung auf Antrag des Herstellers, seines in einem Mitgliedstaat ansässigen Bevollmächtigten oder des Vernichters,
 - c) des Verbringens im Geltungsbereich des Gesetzes zwischen unterschiedlichen Betriebsstätten auf Antrag des Herstellers oder seines in einem Mitgliedstaat ansässigen Bevollmächtigten,
2. vom Erfordernis der Zulassung nach Absatz 3 im Einzelfall auf Antrag des Herstellers, seines in einem Mitgliedstaat ansässigen Bevollmächtigten oder des Einführers

soweit der Schutz von Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter oder Sachgütern gewährleistet ist. Das Verbot des Überlassens an andere außerhalb der Betriebsstätte nach Absatz 1 Satz 4 findet keine Anwendung im Falle der Nummer 1 Buchstabe b und c.

(6) Die zuständige Behörde kann im Einzelfall an die Verwendung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und Sprengzubehör über Absatz 4 oder § 6 Absatz 1 Nummer 1 hinausgehende Anforderungen stellen, soweit zur Abwendung von Gefahren für Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter besondere Maßnahmen erforderlich sind.

5. § 5a wird aufgehoben.
6. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden die Wörter „pyrotechnische Gegenstände“ gestrichen.
 - bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Buchstabe a werden die Wörter „pyrotechnischen Gegenständen“ gestrichen und nach dem Wort „Explosivstoffe“ werden die Wörter „und pyrotechnische Gegenstände“ eingefügt.
 - bbb) Die Buchstaben c und d werden wie folgt gefasst:
 - „c) die Verpflichtung zur Anbringung eines Zulassungszeichens auf sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und auf Sprengzubehör, die Festlegung der Kennzeichnung von Explosivstoffen und pyrotechnischen Gegenständen nach § 5 Absatz 1 mit dem CE-Zeichen, die Art und Form des CE-Zeichens,

5. unverändert
6. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) unverändert

Entwurf

- d) das Verfahren für die Zulassung nach § 5 Absatz 3 und 4, das Verfahren für den Konformitätsnachweis nach § 5 Absatz 1, das Verfahren zur Vergabe einer Identifikationsnummer für Explosivstoffe zum Zwecke der Registrierung sowie für pyrotechnische Gegenstände zum Zwecke der Registrierung und Freigabe für den Verkauf, das Feilbieten und die Verwendung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie 2007/23/EG, deren Bekanntmachung sowie der Zusammenarbeit mit benannten Stellen anderer Mitgliedstaaten, das Verfahren für die Akkreditierung und Überwachung benannter Stellen und Prüflaboratorien und die Bekanntmachung der zugelassenen sonstigen explosionsgefährlichen Stoffe und des Sprengzubehörs sowie der Explosivstoffe und pyrotechnischen Gegenstände, für die der Konformitätsnachweis erbracht worden ist,“.
- cc) In Nummer 6 wird das Wort „Gemeinschaften“ durch das Wort „Union“ ersetzt.

- b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 5a“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

7. Dem § 8 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

„Ist innerhalb von einem Jahr vor dem Zeitpunkt der Prüfung eine durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes vorgeschriebene Überprüfung der Zuverlässigkeit erfolgt, kann auf eine erneute Prüfung ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn und soweit das Ergebnis dieser Prüfung die Feststellung ermöglicht, dass die Zuverlässigkeit und die persönliche Eignung im Sinne der §§ 8a und 8b vorliegen. Ergebnis und Rechtsgrundlage der zugrunde gelegten Überprüfung sind aktenkundig zu machen.“

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- b) In Absatz 2 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört es auch, dem Stand der Technik entsprechende Regeln und sonstige gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse für die diesem Gesetz unterliegenden Stoffe und Gegenstände, einschließlich deren Einstufung und Kennzeichnung, zu ermitteln, wie die in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes gestellten Anforderungen erfüllt werden können.“

- c) unverändert

- d) Folgender Absatz wird angefügt:

„(4) Die zuständigen Bundesministerien können die nach Absatz 2 ermittelten Regeln und Erkenntnisse im elektronischen Bundesanzeiger bekannt geben.“

7. unverändert

| Entwurf | Beschlüsse des 4. Ausschusses |
|--|-------------------------------|
| 8. § 8a wird wie folgt geändert: a) In Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b werden nach dem Wort „Stoffen“ die Wörter „, Waffen oder Munition“ eingefügt. b) In Absatz 5 Satz 3 werden nach dem Wort „Zuverlässigkeitsprüfung“ die Wörter „und der Prüfung der persönlichen Eignung“ eingefügt. | 8. unverändert |
| 9. § 15 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) In Satz 2 werden die Wörter „, Durchführer“ und „, Durchfuhr“ gestrichen und nach den Wörtern „darüber hinaus“ die Wörter „auf Verlangen der zuständigen Behörde“ eingefügt. bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst: „Das Erfordernis des Konformitätsnachweises nach § 5 Absatz 1 oder der Zulassung nach § 5 Absatz 3 bleiben unberührt.“ b) Dem Absatz 4 werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt: „Sie können zu diesem Zweck den zuständigen Behörden Informationen übermitteln. Das Brief- und Postgeheimnis (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“ | 9. unverändert |
| 10. In § 19 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c wird das Wort „ausüben“ durch die Wörter „ausübenden Personen“ ersetzt. | 10. unverändert |
| 11. Nach § 21 Absatz 3 Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt: „Die Zuverlässigkeit und die persönliche Eignung sind durch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der für die Erteilung der Erlaubnis zuständigen Behörde nachzuweisen. Erfolgt die Bestellung innerhalb eines Jahres nach Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung oder wird innerhalb eines Jahres nach Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung eine Erlaubnis oder ein Befähigungsschein für die bestellte Person beantragt, so ist die erneute Prüfung der Zuverlässigkeit und der persönlichen Eignung nicht erforderlich, sofern nicht neue Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person die erforderliche Zuverlässigkeit und die persönliche Eignung nicht mehr besitzt.“ | 11. unverändert |
| 12. § 22 Absatz 4 wird wie folgt geändert: a) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt: „Satz 1 findet keine Anwendung auf den Vertrieb und das Überlassen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 1 im Sinne von Artikel 3 der Richtlinie 2007/23/EG.“ b) Der bisherige Satz 2 wird Absatz 5 und wie folgt geändert: Die Wörter „des Satzes 1“ werden jeweils durch die Wörter „des Absatzes 4 Satz 1“ ersetzt. c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6. | 12. unverändert |

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

13. § 32 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 4 werden die Wörter „oder der persönlichen Eignung“ durch die Wörter „oder die persönliche Eignung“ ersetzt.
 - In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „, stellt jemand pyrotechnische Gegenstände ohne Anwendung eines in einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung vorgeschriebenen Qualitätssicherungsverfahrens her oder verwendet jemand solche“ gestrichen; nach dem Wort „Explosivstoffen“ werden die Wörter „oder pyrotechnischen Gegenständen“ eingefügt.
14. § 32a wird wie folgt geändert:
- Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Besteht der begründete Verdacht, dass ein nach § 5 zugelassener oder geprüfter und gekennzeichnete Stoff oder Gegenstand bei der bestimmungsgemäßen Verwendung eine Gefahr für Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter oder Sachgüter darstellt, so prüft die zuständige Behörde an einer Stichprobe, ob diese Stichprobe mit dem bei der Zulassung vorgelegten Prüfmuster oder mit dem Baumuster übereinstimmt.“
 - Absatz 1a wird aufgehoben.
 - In Absatz 3 werden nach dem Wort „Explosivstoffe“ die Wörter „oder pyrotechnischer Gegenstände“ eingefügt.
 - In Absatz 4 werden nach dem Wort „Explosivstoff“ die Wörter „oder pyrotechnischer Gegenstand“ eingefügt und die Angabe „§ 5a Abs. 1 Satz 5“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 1 Satz 3“ ersetzt.
15. In § 33 Absatz 2 wird nach der Angabe „§ 19 Absatz 1 Nummer 2 und 4 Buchstabe b“ die Angabe „und c“ eingefügt.
13. § 24 Absatz 1 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:
- „Sie haben hierbei die vom Hersteller oder die von einer auf Grund dieses Gesetzes bestimmten Stelle festgelegte Anleitung zur Verwendung, die nach § 6 Absatz 4 bekannt gemachten Regeln und Erkenntnisse, die sonstigen gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse sowie die allgemein anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik anzuwenden. Bei Einhaltung der nach § 6 Absatz 4 bekannt gemachten Regeln ist davon auszugehen, dass die im Gesetz oder einer Verordnung zum Gesetz gestellten Anforderungen diesbezüglich erfüllt sind. Werden die Regeln nicht angewendet, muss durch andere Maßnahmen die gleiche Sicherheit und der gleiche Gesundheitsschutz der Beschäftigten erreicht werden.“
14. unverändert
15. unverändert
16. unverändert
17. Dem § 34 wird folgender Absatz angefügt:
- „(5) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 haben keine aufschiebende Wirkung, sofern die Erlaubnis, die Zulassung oder der Befähigungs-

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

16. Dem § 36 werden folgende Absätze 5 und 6 angefügt:
- „(5) Soweit nicht durch dieses Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes abweichendes bestimmt ist, werden die nach Absatz 1 für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Bundesbehörden vom Bundesministerium des Innern durch Rechtsverordnung bestimmt.
- (6) Verwaltungsverfahren nach diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes können über eine einheitliche Stelle nach den Vorschriften *des Verwaltungsverfahrensgesetzes* abgewickelt werden.“
17. § 37 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, für den Bereich der Bundesverwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die gebührenpflichtigen Tatbestände näher zu bestimmen und dabei feste Sätze oder Rahmensätze zu bestimmen.“
- bb) In Satz 2 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der folgende Halbsatz durch folgende Sätze ersetzt:
- „Bei begünstigenden Amtshandlungen kann daneben die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder der sonstige Nutzen für den Gebührenschuldner angemessen berücksichtigt werden. Soweit der Gegenstand der Gebühr in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. 12. 2006, S. 36 bis 68) fällt, findet Satz 3 keine Anwendung; inländische Gebührenschuldner dürfen hierdurch nicht benachteiligt werden.“
18. § 38 wird aufgehoben.
19. In § 39 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Soziales“ die Wörter „– Rechtsverordnungen nach § 37 Abs. 2 nur im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie –“ gestrichen.
20. § 40 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 Nummer 3 werden jeweils die Wörter „, ausgenommen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 zugelassene pyrotechnische Gegenstände,“ gestrichen.
18. Dem § 36 werden folgende Absätze 5 und 6 angefügt:
- „(5) unverändert
- „(6) Verwaltungsverfahren nach diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes können über eine einheitliche Stelle nach den Vorschriften **der Verwaltungsverfahrens-gesetze** abgewickelt werden.“
19. unverändert
20. unverändert
21. unverändert
22. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 Nummer 3 oder Absatz 2 Nummer 3 strafbar, wenn eine dort bezeichnete Handlung in Bezug auf einen nach § 5 Absatz 1 Satz 1 konformitätsbewerteten oder nach § 47 Absatz 2 oder Absatz 4 zugelassenen pyrotechnischen Gegenstand begangen wird.“

21. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Nummern 3a, 3b, 11 und 13 werden aufgehoben.

bb) Folgende neue Nummern 1c und 1d werden eingefügt:

„1c. entgegen § 5 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a oder Buchstabe c Explosivstoffe oder pyrotechnische Gegenstände einführt, verbringt, in Verkehr bringt, vertreibt, anderen überlässt oder verwendet,

1d. entgegen § 5 Absatz 1 Satz 4 Explosivstoffe oder pyrotechnische Gegenstände in Verkehr bringt oder anderen überlässt,“.

cc) In Nummer 2 werden die Angabe „§ 5 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt und die Wörter „pyrotechnische Gegenstände,“ gestrichen.

dd) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 5 Abs. 2 Satz 2 oder 3“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 4 Satz 2 oder Satz 3“ ersetzt.

ee) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25 Nummer 5 einen Nachweis nicht oder nicht rechtzeitig erbringt,“.

ff) In Nummer 12a werden nach dem Wort „Anleitung“ die Wörter „oder den Stand der Technik“ eingefügt.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine in § 40 Absatz 1 Nummer 3 oder Absatz 2 Nummer 3 bezeichnete Handlung in Bezug auf einen nach § 5 Absatz 1 Satz 1 konformitätsbewerteten oder nach § 47 Absatz 2 oder Absatz 4 zugelassenen pyrotechnischen Gegenstand begeht.“

c) In Absatz 2 werden die Wörter „im Übrigen“ durch die Wörter „in den übrigen Fällen des Absatzes 1 und in den Fällen des Absatzes 1a“ ersetzt.

d) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Wird eine Zuwiderhandlung nach Absatz 1 Nummer 5a oder Nummer 12 von einem Unternehmen begangen, das im Geltungsbereich des Gesetzes weder seinen Sitz noch eine geschäftliche Nie-

23. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

derlassung hat, und hat auch der Betroffene im Geltungsbereich des Gesetzes keinen Wohnsitz, so ist Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten das Bundesamt für Güterverkehr.“

22. § 42 wird wie folgt gefasst:

„§ 42

Strafbare Verletzung von Schutzvorschriften

Wer durch eine in § 41 Absatz 1 Nummer 1a, 1c, 1d, 2, 3 oder Nummer 15 oder eine in § 41 Absatz 1a bezeichnete vorsätzliche Handlung das Leben oder die Gesundheit eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“

23. § 45 wird wie folgt gefasst:

„§ 45

Aufgaben der Bundesanstalt

Die Bundesanstalt ist zuständig für

1. die Weiterentwicklung von Sicherheit in Technik und Chemie, einschließlich der Durchführung von Forschung und Entwicklung in den Arbeitsgebieten,
2. die Durchführung und Auswertung physikalischer und chemischer Prüfungen von Stoffen und Anlagen einschließlich der Bereitstellung von Referenzverfahren und -materialien,
3. die Förderung des Wissens- und Technologietransfers in den Arbeitsgebieten,
4. die Durchführung der ihr durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben.“

24. § 47 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „für die Zulassung“ gestrichen.
- b) In Absatz 1 werden die Wörter „pyrotechnischen Sätzen und Gegenständen,“ gestrichen.
- c) Die Absätze 2 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„(2) Pyrotechnische Gegenstände nach § 5, für die vor dem ... [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] eine Zulassung erteilt wurde, dürfen auch weiterhin, längstens jedoch bis zum 3. Juli 2017 im Geltungsbereich dieses Gesetzes hergestellt, eingeführt, verbracht, vertrieben, anderen überlassen oder verwendet werden. Die Kennzeichnung dieser Gegenstände erfolgt nach Maßgabe der bis zum ... [einsetzen: Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Bestimmungen.

(3) Absatz 2 Satz 1 *ist entsprechend anzuwenden* für pyrotechnische Gegenstände der Klasse IV, für die vor dem ... [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] eine Lagergruppenzuordnung vorgenommen oder bis zum ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] bei der Bundesanstalt beantragt wurde und die Durchführung des Qualitätssicherungsverfahrens nach § 20 Absatz 4 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz in

24. unverändert

25. unverändert

26. § 47 wird wie folgt geändert:

- a) unverändert
- b) unverändert
- c) Die Absätze 2 bis 4 werden wie folgt gefasst:
„(2) unverändert

„(3) Absatz 2 Satz 1 **findet entsprechende Anwendung** für

1. pyrotechnische Gegenstände der Klasse IV, für die vor dem ... [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] eine Lagergruppenzuordnung vorgenommen oder bis zum ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] bei der Bundesanstalt beantragt wurde,

Entwurf

der bis zum ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] geltenden Fassung nachgewiesen ist.

(4) Abweichend von Absatz 2 behalten Zulassungen

1. von pyrotechnischen Gegenständen für Kraftfahrzeuge ihre Gültigkeit bis zu ihrem Auslaufen,
2. von pyrotechnischen Gegenständen nach § 5 Absatz 2, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] von der Bundesanstalt erteilt wurden, ihre Gültigkeit.

25. § 49 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Soweit durch dieses Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes Dienstleistungen im Sinne der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Abl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36) erfasst werden, finden für das Verwaltungsverfahren die Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder Anwendung, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.“

b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

26. Anlage III wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) Buchstabe a wird wie folgt geändert:

aaa) Die Angaben „Explosive Stoffe, n.a.g. UN-Nr. 0473, 0475, 0477, 0479, 0480, 0481“ und „Treibstoff, fest UN-Nr. 0499“ werden gestrichen.

bbb) Nach der Angabe „Zündeinrichtungen, für Sprengungen, nicht elektrisch UN-Nr. 0360, 0361“ wird die Angabe „1H-Tetrazol UN-Nr. 0504“ eingefügt.

bb) Buchstabe b wird wie folgt geändert:

aaa) Vor der Angabe „Bleiazid“ wird die Angabe „Acetonperoxide (z. B. cyclisches Acetontriperoxid C₉H₁₈O₆)“ eingefügt.

bbb) Nach der Angabe „Guanyl-Nitrosaminoguanyltetrazen“ wird die Angabe „Hexamethylentriperoxiddiamin (C₆H₁₂N₂O₆ – Nr. 41 der Liste nach § 6 Abs. 6 Satz 1)“ eingefügt.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

2. pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 4, für die vor dem 4. Juli 2013 eine Lagergruppenzuordnung vorgenommen oder bis zum 4. Juli 2013 bei der Bundesanstalt beantragt wurde

und **für die** die Durchführung des Qualitätssicherungsverfahrens nach § 20 Absatz 4 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] geltenden Fassung nachgewiesen ist.“

(4) unverändert

27. § 49 wird wie folgt geändert:

a) **entfällt**

Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

28. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Bei der Angabe „**Explosive Stoffe**, n.a.g.“ wird die Angabe „UN-Nr. 0357, 0358, 0359, 0474“ durch die Angabe „UN-Nr. 0357, 0358, 0359, 0473, 0474, 0475, 0476, 0477, 0478, 0479, 0480, 0481, 0485“ ersetzt.
- bb) Nach der Angabe „**Raketen**, mit Ausstoßladung“ wird die Angabe „**Raketen**, mit inertem Kopf UN-Nr. 0502“ eingefügt.
- cc) Bei der Angabe „**Treibstoff**, fest“ wird die Angabe „UN-Nr. 0498“ durch die Angabe „UN-Nr. 0498, 0499, 0501“ ersetzt.

Artikel 2**Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz**

Die Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 169), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
- a) Die Angaben zu Abschnitt II und Abschnitt III werden wie folgt gefasst:

| | |
|---------------|--|
| „Abschnitt II | Zulassung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und von Sprengzubehör, Konformitätsnachweis für Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände, Identifikationsnummer |
| Abschnitt III | Verfahren bei der Zulassung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen oder von Sprengzubehör, Konformitätsnachweisverfahren für Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände“. |

- b) Die Angaben zu den Anlagen werden wie folgt gefasst:

| | |
|-----------|---|
| „Anlage 1 | Anforderungen an die Zusammensetzung und Beschaffenheit von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen im Sinne des § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 und von Sprengzubehör im Sinne des § 6 Absatz 1 |
| Anlage 2 | Anforderungen an die Zusammensetzung und Beschaffenheit von Explosivstoffen nach § 6 Absatz 3 |
| Anlage 3 | Anforderungen an die Zusammensetzung und Beschaffenheit von pyrotechnischen Gegenständen nach § 6 Absatz 3 |
| Anlage 4 | Zeichen für explosionsgefährliche Stoffe und Sprengzubehör nach § 8 |

Artikel 2**Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz**

Die Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 169), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

| | |
|----------|--|
| Anlage 5 | Markierung von Explosivstoffen nach § 6a Absatz 2 |
| Anlage 6 | Erforderliche Angaben im Antrag auf Genehmigung des Verbringens von Explosivstoffen nach § 25a Absatz 2 und Angaben in der Genehmigung nach § 25a Absatz 4“. |

2. § 1 wird wie folgt geändert:

2. unverändert

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter „das Inverkehrbringen,“ gestrichen und nach dem Wort „Durchfuhr“ die Wörter „, ausgenommen das Inverkehrbringen und der Konformitätsnachweis nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes“ eingefügt.

bb) Der Nummer 2 werden nach dem Wort „Anzündlamellen“ die Wörter „, ausgenommen das Inverkehrbringen und der Konformitätsnachweis nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes,“ angefügt.

cc) In Nummer 2a wird die Angabe „§ 5a“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) § 2 Absatz 1 des Gesetzes ist nicht anzuwenden auf das gewerbsmäßige Herstellen von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen, sofern diese in der Betriebsstätte weiterverarbeitet, gegen Abhandenkommen gesichert und nicht aufbewahrt werden.“

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird aufgehoben und die Angabe „2.“ wird gestrichen.

bb) Die Wörter „Unterklasse T₂ (§ 6 Absatz 3)“ wird durch die Wörter „Kategorie P2 (§ 6 Absatz 6 Buchstabe c)“ ersetzt.

cc) Das Wort „Luftfahrt“ wird durch die Wörter „Luft- und Raumfahrt“ ersetzt.

d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „Unterklasse T₂“ wird durch die Angabe „Kategorie P2“ ersetzt.

bb) In Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „des Bundesamtes für Zivilschutz“ gestrichen.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

3. unverändert

a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 5a“ gestrichen.

b) In Absatz 4 Satz 1 wird hinter der Angabe „3 kg“ die Angabe „(netto)“ eingefügt.

c) In Absatz 4a Satz 1 wird die Angabe „§§ 5a“ durch die Angabe „§§ 5“ ersetzt und hinter der Angabe „3 kg“ die Angabe „(netto)“ eingefügt.

4. § 3 wird wie folgt gefasst:

4. unverändert

„§ 3

(1) § 5 des Gesetzes ist nicht anzuwenden auf

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

1. Explosivstoffe, pyrotechnische Gegenstände, sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und Sprengzubehör, die nur für militärische oder polizeiliche Zwecke hergestellt, wiedergewonnen, bearbeitet, verarbeitet, eingeführt oder verbraucht und an eine militärische, polizeiliche oder eine Dienststelle des Katastrophenschutzes vertrieben oder ihr überlassen werden, wenn sichergestellt ist, dass die Stoffe und Gegenstände den von der jeweils zuständigen Stelle erlassenen technischen Lieferbedingungen entsprechen, soweit diese den Schutz von Leben und Gesundheit oder Sachgütern Beschäftigter oder Dritter betreffen,
2. Explosivstoffe, pyrotechnische Gegenstände, sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und Sprengzubehör, die für militärische oder polizeiliche Zwecke bestimmt sind und zum Zwecke der Prüfung der zuständigen Bundesbehörde überlassen werden,
3. Explosivstoffe, pyrotechnische Gegenstände, sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und Sprengzubehör, die nur für militärische oder polizeiliche Zwecke bestimmt sind, soweit sie zum Zwecke der Bearbeitung oder Verarbeitung
 - a) von dem Inhaber einer genehmigten Anlage in Sinne des § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes an den Inhaber einer anderen derartigen Anlage vertrieben oder überlassen werden,
 - b) eingeführt oder verbraucht und an den Inhaber einer genehmigten Anlage in Sinne des § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vertrieben oder überlassen werden;die Freistellung gilt auch dann, wenn diese Stoffe oder Gegenstände zum Zwecke der Erprobung vertrieben oder überlassen werden,
4. Explosivstoffe, pyrotechnische Gegenstände, sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und Sprengzubehör, die vom Versender ausgeführt oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes verbraucht worden waren und an diesen unverändert in der versandmäßigen Verpackung zurückkommen; die Voraussetzungen sind nachzuweisen,
5. Explosivstoffe, pyrotechnische Gegenstände und sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes, die als Muster oder Proben in der erforderlichen Menge von demjenigen, der dafür eine Konformitätsbewertung oder Zulassung beantragen will, eingeführt oder verbraucht werden,
6. sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes, die nicht für militärische oder polizeiliche Zwecke bestimmt sind, soweit die aus ihnen hergestellten Endprodukte der Zulassungspflicht unterliegen, diese Stoffe zu nicht explosionsgefährlichen Stoffen weiterverarbeitet werden oder für die Endprodukte eine Ausnahmege-

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

nehmung nach § 5 Absatz 3 des Gesetzes zum Zwecke der Ausfuhr erteilt worden ist und die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 3 im Übrigen gegeben sind,

7. Teile von

a) Ladegeräten, soweit diese nicht auf das Fördern von und Laden mit Sprengstoff unmittelbaren Einfluss haben,

b) Mischladegeräten, soweit diese nicht auf das Austragen und Fördern der Ausgangsstoffe aus Vorratsbehältern, das Zuteilen, Registrieren und Mischen der Ausgangsstoffe sowie das Fördern und Laden des Sprengstoffes unmittelbaren Einfluss haben,

8. pyrotechnische Gegenstände der Kategorien P1 und P2, die als Seenotsignalmittel zur Ausrüstung von Schiffen fremder Staaten in den Geltungsbereich des Gesetzes eingeführt oder verbracht werden, soweit sie nicht in den allgemeinen Verkehr gelangen,
9. pyrotechnische Gegenstände, die in der Luft- und Raumfahrttechnik eingesetzt werden,
10. Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände, die für die Forschung, Entwicklung und Prüfung hergestellt werden und den Anforderungen nach Anlage 2 oder 3 nicht entsprechen, sofern ein sichtbares Schild deutlich darauf hinweist, dass sie nicht den Anforderungen entsprechen und nicht für andere Zwecke als Forschung, Entwicklung und Prüfung verfügbar sind,
11. pyrotechnische Gegenstände, die den Bestimmungen der Richtlinie 2007/23/EG nicht entsprechen und zu Messen, Ausstellungen und Vorführungen zum Verkauf hergestellt, eingeführt oder verbracht, ausgestellt oder verwendet werden, sofern ein sichtbares Schild den Namen und das Datum der betreffenden Messe, Ausstellung oder Vorführung trägt und deutlich darauf hinweist, dass die Gegenstände nicht den Anforderungen entsprechen und erst erworben werden können, wenn der Hersteller, sofern er in der Gemeinschaft niedergelassen ist, oder anderenfalls der Einführer die Übereinstimmung hergestellt hat. Bei solchen Veranstaltungen sind gemäß allen von der zuständigen Behörde des jeweiligen Mitgliedstaates festgelegten Anforderungen die geeigneten Sicherheitsmaßnahmen zu treffen,
12. Feuerwerk, das zu religiösen, kulturellen und traditionellen Festivitäten innerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes hergestellt und mit Zustimmung durch die zuständige Behörde vom Hersteller abgebrannt werden soll,
13. pyrotechnische Gegenstände, die zur Verwendung durch Feuerwehren bestimmt sind,

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

14. Modellraketen, die von Personen nach § 1 Absatz 4 Nummer 2 in der dort genannten Menge eingeführt oder verbracht werden.

(2) Der Nachweis dafür, dass die Stoffe und Gegenstände nach Absatz 1 Nummer 1 den technischen Lieferbedingungen entsprechen, ist durch eine Bescheinigung der zuständigen Bundesbehörde zu erbringen, der Nachweis dafür, dass die explosionsgefährlichen Stoffe nach Absatz 1 Nummer 3 für militärische oder polizeiliche Zwecke bestimmt sind, durch eine Bescheinigung oder den Auftrag der jeweiligen staatlichen Beschaffungs- oder Auftragsstelle. Gegenüber Unterauftragnehmern gilt die Befreiung nach Absatz 1 Nummer 3 durch die schriftliche Bekanntgabe der Nummer des Genehmigungsbescheides nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen oder durch die Bezeichnung des Auftrages einer staatlichen Beschaffungs- oder Auftragsstelle als nachgewiesen. Der Überlasser von pyrotechnischen Gegenständen oder sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes hat sich vom Erwerber schriftlich bescheinigen zu lassen, dass die Gegenstände oder Stoffe in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 zu den in dieser Vorschrift bezeichneten Endprodukten in einer genehmigten Anlage in Sinne des § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bearbeitet oder verarbeitet werden sollen.

(3) Zum Nachweis nach Absatz 2, dass die Stoffe und Gegenstände für militärische oder polizeiliche Zwecke bestimmt sind, kann durch die zuständige Behörde auch eine Erklärung des mit der Entwicklung befassten Unternehmens anerkannt werden, wenn die Einfuhr, die Ausfuhr, die Durchfuhr oder das Verbringen zum Zwecke der Entwicklung erfolgt und das mit der Entwicklung befasste Unternehmen in der Regel für militärische oder polizeiliche Auftraggeber tätig ist.“

5. § 3a wird aufgehoben

6. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Die §§ 7 bis 13, 20, 21, 22 Absatz 1 und 2, die §§ 23, 27 sowie 28 des Gesetzes, soweit er sich auf § 22 Absatz 1 und 2 und § 23 bezieht, sind nicht anzuwenden auf das Aufbewahren, das Verwenden, das Vernichten, den Erwerb, den Vertrieb, das Verbringen und das Überlassen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorien 1, 2 (Feuerwerk), Kategorie T1 und – mit Ausnahme von Airbag- oder Gurtstraffereinheiten – der Kategorie P1, von Anzündmitteln, pyrotechnischen Sätzen der Kategorie S1 sowie von Raketenmotoren für die in § 1 Absatz 4 Nummer 2 bezeichneten Modellraketen. Satz 1 findet keine Anwendung auf pyrotechnische Gegenstände nach § 20 Absatz 4 und auf Stoppinen.

(3) Die §§ 7 bis 13, 20, 21, 22 Absatz 1 und 2 sowie § 23 des Gesetzes sind im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit nicht anzuwenden auf das Aufbewahren, das Verwenden (Ein- und Ausbau), den Erwerb, den Vertrieb, das Verbringen und das Überlassen von Airbag- oder Gurtstraffereinheiten der

5. unverändert

6. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Kategorie P1 sowie das Auslösen pyrotechnischer (Tarn-)Schutzsysteme in Kernkraftwerken durch Personal mit eingeschränkter Fachkunde (geschultes Personal). Das Personal hat auf Verlangen der zuständigen Behörde die eingeschränkte Fachkunde nachzuweisen. Satz 1 gilt auch für das Vernichten von Airbag- oder Gurtstraffereinheiten der Kategorie P1, wenn diese in einem Fahrzeug fest eingebaut sind.“

- b) In Absatz 4 wird die Angabe „Unterklasse T₁“ durch die Angabe „Kategorie P1“ ersetzt.
- c) In Absatz 5 wird die Angabe „Klasse III“ durch die Angabe „Kategorie 3“ ersetzt.
- d) Absatz 6 wird *aufgehoben*.

7. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Nummer 3 wird gestrichen.
- b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 2a bis 2c eingefügt:

„(2a) Das Gesetz ist, mit Ausnahme der §§ 8, 8a bis 8c nicht anzuwenden auf das Bearbeiten, das Aufbewahren, das Verwenden, das Vernichten, den Erwerb, das Überlassen, sowie innerhalb der Betriebsstätte den Transport, das Überlassen und die Empfangnahme und das Verbringen von explosionsgefährlichen Stoffen durch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, soweit dies zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. Satz 1 gilt auch für das Herstellen, Verarbeiten, Wiedergewinnen und die Einfuhr explosionsgefährlicher Stoffe durch die Bundesschule des Technischen Hilfswerks.

(2b) Zuständige Behörde nach § 36 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes für die Überprüfung der Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung der Angehörigen des Technischen Hilfswerks nach den §§ 8 bis 8c des Gesetzes ist die Bundesschule des Technischen Hilfswerks.

(2c) Werden Sprengarbeiten durch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk nicht im Auftrag oder auf Veranlassung der nach § 36 Absatz 1 des Gesetzes zuständigen Behörde durchgeführt, ist diese vorab zu unterrichten. Ist auf Grund der Besonderheiten des Einzelfalles eine vorherige Unterrichtung nicht möglich, ist diese unverzüglich nachzuholen. Ist Auftraggeber der Sprengarbeiten eine andere öffentliche Stelle, trifft diese die Verpflichtung nach Satz 1 oder 2.“

- c) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Katastrophenschutz“ die Wörter „des Bundes,“ gestrichen.

8. Die Überschrift zu Abschnitt II wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt II

Zulassung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und von Sprengzubehör, Konformitätsnachweis für Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände, Identifikationsnummer“.

9. Die §§ 6 und 6a werden wie folgt gefasst:

b) unverändert

c) unverändert

d) **In Absatz 6 wird das Wort „Klasse I“ durch das Wort „Kategorie 1“ ersetzt.**

7. unverändert

8. unverändert

9. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

„§ 6

(1) Sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und Sprengzubehör müssen in ihrer Zusammensetzung und Beschaffenheit den in der Anlage 1 bezeichneten Anforderungen entsprechen. Bei Gegenständen und Stoffen, die in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hergestellt sind, kann in der Regel angenommen werden, dass die technischen Anforderungen der Anlage 1 erfüllt sind, wenn die Zusammensetzung und Beschaffenheit der Gegenstände und Stoffe den dort geltenden Regelungen entsprechen und nachweislich die gleiche Sicherheit, wie sie die technischen Anforderungen der Anlage 1 festlegen, erreicht wird. Zum Nachweis kann das Gutachten einer Prüfstelle eines anderen Mitgliedstaates anerkannt werden, wenn die dem Gutachten zugrunde liegenden technischen Anforderungen denen der Anlage 1 und denen der „Prüfverfahren und Prüfvorschriften für Sprengstoffe, Zündmittel, Sprengzubehör sowie pyrotechnische Gegenstände und deren Sätze“ vom 12. März 1982 (Beilage 13/82 BAnz. Nr. 59 vom 26. März 1982, BAnz. Nr. 60 vom 27. März 1982) gleichwertig sind.

(2) Die Zulassungsbehörde kann für sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und Sprengzubehör im Einzelfall von einzelnen Anforderungen der Anlage 1 Ausnahmen zulassen oder zusätzliche Anforderungen stellen sowie von der Prüfung einzelner Anforderungen absehen, wenn der Schutz von Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter oder Sachgütern dies zulässt oder erfordert.

(3) Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände müssen zum Nachweis der Konformität nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes in ihrer Zusammensetzung und Beschaffenheit den Anforderungen der Anlagen 2 oder 3 entsprechen. Das hierfür anzuwendende Konformitätsnachweisverfahren besteht aus der Baumusterprüfung (Modul B) und der Qualitätssicherung. Für Explosivstoffe finden für die Qualitätssicherung die Module C, D, E oder F und für pyrotechnische Gegenstände die Module C, D oder E Anwendung. Dem in Satz 1 genannten Konformitätsnachweisverfahren steht die Einzelprüfung (Modul G) eines Explosivstoffes oder pyrotechnischen Gegenstandes und im Falle der pyrotechnischen Gegenstände der Kategorie 4 die umfassende Qualitätssicherung (Modul H) gleich. Die Module B, C, D, E, F und G für Explosivstoffe sind gemäß den Anforderungen des Anhangs II der Richtlinie 93/15/EWG vom 5. April 1993 zur Harmonisierung der Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (ABl. L 121 vom 15. 5. 1993, S. 20) und die Module B, C, D, E, H und G für pyrotechnische Gegenstände nach Anhang II der Richtlinie 2007/23/EG vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen von pyrotechnischen Gegenständen (ABl. L 154 vom 14. 6. 2007, S. 1) durchzuführen.

(4) Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände sind vom Hersteller oder Einführer vor der erstmaligen Verwendung im Geltungsbereich des Gesetzes der Bundesanstalt anzuzeigen. Der Anzeige ist

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

1. für Explosivstoffe die nach Anhang I Abschnitt II Nummer 1 Buchstabe k der Richtlinie 93/15/EWG und
2. für pyrotechnische Gegenstände die nach Anhang I Nummer 3 Buchstabe h der Richtlinie 2007/23/EG

vorgeschriebene Anleitung beizufügen. Die Bundesanstalt vergibt zum Nachweis der Anzeige eine Identifikationsnummer. Die Identifikationsnummer ist in die Anleitung aufzunehmen. Die Bundesanstalt kann zur Abwendung von Gefahren für Leben und Gesundheit Beschäftigter oder Dritter oder Sachgüter die vom Hersteller festgelegten Anleitungen zur Verwendung einschränken oder ergänzen; eine nachträgliche Einschränkung oder Ergänzung ist zulässig.

(5) Wettersprengstoffe und Wettersprengschnüre werden entsprechend ihrer Sicherheit gegen Schlagwetter in die Klassen I, II und III eingeteilt.

(6) Pyrotechnische Gegenstände werden nach den Anforderungen des Artikels 3 in Verbindung mit Anhang I der Richtlinie 2007/23/EG nach ihrer Gefährlichkeit oder ihrem Verwendungszweck in folgende Kategorien eingeteilt:

a) Feuerwerkskörper

| | |
|--------------|---|
| Kategorie 1: | Feuerwerkskörper, die eine sehr geringe Gefahr darstellen, einen vernachlässigbaren Schallpegel besitzen und die in geschlossenen Bereichen verwendet werden sollen, einschließlich Feuerwerkskörpern, die zur Verwendung innerhalb von Wohngebäuden vorgesehen sind; |
| Kategorie 2: | Feuerwerkskörper, die eine geringe Gefahr darstellen, einen geringen Schallpegel besitzen und die zur Verwendung in abgegrenzten Bereichen im Freien vorgesehen sind; |
| Kategorie 3: | Feuerwerkskörper, die eine mittelgroße Gefahr darstellen, die zur Verwendung in weiten offenen Bereichen im Freien vorgesehen sind und deren Schallpegel die menschliche Gesundheit nicht gefährdet; |
| Kategorie 4: | Feuerwerkskörper, die eine große Gefahr darstellen, die nur von Personen mit Fachkunde verwendet werden dürfen (so genannte Feuerwerkskörper für den professionellen Gebrauch) und deren Schallpegel die menschliche Gesundheit nicht gefährdet. |

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

b) Pyrotechnische Gegenstände für Bühne und Theater

| | |
|---------------|---|
| Kategorie T1: | Pyrotechnische Gegenstände für die Verwendung auf Bühnen, die eine geringe Gefahr darstellen; |
| Kategorie T2: | Pyrotechnische Gegenstände für die Verwendung auf Bühnen, die zur ausschließlichen Verwendung durch Personen mit Fachkunde vorgesehen sind. |

c) Sonstige pyrotechnische Gegenstände

| | |
|---------------|---|
| Kategorie P1: | Pyrotechnische Gegenstände – außer Feuerwerkskörpern und pyrotechnischen Gegenständen für Bühne und Theater –, die eine geringe Gefahr darstellen; |
| Kategorie P2: | Pyrotechnische Gegenstände – außer Feuerwerkskörpern und pyrotechnischen Gegenständen für Bühne und Theater –, die zur Handhabung oder Verwendung nur durch Personen mit Fachkunde vorgesehen sind. |

(7) Pyrotechnische Sätze werden nach den Anforderungen des Anhangs I der Richtlinie 93/15/EWG nach ihrer Gefährlichkeit in folgende Kategorien eingeteilt:

| | |
|---------------|--|
| Kategorie S1: | Pyrotechnische Sätze geringer Gefährlichkeit die z. B. für die Anwendung auf Bühnen, in Theatern oder vergleichbaren Einrichtungen, zur Strömungsmessung oder zur Ausbildung von Rettungskräften dienen. |
| Kategorie S2: | Pyrotechnische Sätze großer Gefährlichkeit, deren Umgang und Verkehr an die Befähigung und Erlaubnis gebunden ist. |

Pyrotechnische Sätze sind der Kategorie S1 zuzuordnen, wenn

- a) deren Abbrennzeit im gebrauchsfertigen Zustand mindestens 30 s für 0,1 kg beträgt,
- b) sie keine sehr giftigen, ätzenden oder reizenden Stoffe entwickeln,
- c) sie beim Abbrand keine zusätzlichen Gefahren durch Glut, Hitze, Funken oder Feuer verursachen und
- d) sofern eine Verwendung in Innenräumen (geschlossenen Räumen) vorgesehen oder zulässig ist, sie Ruß bildende Stoffe nicht enthalten.

Pyrotechnische Sätze, die nicht die Kriterien der Kategorie S1 erfüllen, sind der Kategorie S2 zuzuordnen.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

§ 6a

(1) Die in der Anlage 5 Nummer 1 bezeichneten Sprengstoffe sind darüber hinaus nach Anlage 5 Nummer 2 zu markieren. Dies gilt auch für Sprengstoffe für militärische oder polizeiliche Zwecke sowie für Zwecke des Katastrophenschutzes einschließlich der Sprengstoffe im Besitz von militärischen oder polizeilichen Dienststellen und Dienststellen des Katastrophenschutzes.

(2) Nicht markierte Sprengstoffe nach Absatz 1 dürfen im Geltungsbereich dieser Verordnung nicht hergestellt, verarbeitet, wiedergewonnen, aufbewahrt, verwendet, in Verkehr gebracht, anderen überlassen oder verbracht werden. Ihre Einfuhr und Ausfuhr ist untersagt. In Besitz der in § 1 Absatz 4 Nummer 1 des Gesetzes genannten Einrichtungen befindliche nicht markierte Sprengstoffe sind bis zum 31. Dezember 2013 zu verwenden oder zu vernichten.

(3) Abweichend von Absatz 2 dürfen im Geltungsbereich dieser Verordnung befindliche Sprengstoffe, die nach den bis zum ... [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] geltenden Bestimmungen markiert sind, bis zum 31. Dezember 2013 weiterhin aufbewahrt, verwendet, anderen überlassen oder verbracht werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für nicht markierte Sprengstoffe, die in geringen Mengen

1. nur zur Verwendung bei der Forschung und Entwicklung oder beim Testen neuer oder veränderter Sprengstoffe hergestellt oder gelagert werden,
2. nur zur Verwendung bei der Ausbildung in der Sprengstoffdetektion und/oder bei der Entwicklung oder dem Testen von Sprengstoffspürgeräten hergestellt oder gelagert werden,
3. nur für den Umgang für Zwecke der Kriminaltechnik und der polizeilichen Spezialausbildung benötigt werden.“

- | | |
|---|-----------------|
| 10. In § 7 Absatz 4 wird nach dem Wort „müssen“ das Wort „mindestens“ eingefügt. | 10. unverändert |
| 11. § 8 wird wie folgt geändert: | 11. unverändert |
| a) In Satz 1 werden die Wörter „pyrotechnischen Gegenständen,“ gestrichen. | |
| b) In Satz 3 wird die Angabe „§ 6a Abs. 1a Satz 3“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 4“ ersetzt. | |
| 12. Die Überschrift zu Abschnitt III wird wie folgt gefasst: | 12. unverändert |
| <p style="text-align: center;">„Abschnitt III</p> <p style="text-align: center;">Verfahren bei der Zulassung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen oder von Sprengzubehör, Konformitätsnachweisverfahren für Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände“.</p> | |
| 13. § 9 wird wie folgt geändert: | 13. unverändert |
| a) In Absatz 1 werden die Wörter „pyrotechnischen Gegenständen,“ gestrichen. | |

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- b) In Absatz 2 werden die Wörter „pyrotechnischen Gegenstandes,“ und „pyrotechnischen Gegenständen und“ gestrichen.
14. § 10 Absatz 1 wird wie folgt geändert: 14. unverändert
- a) In Nummer 1 werden die Wörter „des pyrotechnischen Gegenstandes,“ gestrichen.
- b) Am Ende der Nummer 3 wird das Komma durch einen Punkt ersetzt; Nummer 4 wird gestrichen.
15. In § 12 Absatz 1 werden die Wörter „pyrotechnischen Gegenstandes“ und in § 12 Absatz 2 Nummer 1 die Wörter „des pyrotechnischen Gegenstandes,“ gestrichen. 15. unverändert
16. § 12a wird wie folgt geändert: 16. unverändert
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Vor dem Inverkehrbringen sind Explosivstoffe oder pyrotechnische Gegenstände nach Modul B oder nach Modul G daraufhin zu prüfen, ob sie in Zusammensetzung und Beschaffenheit die Anforderungen nach Anlage 2 oder 3 erfüllen. Satz 1 gilt nicht, wenn bei pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 4 das Modul H gewählt wurde.“
- b) In den Absätzen 2, 3 und 5 wird jeweils das Wort „EG-Baumusterprüfbescheinigung“ durch das Wort „Baumusterprüfbescheinigung“ und in Absatz 4 Satz 1 und 3 wird das Wort „EG-Baumusterprüfbescheinigungen“ durch das Wort „Baumusterprüfbescheinigungen“ ersetzt.
- c) Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Sie kann mit der Durchführung von Teilen der Prüfungen auch andere Prüflaboratorien beauftragen, die die Anforderungen nach Anhang III der Richtlinie 93/15/EWG oder Anhang III der Richtlinie 2007/23/EG erfüllen müssen.“
17. § 12b wird wie folgt gefasst: 17. unverändert
- „§ 12b
- (1) Für die nach einem Baumuster gefertigten Explosivstoffe und pyrotechnischen Gegenstände hat der Hersteller in einem Qualitätssicherungsverfahren die Konformität der nachgefertigten Explosivstoffe und pyrotechnischen Gegenstände mit dem Baumuster nachzuweisen.
- (2) Im Falle der pyrotechnischen Gegenstände der Kategorie 4 kann der Hersteller in einem Qualitätssicherungsverfahren nach Modul H die Konformität der nachgefertigten pyrotechnischen Gegenstände nachweisen. Zuständig für die Prüfung der Qualitätssicherungsverfahren nach Modul H ist die Bundesanstalt.
- (3) Wird im Qualitätssicherungsverfahren die Konformität der nachgefertigten Explosivstoffe und pyrotechnischen Gegenstände mit dem Baumuster festgestellt, so bringt der Hersteller auf den Explosivstoffen und pyrotechnischen Gegenständen oder, soweit das nicht möglich ist, auf deren Verpackung das CE-Zei-

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

chen an und stellt eine Konformitätserklärung aus. Satz 1 gilt nicht für pyrotechnische Gegenstände nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes.

(4) Der Hersteller oder sein in der Europäischen Union ansässiger Bevollmächtigter hat nachfolgende Unterlagen mindestens zehn Jahre lang nach der letzten Herstellung des Produkts aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Behörde jederzeit vorzulegen:

1. die Konformitätserklärung,
2. die Unterlagen über das zugelassene Qualitätssicherungssystem,
3. die Entscheidung über die Bewertung dieses Qualitätssicherungssystems,
4. die Berichte über die Nachprüfungen und
5. die Konformitätsbescheinigung.“

18. § 12c wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Stelle kann benannt werden, wenn in einem Akkreditierungsverfahren festgestellt wurde, dass die Einhaltung der Anforderungen nach Anhang III der Richtlinie 93/15/EWG oder Anhang III der Richtlinie 2007/23/EG gewährleistet ist.“

b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „nach Absatz 1 und nach § 12a Absatz 1“ durch die Wörter „nach Absatz 1, nach § 12a Absatz 1 und § 12b Absatz 2“ ersetzt.

c) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „Anlage 9“ durch die Wörter „Absatz 2 Satz 3“ ersetzt.

19. Die §§ 13 und 14 werden durch folgende §§ 13 bis 15 ersetzt:

„§ 13

(1) Die Bundesanstalt hat Listen zu führen

1. der gemäß § 5 des Gesetzes erteilten Zulassungen und Baumusterprüfbescheinigungen,
2. der nach § 6 Absatz 4 Satz 1 angezeigten Explosivstoffe und pyrotechnischen Gegenstände,
3. der nach § 6 Absatz 4 Satz 4 festgelegten Beschränkungen oder Ergänzungen der Anleitung zur Verwendung,
4. der Kennnummern der Herstellungsstätten für Explosivstoffe,
5. der ihr von den benannten Stellen der anderen Mitgliedstaaten mitgeteilten Baumusterprüfbescheinigungen.

Die Listen sollen die folgenden Angaben enthalten:

1. die Bezeichnung des Stoffes oder Gegenstandes,
2. im Falle der sonstigen explosionsgefährlichen Stoffe und des Sprengzubehörs: den Namen und die Anschrift des Herstellers und gegebenenfalls des Einführers sowie das Zulassungszeichen,

18. unverändert

19. Die §§ 13 und 14 werden durch folgende §§ 13 bis 15 ersetzt:

unverändert

Entwurf

3. im Falle der Explosivstoffe und der pyrotechnischen Gegenstände: den Namen und die Anschrift des Herstellers und gegebenenfalls seines in der Europäischen Union ansässigen Bevollmächtigten oder Einführers sowie die Identifikationsnummer,
4. Beschränkungen, Befristungen, Bedingungen und Auflagen.

(2) Die Bundesanstalt führt auch eine Liste der aktuellen europäischen Normen mit Prüfvorschriften für Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände zum Zwecke der Prüfung nach § 12a Absatz 1. Die Liste soll die folgenden Angaben enthalten:

1. die Kennnummer der Norm,
2. den Titel der Norm,
3. das Datum der Veröffentlichung und
4. die Bezugsquelle der Norm.

(3) Die Listen sind auf dem jeweils neuesten Stand zu halten. Sie sind bei der Bundesanstalt während der Dienststunden auszulegen. Auf Verlangen eines Dritten ist diesem gegen Kostenerstattung eine Abschrift oder Vervielfältigung zu überlassen.

§ 14

(1) Wer explosionsgefährliche Stoffe oder Sprengzubehör herstellt, einführt oder verbringt, darf diese Stoffe oder Gegenstände anderen nur überlassen, wenn sie und ihre Verpackung nach dem Stand der Technik gekennzeichnet sind und, soweit es sich um Stoffe nach § 6 Absatz 3 handelt, die in § 6 Absatz 4 Satz 2 bezeichnete Anleitung beigelegt ist. Soweit diese Vorschriften nichts Abweichendes vorschreiben, ist folgende Kennzeichnung anzubringen:

1. die Bezeichnung (Name) des jeweiligen Stoffes oder Gegenstandes,
2. der Name (Firma), die Anschrift und die Telefonnummer des Herstellers oder des Einführers; bei Herstellern mit Sitz außerhalb der Europäischen Union Name und Anschrift dessen, der den Stoff in die Europäische Union einführt,
3. bei sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und Sprengzubehör: das vorgeschriebene Zulassungszeichen,
4. bei Explosivstoffen: das CE-Zeichen, im Falle einer erfolgten Einzelprüfung nach § 6 Absatz 3 Satz 5 oder des Konformitätsnachweises nach § 6 Absatz 3 Satz 3 auch das Kennzeichen der benannten Stelle,
5. bei Explosivstoffen: die eindeutige Kennzeichnung nach dem Anhang der Richtlinie 2008/43/EG der Kommission vom 4. April 2008 zur Einführung eines Systems zur Identifizierung und Rückverfolgbarkeit von Explosivstoffen für zivile Zwecke (ABl. L 94 vom 5. 4. 2008, S. 8),
6. bei pyrotechnischen Gegenständen mit Ausnahme der pyrotechnischen Gegenstände nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes: das CE-Zeichen und die Registrier-

Beschlüsse des 4. Ausschusses

§ 14

(1) Wer explosionsgefährliche Stoffe oder Sprengzubehör herstellt, einführt oder verbringt, darf diese Stoffe oder Gegenstände anderen nur überlassen, wenn sie und ihre Verpackung nach dem Stand der Technik gekennzeichnet sind und, soweit es sich um Stoffe nach § 6 Absatz 3 handelt, die in § 6 Absatz 4 Satz 2 bezeichnete Anleitung beigelegt ist. Soweit diese Vorschriften nichts Abweichendes vorschreiben, ist folgende Kennzeichnung anzubringen:

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert
5. unverändert
6. unverändert

Entwurf

nummer zum CE-Zeichen, im Falle einer erfolgten Einzelprüfung nach § 6 Absatz 3 Satz 5 oder des Konformitätsnachweises nach § 6 Absatz 3 Satz 3 auch das Kennzeichen der benannten Stelle,

7. bei pyrotechnischen Gegenständen: die Kategorie, die Nettoexplosivstoffmasse und die Altersgrenze gemäß § 20 Absatz 2 sowie im Falle der Kategorien 3 und 4 das Herstellungsjahr,
8. bei pyrotechnischen Gegenständen der Kategorien 1 bis 4, P1 und P2 sowie T1 und T2: der Sicherheitsabstand,
9. bei *Explosivstoffen* und pyrotechnischen Gegenständen: die *Identifikationsnummer*.

Soweit es sich um Stoffe nach § 6 Absatz 3 handelt, ist die in § 6 Absatz 4 Satz 2 bezeichnete Anleitung beizufügen.

(2) Wer explosionsgefährliche Stoffe herstellt, einführt oder verbringt und selbst aufbewahren oder anderen überlassen will, hat auf dem Versandstück oder, sofern die Stoffe nicht zum Versand bestimmt sind, auf dem Packstück folgende Kennzeichnung anzubringen:

1. die Lagergruppe des Stoffes oder Gegenstandes in der jeweiligen Verpackung,
2. die Verträglichkeitsgruppe des Stoffes oder Gegenstandes, soweit sie im Bundesanzeiger bekanntgemacht oder von der zuständigen Bundesbehörde angeordnet worden ist.

Satz 1 ist nicht anzuwenden auf explosionsgefährliche Stoffe, die aus dem Geltungsbereich des Gesetzes oder durch den Geltungsbereich des Gesetzes in einen anderen Mitgliedstaat verbracht werden.

(3) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten für das Versandstück als erfüllt, wenn es nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften gekennzeichnet ist, soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung erlassene technische Regel nichts anderes bestimmt. Soweit es nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften nicht vorgeschrieben ist, muss auf dem Versandstück die Kennzeichnung nach Absatz 2 angebracht sein. Ist die Verpackung des Versandstückes die einzige Verpackung, so muss sie außerdem nach Absatz 1 Nummer 1 bis 4 und 6, bei Stoffen nach § 1 Absatz 3 Nummer 3 des Gesetzes nach Absatz 1 Nummer 1 und 2, gekennzeichnet sein.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

7. bei pyrotechnischen Gegenständen, **außer pyrotechnischen Gegenständen für Fahrzeuge**: die Kategorie, die Nettoexplosivstoffmasse und die Altersgrenze gemäß § 20 Absatz 2 sowie im Falle der Kategorien 3 und 4 das Herstellungsjahr,
8. unverändert
9. bei pyrotechnischen Gegenständen **für Fahrzeuge: Name und Typ des Gegenstandes und die Sicherheitshinweise. Weiter ist professionellen Nutzern ein Sicherheitsdatenblatt in der gewünschten Sprache mitzuliefern, das gemäß Artikel 31 in Verbindung mit Anhang II der Verordnung (EG) 1907/2006, die zuletzt durch Artikel 57 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1272/2008 geändert worden ist, erstellt wird. Das Sicherheitsdatenblatt kann in Papierform oder, wenn der Empfänger über die notwendigen Mittel verfügt, auf das Sicherheitsdatenblatt Zugriff zu nehmen, auf elektronischem Weg vorgelegt werden.**

Soweit es sich um Stoffe nach § 6 Absatz 3 handelt, ist die in § 6 Absatz 4 Satz 2 bezeichnete Anleitung beizufügen.

(2) unverändert

(3) unverändert

Entwurf

(4) Auf dem Explosivstoff oder pyrotechnischen Gegenstand dürfen keine Zeichen angebracht werden, die mit den Zeichen nach Absatz 1 Nummer 4 oder Nummer 6 verwechselt werden können. Wird ein geprüfter Explosivstoff oder pyrotechnischer Gegenstand für vorschriftswidrig befunden und kann er nicht unmittelbar in einen vorschriftsmäßigen Zustand versetzt werden, ist er deutlich und auffällig als vorschriftswidrig zu kennzeichnen. Unterliegt der Explosivstoff oder pyrotechnische Gegenstand auch anderen zwingenden Vorschriften des Gemeinschaftsrechts, so darf das CE-Zeichen nur angebracht werden, wenn der Explosivstoff oder pyrotechnische Gegenstand auch diesen Vorschriften entspricht.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden auf explosionsgefährliche Stoffe und Sprengzubehör, die

1. zur Ausfuhr oder zum Verbringen aus dem Geltungsbereich des Gesetzes bestimmt sind,
2. ausschließlich für militärische oder polizeiliche Zwecke hergestellt und an eine militärische oder polizeiliche Dienststelle vertrieben oder ihr überlassen werden,
3. nicht in den Verkehr gelangen.

Satz 1 gilt entsprechend für explosionsgefährliche Stoffe, die von einer militärischen oder polizeilichen Dienststelle an die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk überlassen werden.“

§ 15

(1) Hersteller oder Einführer im Geltungsbereich des Gesetzes haben bei der Kennzeichnung nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 als Landeskennzeichen die Buchstaben „DE“ zu verwenden. Die Kennnummer der Herstellungsstätte oder des Einführers wird ihnen auf schriftlichen Antrag von der Bundesanstalt zugeteilt. Bei Artikeln, die zu klein sind, um den eindeutigen Produktcode und die logistischen Informationen des Herstellers nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 anzubringen, sind die Angabe des Landeskennzeichens und die Kennnummer der Herstellungsstätte sowie die elektronisch lesbare Kennzeichnung ausreichend.

(2) Der Hersteller oder Einführer darf den Explosivstoffen selbstklebende Kopien der Kennzeichnung zur Nutzung durch den Empfänger beifügen. Diese Kopien sind sichtbar als solche zu markieren, um einen Missbrauch zu verhindern.“

20. § 16 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „der Anlage 3“ durch die Angabe „des § 14“ ersetzt.
- b) Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.
- c) Absatz 4 Satz 2 wird aufgehoben.

21. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17

Wer explosionsgefährliche Stoffe oder Sprengzubehör vertreibt, darf diese Stoffe oder Gegenstände ande-

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(4) unverändert

(5) unverändert

unverändert

20. unverändert

21. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

ren nur überlassen, wenn er sich auf Grund von Stichproben überzeugt hat, dass diese nach den Vorschriften der §§ 14 bis 16 und dem Stand der Technik gekennzeichnet und verpackt sind.“

22. In § 18 Absatz 2 wird die Angabe „§§ 14 und 16“ durch die Angabe „§§ 14 bis 16“ ersetzt. 22. unverändert
23. § 19 wird wie folgt geändert: 23. unverändert
- a) In Absatz 2 werden die Wörter „und der Anlage 3“ gestrichen.
- b) In Absatz 3 werden die Wörter „Explosivstoffe nach § 14 Absatz 1 Nummer 4a“ durch die Wörter „Explosivstoffe und pyrotechnische Gegenstände nach § 14 Absatz 1 Nummer 4 und 6“ ersetzt.
24. § 20 wird wie folgt geändert: 24. unverändert
- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Umgang und Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen der einzelnen Kategorien ist Personen nur dann gestattet, wenn sie das nachfolgend aufgeführte Lebensalter vollendet haben:

| | |
|---------------|------------|
| Kategorie 1: | 12 Jahre |
| Kategorie 2: | 18 Jahre |
| Kategorie 3: | 18 Jahre |
| Kategorie 4: | 21 Jahre |
| Kategorie P1: | 18 Jahre |
| Kategorie P2: | 21 Jahre |
| Kategorie T1: | 18 Jahre |
| Kategorie T2: | 21 Jahre“. |

- b) In Absatz 3 werden die Wörter „und bei den pyrotechnischen Sätzen die Voraussetzungen nach Absatz 2 Nr. 3 Satz 2“ gestrichen.
- c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Folgende pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen nur an Erlaubnisinhaber nach § 7 oder § 27 oder Befähigungsscheininhaber nach § 20 des Gesetzes vertrieben, überlassen oder von diesen verwendet werden:

1. Knallkörper und Knallkörperbatterien mit Blitzknallsatz,
2. Raketen mit mehr als 20 g Netto-Explosivstoffmasse,
3. Schwärmer und
4. pyrotechnische Gegenstände mit Pfeifsatz als Einzelgegenstand.

Satz 1 gilt nicht für das Verbringen aus dem Geltungsbereich des Gesetzes.“

Entwurf

25. Die §§ 21 bis 23 werden wie folgt gefasst:

„§ 21

(1) Soweit sich die nach § 14 Absatz 1 Satz 1 erforderliche Anleitung auf einzelnen Gegenständen nicht anbringen lässt, genügt die Anbringung auf der kleinsten Verpackungseinheit. Enthält eine kleinste Verpackungseinheit verschiedene pyrotechnische Gegenstände, so muss ersichtlich sein, welche Anleitung für welchen Gegenstand gilt. Bei Notsignalen der Kategorien P1 und P2 kann die Anleitung auch in Form einer bildlichen Darstellung gegeben werden, wenn diese einen irrtümlichen Gebrauch ausschließt.

(2) Sind pyrotechnische Gegenstände verschiedener Kategorien zu einem Sortiment vereinigt, so darf dieses anderen nur nach den für die Gegenstände der höchsten Kategorie geltenden Vorschriften überlassen werden.

(3) Pyrotechnische Gegenstände dürfen außer im Versandhandel an den Verbraucher nur in Verkaufsräumen vertrieben und anderen überlassen werden. Satz 1 gilt nicht für pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 1.

(4) In Verkaufsräumen dürfen pyrotechnische Gegenstände – ausgenommen Knallbonbons – nur in geschlossenen Schaukästen ausgestellt werden. Satz 1 gilt nicht, wenn die pyrotechnischen Gegenstände eine ein- oder mehrseitig durchsichtige oder eine in sicherheitstechnischer Hinsicht gleichwertige Verpackung haben und diese von der Bundesanstalt als unbedenklich bescheinigt worden ist. Jede Verpackungseinheit nach Satz 2 ist mit der Nummer der Bescheinigung zu versehen.

(5) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorien 1 und 2 dürfen an den Verbraucher nur in kleinsten Verpackungseinheiten oder in größeren Einheiten, die mehrere kleinste Verpackungseinheiten enthalten, vertrieben oder ihm überlassen werden, soweit die nach Absatz 1 vorgeschriebene Anleitung nicht auf dem einzelnen Gegenstand angebracht ist.

§ 22

(1) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen dem Verbraucher *an drei nach Landesrecht bestimmten Verkaufstagen im Zeitraum vom 28. bis 31. Dezember* überlassen werden, *es sei denn, dass er eine Erlaubnis oder einen Befähigungsschein nach den §§ 7, 20 oder 27 des Gesetzes oder eine Ausnahmegenehmigung nach § 24 Absatz 1 besitzt.*

(2) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorien 3 und 4, T2 und P2 sowie pyrotechnische Sätze der Kategorie S2 dürfen nur Personen überlassen werden, die auf Grund einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheines zum Abbrennen von Feuerwerk nach den §§ 7, 20 oder 27 des Gesetzes oder auf Grund einer Be-

Beschlüsse des 4. Ausschusses

25. Die §§ 21 bis 23 werden wie folgt gefasst:

unverändert

§ 22

(1) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen dem Verbraucher **nur in der Zeit vom 29. bis 31. Dezember** überlassen werden; **ist einer der genannten Tage ein Sonntag, ist ein Überlassen bereits ab 28. Dezember zulässig. Satz 1 gilt nicht für Verbraucher, die eine Erlaubnis nach den §§ 7 oder 27 oder einen Befähigungsschein nach § 20 des Gesetzes oder eine Ausnahmegenehmigung nach § 24 Absatz 1 besitzen. Die Regelungen zu den Ladenöffnungszeiten der Länder bleiben unberührt.**

(2) unverändert

Entwurf

scheinigung nach § 5 Absatz 5 zum Erwerb berechtigt sind oder mit diesen Gegenständen umgehen dürfen.

§ 23

(1) Das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen ist verboten.

(2) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen in der Zeit vom 2. Januar bis 30. Dezember nur durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 7 oder § 27, eines Befähigungsscheines nach § 20 des Gesetzes oder einer Ausnahmegewilligung nach § 24 Absatz 1 verwendet (abgebrannt) werden. Am 31. Dezember und 1. Januar dürfen sie auch von Personen abgebrannt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

(3) Der Erlaubnis- oder Befähigungsscheininhaber hat das beabsichtigte Feuerwerk zum Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 in der Zeit vom 2. Januar bis zum 30. Dezember, der Kategorien 3, 4, P1 und P2 oder T1 und T2 ganzjährig der zuständigen Behörde zwei Wochen, ein Feuerwerk in unmittelbarer Nähe von Eisenbahnanlagen, Flughäfen oder Bundeswasserstraßen, die Seeschiffahrtsstraßen sind, vier Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Satz 1 findet keine Anwendung auf die Vorführung von Effekten mit pyrotechnischen Gegenständen und deren Sätzen in Theatern und vergleichbaren Einrichtungen. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall auf die Einhaltung der Frist nach Satz 1 verzichten, wenn dies aus besonderen Gründen gerechtfertigt erscheint.

(4) In der Anzeige nach Absatz 3 sind anzugeben:

1. Name und Anschrift der für das Abbrennen des Feuerwerks verantwortlichen Personen sowie erforderlichenfalls Nummer und Datum der Erlaubnisbescheide nach § 7 oder § 27 des Gesetzes oder des Befähigungsscheines nach § 20 des Gesetzes und die ausstellende Behörde,
2. Ort, Art und Umfang sowie Beginn und Ende des Feuerwerks,
3. Entfernungen zu besonders brandempfindlichen Gebäuden und Anlagen innerhalb des größten Schutzabstandes,
4. die Sicherungsmaßnahmen, insbesondere Absperrmaßnahmen sowie sonstige Vorkehrungen zum Schutze der Nachbarschaft und der Allgemeinheit.

(5) Jugendliche, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, dürfen pyrotechnische Gegenstände der Kategorie P1 sowie Raketenmotore für die in § 1 Absatz 4 Nummer 2 bezeichneten Modellraketen, die für Lehr- und Sportzwecke bestimmt sind, sowie die hierfür bestimmten Anzündmittel nur unter Aufsicht des Sorgeberechtigten bearbeiten und verwenden. In einer sportlichen oder technischen Vereinigung ist dies nur zulässig, wenn der Sorgeberechtigte schriftlich sein Einverständnis erklärt hat oder selbst anwesend ist.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

§ 23

(1) Das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen **sowie Reet- und Fachwerkhäusern** ist verboten.

(2) unverändert

(3) Der Erlaubnis- oder Befähigungsscheininhaber hat das beabsichtigte Feuerwerk zum Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 in der Zeit vom 2. Januar bis zum 30. Dezember, der Kategorien 3, 4, P1, P2, T1 oder T2 ganzjährig der zuständigen Behörde zwei Wochen, ein Feuerwerk in unmittelbarer Nähe von Eisenbahnanlagen, Flughäfen oder Bundeswasserstraßen, die Seeschiffahrtsstraßen sind, vier Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Satz 1 findet keine Anwendung auf die Vorführung von Effekten mit pyrotechnischen Gegenständen und deren Sätzen in Theatern und vergleichbaren Einrichtungen. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall auf die Einhaltung der Frist nach Satz 1 verzichten, wenn dies aus besonderen Gründen gerechtfertigt erscheint.

(4) unverändert

(5) unverändert

Entwurf

(6) Effekte mit pyrotechnischen Gegenständen und pyrotechnischen Sätzen in *Versammlungsstätten* (z. B. Theatern, *Freilichtbühnen*, Film- und Fernsehproduktionsstätten) dürfen in Anwesenheit von Besuchern nur vorgeführt werden, wenn der Effekt vorher gemäß der beabsichtigten Verwendung erprobt worden ist und mit der für den Brandschutz zuständigen Stelle *entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften für Versammlungsstätten abgestimmt wurde*. *Effekte mit pyrotechnischen Gegenständen der Kategorien 3, 4, T2 und P2 sowie explosionsgefährlichen Stoffen an Film- und Fernsehproduktions-Aufnahmeorten dürfen nur durchgeführt werden, wenn der Effekt vorher gemäß der beabsichtigten Verwendung erprobt wurde und mit der für den Brandschutz sowie der für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Stelle abgestimmt wurde und diese Einwände gegen die Erprobung oder Durchführung nicht erhoben haben.*“

26. § 24 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird die Angabe „des § 21 Abs. 1 und des § 23 Abs. 1“ durch die Angabe „des § 22 Absatz 1 und des § 23 Absatz 1 und 2“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Nummer 1 und Nummer 2 wird die Angabe „Klasse II“ jeweils durch die Angabe „Kategorie 2“ ersetzt.
27. In § 25 Absatz 2 werden die Wörter „und Anzündmitteln“ durch die Wörter „sowie die gewerbliche Einfuhr von pyrotechnischen Gegenständen“ ersetzt.
28. § 25a wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 und 4 wird jeweils die Angabe „Anlage 10“ durch die Angabe „Anlage 6“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „§ 5a“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.
 - bb) Satz 3 wird gestrichen.
29. § 32 Absatz 2 Nummer 2 Buchstaben b und c werden wie folgt gefasst:
- „b) mit Sicherheitseinrichtungen in Fahrzeugen,
 - c) mit pyrotechnischen Sätzen und pyrotechnischen Gegenständen,“.
30. In § 33 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c werden die Wörter „sowie über deren Beförderung“ gestrichen.
31. In § 34 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt.
32. In § 37 Satz 1 wird die Angabe „§§ 32 bis 36“ durch die Wörter „§§ 32 und 33 sowie § 34 Absatz 3 und 4, §§ 35 bis 36“ ersetzt.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(6) Effekte mit pyrotechnischen Gegenständen und pyrotechnischen Sätzen in Theatern **und vergleichbaren Einrichtungen und Effekte mit explosionsgefährlichen Stoffen in** Film- und Fernsehproduktionsstätten dürfen nur vorgeführt werden, wenn der Effekt vorher gemäß der beabsichtigten Verwendung erprobt worden ist. **Das Theaterunternehmen und die vergleichbare Einrichtung sowie die Film- und Fernsehgesellschaft bedürfen für die Erprobung der Genehmigung** der für den Brandschutz zuständigen Stelle, **für die Vorführung** in Anwesenheit von **Mitwirkenden oder** Besuchern **auch der Genehmigung** der für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Stelle. **Die Genehmigungen können versagt und mit Auflagen verbunden werden, soweit dies zum Schutz von Leben, Gesundheit und Sachgütern Mitwirkender oder Dritter erforderlich ist.**

(7) **Wer in eigener Person außerhalb der Räume seiner Niederlassung oder ohne eine solche zu haben, auf Tourneen pyrotechnische Effekte in Anwesenheit von Besuchern verwenden will, hat dies der zuständigen Behörde zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Absatz 4 Nummer 1, 2 und 4 sowie Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.**“

26. unverändert

27. unverändert

28. unverändert

29. unverändert

30. unverändert

31. unverändert

32. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

33. Die §§ 39 bis 40a werden wie folgt gefasst:

„§ 39

(1) Der Nachweis der Fachkunde im Sinne des § 9 des Gesetzes ist für einen Unionsbürger oder Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweiz als erbracht anzusehen

1. für die Herstellung, die Bearbeitung, die Verarbeitung, die Wiedergewinnung, die Verwendung oder Vernichtung explosionsgefährlicher Stoffe, wenn er in einem anderen EU-Mitgliedstaat, EWR-Vertragsstaat oder der Schweiz bei der Herstellung, der Bearbeitung, der Verarbeitung, der Wiedergewinnung, der Verwendung oder Vernichtung explosionsgefährlicher Stoffe wie folgt tätig war:

- a) sechs Jahre ununterbrochen als Selbständiger oder in leitender Stellung,
- b) drei Jahre ununterbrochen als Selbständiger oder in leitender Stellung, wenn er für den betreffenden Beruf eine mindestens dreijährige vorherige Ausbildung nachweisen kann, die durch ein staatlich anerkanntes Zeugnis bestätigt oder von einer zuständigen Berufsinstitution als vollwertig anerkannt ist,
- c) drei Jahre ununterbrochen als Selbständiger sowie außerdem fünf Jahre als Unselbständiger oder
- d) fünf Jahre ununterbrochen in leitender Stellung, einschließlich einer mindestens dreijährigen Tätigkeit mit technischen Aufgaben und der Verantwortung für mindestens eine Abteilung des Unternehmens, wenn er für den betreffenden Beruf eine mindestens dreijährige vorherige Ausbildung nachweisen kann, die durch ein staatlich anerkanntes Zeugnis bestätigt oder von einer zuständigen Berufsinstitution als vollwertig anerkannt ist;

2. für den Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen oder für die Aufbewahrung dieser Stoffe, wenn er in einem anderen EU-Mitgliedstaat, EWR-Vertragsstaat oder der Schweiz beim Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen oder bei der Aufbewahrung dieser Stoffe wie folgt tätig war:

- a) drei Jahre ununterbrochen als Selbständiger oder in leitender Stellung,
- b) zwei Jahre ununterbrochen als Selbständiger oder in leitender Stellung, wenn er für den betreffenden Beruf eine vorherige Ausbildung nachweisen kann, die durch ein staatlich anerkanntes Zeugnis bestätigt oder von einer zuständigen Berufsinstitution als vollwertig anerkannt ist,
- c) zwei Jahre ununterbrochen als Selbständiger oder in leitender Stellung sowie außerdem drei Jahre als Unselbständiger oder

33. Die §§ 39 bis 40a werden wie folgt gefasst:

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- d) drei Jahre ununterbrochen als Unselbständiger, wenn er für den betreffenden Beruf eine vorherige Ausbildung nachweisen kann, die durch ein staatlich anerkanntes Zeugnis bestätigt oder von einer zuständigen Berufsinstitution als vollwertig anerkannt ist.

Die ausgeübte Tätigkeit muss in ihren wesentlichen Punkten mit derjenigen Tätigkeit übereinstimmen, für die die Erlaubnis beantragt wird.

(2) In den in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und c und Nummer 2 Buchstabe a und c genannten Fällen darf die Tätigkeit als Selbständiger oder in leitender Stellung höchstens zehn Jahre vor dem Zeitpunkt der Antragstellung beendet worden sein.

(3) Als ausreichender Nachweis ist auch anzusehen, wenn der Antragsteller die dreijährige Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a nicht ununterbrochen ausgeübt hat, die Ausübung jedoch nicht mehr als zwei Jahre vor dem Zeitpunkt der Antragstellung beendet worden ist.

(4) Eine Tätigkeit in leitender Stellung im Sinne des Absatzes 1 übt aus, wer in einem industriellen oder kaufmännischen Betrieb des entsprechenden Berufszweiges tätig war:

1. als Leiter des Unternehmens oder einer Zweigniederlassung,
2. als Stellvertreter des Unternehmers oder des Leiters des Unternehmens, wenn mit dieser Stellung eine Verantwortung verbunden ist, die der des vertretenen Unternehmers oder Leiters entspricht oder
3. in leitender Stellung mit kaufmännischen Aufgaben und mit der Verantwortung für mindestens eine Abteilung des Unternehmens.

(5) Der Nachweis, dass die Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 erfüllt sind, ist vom Antragsteller durch eine Bescheinigung der zuständigen Stelle des Herkunftslandes zu erbringen.

(6) Absatz 1 Nummer 1 sowie Absatz 2 und 3 sind auch anzuwenden auf den Nachweis der Fachkunde für die Aufbewahrung explosionsgefährlicher Stoffe, soweit diese Tätigkeit im Rahmen der Herstellung, der Bearbeitung, der Verarbeitung, der Wiedergewinnung, der Verwendung oder der Vernichtung explosionsgefährlicher Stoffe ausgeübt wird.

§ 40

(1) Als Nachweise einer erforderlichen Vermittlung der Fachkunde im Sinne des § 9 Absatz 1 des Gesetzes werden ferner solche Befähigungs- und Ausbildungsnachweise anerkannt, die von einer zuständigen Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweiz ausgestellt worden sind und die

1. in dem ausstellenden Staat erforderlich sind, um die durch das Gesetz oder auf Grund des Gesetzes reglementierte Art des Umgangs oder Verkehrs auszuüben oder nachzugehen oder,

§ 40

(1) unverändert

Entwurf

2. sofern die Tätigkeit im Herkunftsstaat nicht durch Rechts- oder Verwaltungsvorschrift an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen gebunden ist, bescheinigen, dass der Inhaber oder die Inhaberin auf die Ausführung der bezeichneten Tätigkeiten vorbereitet worden ist und in den letzten zehn Jahren vor Antragstellung insgesamt zwei Jahre vollzeitlich oder als Teilzeitbeschäftigung während eines entsprechenden Zeitraumes einer vergleichbaren Tätigkeit nachgegangen ist.

Solchen Nachweisen gleichgestellt sind Nachweise, die in einem Drittland ausgestellt wurden, sofern diese Nachweise in einem der in Satz 1 genannten Staaten anerkannt worden sind und dieser Staat dem Inhaber oder der Inhaberin der Nachweise bescheinigt, in seinem Hoheitsgebiet mindestens drei Jahre Berufserfahrung im Umgang oder im Verkehr mit den dem Gesetz unterliegenden Stoffen oder Gegenständen erworben zu haben.

(2) Unterscheiden sich die diesen Nachweisen zugrunde liegenden Fachgebiete wesentlich von den Anforderungen nach § 9 des Gesetzes in Verbindung mit den §§ 29 Absatz 1 und 32 Absatz 5 und gleichen die von der den Antrag stellenden Person im Rahmen ihrer Berufspraxis erworbenen Kenntnisse diesen wesentlichen Unterschied nicht aus, so ist die Erlaubnis zur Aufnahme der angestrebten Tätigkeit von der Teilnahme an einer ergänzenden, diese Fachgebiete umfassenden Fachkundevermittlung abhängig. Sofern für die Ausführung der Tätigkeiten keine Fachkunde zur Ausführung von Sprengarbeiten oder für den Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen im Rahmen der Kampfmittelbeseitigung erforderlich sind, kann die den Antrag stellende Person auf Wunsch an Stelle der ergänzenden Fachkundevermittlung eine Fachkundeprüfung über die betreffenden Sachgebiete ablegen (spezifische Fachkundeprüfung). Für die ergänzende Fachkundevermittlung gelten § 34 Absatz 1 und 2 sowie § 36 entsprechend.

(3) Ist für die angestrebte Tätigkeit eine Fachkundeprüfung vorgesehen, so *ist der* den Antrag stellenden Person *nach ihrer Wahl* stattdessen *die Teilnahme* an einer ergänzenden Fachkundevermittlung *zu ermöglichen*. *Die Maßnahmen sind in einem solchen Fall so auszugestalten, dass sie eine der Fachkundeprüfung vergleichbare Beurteilung der Qualifikation erlauben.*

(4) Zusammen mit den Befähigungs- oder Ausbildungsnachweisen hat die den Antrag stellende Person einen Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit zu übermitteln. Die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit erfolgt im Übrigen unter den für Inländer geltenden Voraussetzungen. Insbesondere sind von der den Antrag stellenden Person Nachweise zu verlangen, die Rückschlüsse auf ihre Zuverlässigkeit und persönliche Eignung nach den §§ 8, 8a und 8b des Gesetzes sowie auf Grund des Gesetzes geforderte Sicherheiten erlauben. Als solche Nachweise sind Unterlagen ausreichend, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsstaats

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(2) unverändert

(3) Ist für die angestrebte Tätigkeit eine Fachkundeprüfung vorgesehen, so **kann die** den Antrag **stellende** Person stattdessen an einer ergänzenden Fachkundevermittlung **teilnehmen, sofern hierdurch** eine der Fachkundeprüfung vergleichbare Beurteilung der Qualifikation **gewährleistet wird**.

(4) unverändert

Entwurf

ausgestellt wurden und die belegen, dass die Erfordernisse erfüllt werden.

(5) Die zuständige Behörde bestätigt der den Antrag stellenden Person binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt dabei mit, ob Unterlagen fehlen. Die Voraussetzungen nach Absatz 1 bis 3 sind unverzüglich zu prüfen; die Prüfung muss spätestens drei Monate nach Einreichung der vollständigen Unterlagen abgeschlossen sein. Diese Frist kann in begründeten Fällen um einen Monat verlängert werden. Bestehen Zweifel an der Echtheit der vorgelegten Bescheinigungen oder an den dadurch verliehenen Rechten, kann die zuständige Behörde durch Nachfrage bei der zuständigen Behörde oder Stelle des Herkunftsstaats die Echtheit oder die dadurch verliehenen Rechte überprüfen; der Fristablauf ist solange gehemmt.

§ 40a

(1) Vor der erstmaligen Erbringung einer nur vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistung im Inland, welche den Zugang zu dem Gesetz unterliegenden Stoffen oder Gegenständen erfordert, überprüft die zuständige Behörde, ob ein wesentlicher Unterschied zwischen der Qualifikation der nach § 13a Gewerbeordnung Anzeige erstattenden Person und den geforderten Kenntnissen besteht, wenn unter Berücksichtigung der konkret beabsichtigten Tätigkeit bei unzureichender Qualifikation eine schwere Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit der Dienstleistungsempfänger bestünde. Im Fall des §13a Absatz 3 der Gewerbeordnung unterrichtet die zuständige Behörde die Anzeige erstattende Person über ihr Wahlrecht nach § 40 Absatz 2 und 3. § 40 Absatz 4 Satz 2 und 3 finden Anwendung.

(2) Von dem Erfordernis einer Begleitung der Stoffe nach § 13 Absatz 2 des Gesetzes ist befreit, wer seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in einem anderen EU-Mitgliedstaat, einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweiz hat und mit dem Verbringen eine Person beauftragt, die nach den Gesetzen dieses Mitgliedstaates befugt ist, die Stoffe in der vorgesehenen Art und Weise zu verbringen, sofern die Befugnis einer Berechtigung zum Verbringen nach § 15 Absatz 6 Satz 3 des Gesetzes gleichwertig ist. Die zum Verbringen berechtigenden Erlaubnisse oder sonstigen Bescheinigungen anderer Mitgliedstaaten werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.“

34. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 5a eingefügt:

„(5a) Der Erlaubnisinhaber hat durch organisatorische Maßnahmen sicher zu stellen, dass den zuständigen Behörden jederzeit auf Anforderung Informationen über die Herkunft und den aktuellen Aufbewahrungsort jedes Explosivstoffs gegeben werden können. Dazu übermittelt er der zuständigen Behörde Namen und Kontakt-Details mindestens einer Person, die außerhalb der normalen Geschäftszeit die erforderlichen Informationen nach Satz 1 bereitstellen kann.“

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(5) unverändert

§ 40a

(1) Vor der erstmaligen Erbringung einer nur vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistung im Inland, welche den Zugang zu dem Gesetz unterliegenden Stoffen oder Gegenständen erfordert, überprüft die zuständige Behörde, ob ein wesentlicher Unterschied zwischen der Qualifikation der nach § 13a Gewerbeordnung Anzeige erstattenden Person und den geforderten Kenntnissen besteht, wenn unter Berücksichtigung der konkret beabsichtigten Tätigkeit bei unzureichender Qualifikation eine schwere Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit der Dienstleistungsempfänger **oder Dritter** bestünde. Im Fall des §13a Absatz 3 der Gewerbeordnung unterrichtet die zuständige Behörde die Anzeige erstattende Person über ihr Wahlrecht nach § 40 Absatz 2 und 3. § 40 Absatz 4 Satz 2 und 3 finden Anwendung.

(5) unverändert

34. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- b) Folgender Absatz 7 wird angefügt:
- „(7) Eine elektronische Führung des Verzeichnisses nach § 16 des Gesetzes auf der Grundlage der automatisierten Datenverarbeitung ist zulässig. In diesem Fall ist Absatz 2 Satz 1 und 2 nicht anzuwenden. Es ist sicherzustellen, dass Eintragungen nach Abschluss des Verzeichnisses nicht mehr verändert werden können.“
35. § 42 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:
- „5. bei Explosivstoffen: die eindeutige Kennzeichnung nach § 14 Absatz 1 Nummer 5,“.
- b) Die bisherigen Nummern 5 und 6 werden Nummer 6 und 7.
36. Dem § 44 wird folgender Absatz 3 angefügt:
- „(3) In den Ausnahmen nach Absatz 1 kann allgemein verfügt werden, dass die Forderung nach § 42 Absatz 1 Nummer 4a als erfüllt gilt, wenn neben dem nach § 41 Absatz 1 bis 5 handschriftlich geführten Verzeichnis ein zusätzliches, elektronisch mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführtes Informationssystem zur Erfüllung der Forderungen nach Absatz 5a Satz 1 besteht, in welchem die eindeutige Kennzeichnung nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 erfasst wird.“
37. § 45 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „des Bundesministeriums des Innern,“ die Wörter „des Bundesministeriums der Verteidigung“ eingefügt.
- bb) In Nummer 3 werden die Wörter „des Wehrwissenschaftlichen Instituts *und*“ gestrichen.
- b) In Absatz 5 Nummer 2 werden die Wörter „des Wehrwissenschaftlichen Instituts“ durch die Wörter „der zuständigen Stelle der Bundeswehr“ ersetzt.
38. § 46 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 2a wird aufgehoben.
- b) In Nummer 6 wird die Angabe „oder § 20 Abs. 2 Nr. 3 Satz 2“ gestrichen.
35. unverändert
36. § 44 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 42 Abs. 1 Nr. 6“ durch die Angabe „§ 42 Absatz 1 Nummer 7“ ersetzt.
- b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
- „(3) In den Ausnahmen nach Absatz 1 kann allgemein verfügt werden, dass die Forderung nach § 42 Absatz 1 Nummer 5 als erfüllt gilt, wenn neben dem nach § 41 Absatz 1 bis 5 handschriftlich geführten Verzeichnis ein zusätzliches, elektronisch mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführtes Informationssystem zur Erfüllung der Forderungen nach Absatz 5a Satz 1 besteht, in welchem die eindeutige Kennzeichnung nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 erfasst wird.“
37. § 45 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) unverändert
- bb) In Nummer 3 werden die Wörter „des Wehrwissenschaftlichen Instituts“ durch die Wörter „der zuständigen Stelle der Bundeswehr“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz eingefügt:
- „(4a) Die Bundesministerien sowie die zuständigen obersten Landesbehörden können zu den Sitzungen des Ausschusses Vertreter entsenden. Diesen ist auf Verlangen in der Sitzung das Wort zu erteilen.“
- c) In Absatz 5 Nummer 2 werden die Wörter „des Wehrwissenschaftlichen Instituts“ durch die Wörter „der zuständigen Stelle der Bundeswehr“ ersetzt.
38. § 46 wird wie folgt geändert:
- a) entfällt
- b) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- c) Nummer 6a wird aufgehoben.
- d) Die Nummern 7 und 8 werden durch folgende *Nummern 7 bis 8d* ersetzt:
- „7. entgegen § 21 Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 5 oder § 22 Absatz 2 ein Sortiment oder einen pyrotechnischen Gegenstand überlässt,
8. entgegen § 21 Absatz 3 oder Absatz 5 einen pyrotechnischen Gegenstand vertreibt,
- 8a. entgegen § 21 Absatz 4 Satz 1 einen pyrotechnischen Gegenstand ausstellt,
- 8b. entgegen § 23 Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 1 einen pyrotechnischen Gegenstand abbrennt,
- 8c. entgegen § 23 Absatz 3 Satz 1 eine Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,
- 8d. *entgegen § 23 Absatz 6 einen Effekt vorführt oder durchführt,*“.
39. § 49 wird wie folgt gefasst:
- „§ 49
- Die Bestimmungen des § 14 Absatz 1 Nummer 5, des § 15 und des § 41 Absatz 5a sind ab dem 5. April 2012 anzuwenden. Explosivstoffe, die bis zum 4. April 2012 ohne die nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 und des § 15 vorgeschriebene Kennzeichnung in den Verkehr gebracht wurden, dürfen noch bis zum 5. April 2015 im Geltungsbereich des Gesetzes verbracht, vertrieben, anderen überlassen und verwendet werden.“
40. Anlage 1 wird wie folgt gefasst:
- „Anlage 1**
- „Anforderungen an die Zusammensetzung und Beschaffenheit von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen im Sinne des § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes und von Sprengzubehör im Sinne des § 6 Absatz 1**
1. Sonstige explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Gesetzes
- 1- Mischungen müssen homogen sein. Flüssige Bestandteile dürfen nur verwendet werden, wenn sie den Festkörper gleichmäßig benetzen.
- 2- Die Stoffe müssen thermisch stabil sein. Dies gilt als nachgewiesen, wenn bei einer siebentägigen Lagerung bei 50 °C unter Wärmetau, dessen Grad der Beanspruchung des Stoffes beim Umgang und bei der Beförderung entspricht, in der gelagerten Probe keine Erwärmung um mehr als 60 °C über die Lagertemperatur hinaus eintritt. Werden die Stoffe beim Umgang oder bei der Beförderung höheren Temperaturen ausgesetzt oder dauert die Temperatureinwirkung länger als sieben Tage an, so sind die Prüfungsbedingungen bezüglich der Lagertemperatur oder -dauer entsprechend zu wählen.
- c) unverändert
- d) Die Nummern 7 und 8 werden durch folgende **Nummer 7 bis 8c** ersetzt:
- „7. unverändert
8. unverändert
- 8a. unverändert
- 8b. unverändert
- 8c. entgegen § 23 Absatz 3 Satz 1 **oder Absatz 7 Satz 1** eine Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,“.
- 8d. entfällt**
39. unverändert
40. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

3- Erfüllt der Stoff die Anforderungen nach Absatz 2 nicht, so muss beim Umgang und bei der Beförderung eine Temperatur eingehalten werden, bei der die thermische Stabilität des Stoffes mit Sicherheit gewährleistet ist.

2. Sprengzubehör

2.1 Zündleitungen

4- Bei Zündleitungen dürfen Hin- und Rückleitungen nicht in einer gemeinsamen Umhüllung liegen. Eine Verbindung der Isolation zweier Leiter durch einen Steg gilt nicht als gemeinsame Umhüllung (Stegzündleitung). Die Zündleitungen sind als Einfachleitungen, als verseilte Leitungen oder als Stegzündleitungen zulässig.

5- Der Leiter selbst muss mehrdrähtig sein. Kein Draht darf einen kleineren Durchmesser als 0,3 mm oder einen größeren als 1,0 mm haben.

6- Die Zerreißkraft jedes Leiters muss mindestens 200 N betragen.

7- Die Zündleitungen müssen eine ausreichende Biegsamkeit und Biegefestigkeit haben.

8- Der elektrische Widerstand einer Einfachzündleitung und eines jeden Leiters einer verseilten Zündleitung sowie einer Stegzündleitung darf für 100 m Länge höchstens 5 Ohm betragen.

9- Stahlleiter müssen einen leitenden Überzug haben, der den Stahl vor dem Rosten schützt und eine gut leitende Verbindung mit den anzuschließenden Teilen gewährleistet.

10- Zündleitungen müssen isoliert sein. Die Isolierung muss bei bestimmungsgemäßer Verwendung mechanisch fest, thermisch beständig und elektrisch durchschlagsicher sein. Die Isolierung von Zündleitungen mit erhöhter mechanischer Festigkeit und erhöhter elektrischer Durchschlagfestigkeit muss auch gegen darüber hinausgehende Anforderungen beständig sein.

2.2 Verlängerungsdrähte

11- Bei Verlängerungsdrähten aus Stahl muss der Drahtdurchmesser mindestens 0,6 mm, bei Verlängerungsdrähten aus Kupfer mindestens 0,5 mm betragen. Verlängerungsdrähte aus Stahl müssen einen leitenden Überzug haben, der den Stahl vor dem Rosten schützt und eine gut leitende Verbindung mit den anzuschließenden Teilen gewährleistet. Die Verlängerungsdrähte müssen auf ihrer ganzen Länge isoliert sein. Die Isolierung muss bei bestimmungsgemäßer Verwendung mechanisch fest, thermisch beständig und elektrisch durchschlagsicher sein. Für Verlängerungsdrähte, deren Isolierung bei der Verwendung

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

besonderen Beanspruchungen ausgesetzt ist, werden diesen Beanspruchungen entsprechende Anforderungen an die mechanische Festigkeit der Isolierung gestellt.

2.3 Isolierhülsen

12- Isolierhülsen müssen mindestens 7 cm lang sein. Sie müssen bei bestimmungsgemäßer Verwendung mechanisch fest, thermisch beständig und elektrisch durchschlagsicher sein.

2.4 Zündmaschinen

2.4.1 Mechanische Beschaffenheit

13- Die Zündmaschinen müssen zuverlässig arbeiten.

14- Die Zündmaschinen müssen ein widerstandsfähiges, geschlossenes Gehäuse haben.

15- Alle Teile der Zündmaschinen müssen so angebracht und befestigt sein, dass ein selbsttätiges Lockern ausgeschlossen ist. Als Schutz gegen das selbsttätige Lockern von Zündmaschinenteilen sind insbesondere Federringe oder gleichwertige Sicherungselemente anzusehen.

16- Die Bauart der Zündmaschinen muss ein unbefugtes Betätigen erschweren.

2.4.2 Elektrische Beschaffenheit

17- Zündmaschinen müssen kräftige Anschlussklemmen mit unverlierbaren Muttern haben. Die Anschlussklemmen dürfen keinen hohlen Querschnitt haben und müssen aus Messing mit einer Zugfestigkeit von mindestens 400 N/mm² bestehen. Der Durchmesser der Halteschraube muss mindestens 4 mm und der der Anschlussschraube mindestens 6 mm betragen. Sie müssen gegen zufällige Berührung unter Spannung stehender Teile gesichert sein.

18- Zwischen den Anschlussklemmen muss ein Steg aus Isolierstoff angebracht sein, der die Klemmfläche um mindestens 8 mm überragt.

19- Das Gehäuse der Zündmaschine und die zum mechanischen Aufbau dienenden Metallteile dürfen zur Stromleitung nicht benutzt werden. Blanke elektrische Leitungen müssen durch besondere Isoliermittel geschützt sein. Die Anschlussklemmen und alle zur Stromleitung dienenden Teile müssen gegenüber dem Gehäuse eine Durchschlagfestigkeit von der doppelten Betriebsspitzenspannung, mindestens jedoch 1000 V Wechselfeldspannung haben.

20- Der Werkstoff von Isolierstoffteilen muss den anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik entsprechen.

21- Kondensatorzündmaschinen müssen so gebaut sein, dass nach ihrer Betätigung keine

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

gefährlichen Restladungen auf der Kondensatorbatterie verbleiben.

22- Verriegelungsvorrichtungen von Zündmaschinen, die im Falle einer nicht ausreichenden Betätigung die Abgabe eines zu schwachen Zündstroms verhindern sollen, dürfen erst dann den Zündstrom freigeben, wenn die vorgeschriebene elektrische Leistung abgegeben werden kann. Federzugzündmaschinen müssen eine Vorrichtung haben, die verhindert, dass bei nicht voll aufgezogener Feder ein Zündstrom abgegeben werden kann.

23- Kondensatorzündmaschinen müssen eine Vorrichtung haben, die verhindert, dass bei nicht auf die Sollspannung aufgeladenem Kondensator ein Zündstrom abgegeben werden kann. Sofern eine solche Vorrichtung nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand anzubringen ist, kann stattdessen in die Zündmaschine eine Anzeigevorrichtung für die Kondensatorspannung eingebaut sein.

2.4.3 Leistungsfähigkeit

2.4.3.1 Allgemeines

24- Zündmaschinen für Reihenschaltung müssen für Zünderzahlen von 10, 20, 30, 50, 80, 100, 160, 200, 300 oder 400 Zündern, Zündmaschinen für Parallelschaltung für Zünderzahlen von 50, 80 oder 100 Zündern bei begrenztem Widerstand des an die Zündmaschine anzuschließenden Zündkreises bestimmt sein.

2.4.3.2 Zündmaschinen für Brückenzünder A

25- Zündmaschinen für Reihenschaltung von Brückenzündern A müssen beim Höchstwiderstand und bei einem äußeren Widerstand von 15 Ohm Ströme liefern, die folgenden Anforderungen genügen:

1. Der elektrische Strom muss spätestens nach 1 ms die Stärke 1 A erreicht haben. Der Stromimpuls vom Beginn bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Stromstärke zum ersten Male wieder auf 1 A absinkt, muss mindestens 4 mWs/Ohm betragen.
2. Bei Zündmaschinen mit Trommelanker muss in dem Zeitraum, in dem die Abgabe dieses Stromimpulses erfolgt, die mittlere Stromstärke mindestens 1,15 A betragen; die unteren Stromspitzen dürfen in dieser Zeit 0,8 A nicht unterschreiten.
3. Die Höchstwiderstände betragen bei Zündmaschinen für:

| | |
|-----------|---------|
| 10 Zünder | 60 Ohm |
| 20 Zünder | 110 Ohm |
| 30 Zünder | 160 Ohm |
| 50 Zünder | 260 Ohm |

Entwurf

| | |
|------------|-----------|
| 80 Zünder | 410 Ohm |
| 100 Zünder | 510 Ohm |
| 160 Zünder | 810 Ohm |
| 200 Zünder | 1 010 Ohm |
| 300 Zünder | 1 510 Ohm |
| 400 Zünder | 2 010 Ohm |

26- Zündmaschinen für Parallelschaltung von Brückenzündern A müssen folgenden Anforderungen genügen: Bei einer der Zünderzahl entsprechenden Anzahl von Zündstromverzweigungen von je 4,5 Ohm und bei Vorschaltung eines elektrischen Widerstandes von 1 Ohm sowie bei dem höchstzulässigen Widerstand des Zündkreises, für den die Zündmaschine bestimmt ist, muss der Stromimpuls in allen Zweigen bei einer Gesamtzeit von höchstens 10 ms mehr als 4 mWs/Ohm betragen.

2.4.3.3 Zündmaschinen für Brückenzündler U

27- Zündmaschinen für Reihenschaltung von Brückenzündern U müssen beim Höchstwiderstand und bei einem äußeren Widerstand von 15 Ohm Ströme liefern, die folgenden Anforderungen genügen:

1. Der elektrische Strom muss spätestens nach 1 ms die Stärke 2 A erreicht haben. Der Stromimpuls vom Beginn bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Stromstärke zum ersten Male wieder auf 1,6 A (bei Kondensatorzündmaschinen auf 1,5 A) abgesunken ist, muss mindestens 20 mWs/Ohm (bei Kondensatorzündmaschinen 18 mWs/Ohm) betragen.
2. Bei Zündmaschinen mit Trommelanker muss in dem Zeitraum, in dem die Abgabe dieses Stromimpulses erfolgt, die mittlere Stromstärke mindestens 2,5 A betragen; die unteren Stromspitzen dürfen in dieser Zeit nicht 1,5 A unterschreiten.
3. Die Höchstwiderstände betragen bei Zündmaschinen für:

| | |
|------------|-----------|
| 10 Zünder | 55 Ohm |
| 20 Zünder | 90 Ohm |
| 30 Zünder | 125 Ohm |
| 50 Zünder | 195 Ohm |
| 80 Zünder | 300 Ohm |
| 100 Zünder | 370 Ohm |
| 160 Zünder | 580 Ohm |
| 200 Zünder | 720 Ohm |
| 300 Zünder | 1 070 Ohm |
| 400 Zünder | 1 420 Ohm |

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

28- Zündmaschinen für Parallelschaltung von Brückenzündern U müssen folgenden Anforderungen genügen: Bei einer der Zünderzahl entsprechenden Anzahl von Zündstromverzweigungen von je 3,5 Ohm und bei Vorschaltung eines Widerstandes von 1 Ohm sowie bei dem höchstzulässigen Widerstand des Zündkreises, für den die Zündmaschine bestimmt ist, muss der Stromimpuls in allen Zweigen bei einer Gesamtzeit von höchstens 10 ms mehr als 20 mWs/Ohm (bei Kondensatorzündmaschinen 18 mWs/Ohm) betragen.

2.4.3.4 Zündmaschinen für Brückenzünder HU

29- Zündmaschinen für Reihenschaltung von Brückenzündern HU müssen beim Höchstwiderstand und bei einem äußeren Widerstand von 5 Ohm Ströme liefern, die folgenden Anforderungen genügen:

1. Der elektrische Strom muss spätestens nach 1 ms die Stärke von mindestens 30 A erreicht haben.
2. Der Stromimpuls vom Beginn bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Stromstärke zum ersten Male wieder auf 15 A abgesunken ist, muss mindestens 3 300 mWs/Ohm betragen.
3. Die Höchstwiderstände betragen bei Zündmaschinen für:

| | |
|------------|---------|
| 20 Zünder | 15 Ohm |
| 80 Zünder | 50 Ohm |
| 160 Zünder | 100 Ohm |

2.4.4 Sonstige Anforderungen an schlagwetter-sichere Zündmaschinen

30- Hinsichtlich des Schlagwetterschutzes müssen die Zündmaschinen den anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik entsprechen. Hiervon ist die Anbringung der Anschlussklemmen ausgenommen. Ebenso gelten nicht die in diesen Regeln gestellten besonderen Anforderungen an Isolierstoffe sowie an Kriechstrecken, Luftstrecken und Abstände bei der Schutzart „erhöhte Sicherheit“.

31- Die Zündstromdauer darf nicht mehr als 4 ms betragen. Nach der Abgabe eines Zündimpulses muss ein unbeabsichtigtes Wiederaufladen des Kondensators und die Abgabe eines zweiten Zündimpulses unmöglich sein. Bei Zündmaschinen für Zünderzahlen bis zu 50 Zündern darf die Spitzenspannung nicht mehr als 1 200 V, bei Zündmaschinen für Zünderzahlen von 80 Zündern und darüber nicht mehr als 1 500 V betragen.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

2.5 Zündgeräte für elektronische Zünder

2.5.1 Mechanische Beschaffenheit

32- Die elektronischen Zündgeräte müssen zuverlässig arbeiten.

33- Die elektronischen Zündgeräte müssen ein widerstandsfähiges, geschlossenes Gehäuse haben.

34- Alle Teile der elektronischen Zündgeräte müssen so angebracht und befestigt sein, dass ein selbsttätiges Lockern ausgeschlossen ist. Als Schutz gegen das selbsttätige Lockern von Zündgeräteteilen sind insbesondere Federringe oder gleichwertige Sicherungselemente anzusehen.

35- Die Bauart der elektronischen Zündgeräte muss ein unbefugtes Betätigen erschweren.

2.5.2 Elektrische Beschaffenheit

36- Die elektronischen Zündgeräte müssen Anschlussklemmen mit unverlierbarer Verschraubung haben. Sie müssen gegen zufällige Berührung unter Spannung stehender Teile gesichert sein.

37- Zwischen den Anschlussklemmen muss bei Spannungen von über 50 V ein Steg aus Isolierstoff angebracht sein, der die Klemmfläche um mindestens 8 mm überragt.

38- Das Gehäuse von elektronischen Zündgeräten und die zum mechanischen Aufbau dienenden Metallteile dürfen zur Stromleitung nicht benutzt werden. Blanke elektrische Leitungen müssen durch besondere Isoliermittel geschützt sein. Die Anschlussklemmen und alle zur Stromleitung dienenden Teile müssen gegenüber dem Gehäuse eine Durchschlagfestigkeit von der doppelten Betriebsspitzenspannung haben.

39- Der Werkstoff von Isolierstoffen muss den anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik entsprechen.

40- Verriegelungsvorrichtungen von elektronischen Zündgeräten müssen verhindern, dass im Falle einer zu geringen Batteriekapazität eine Zündung von elektronischen Zündern ausgelöst wird. Ein Unterschreiten der zulässigen Versorgungsspannung muss angezeigt werden.

41- Durch einen Prüfzyklus müssen Betriebsfehler erkannt und angezeigt werden. Im Fehlerfall muss die Auslösung der Sprengung gesperrt sein.

2.5.3 Leistungsfähigkeit

2.5.3.1 Allgemeines

42- Zündgeräte für elektronische Zünder müssen für eine Maximalzahl Zünder, maxi-

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

malen Leitungswiderstand, begrenzte Leitungskapazität und Bandbreite bestimmt sein.

2.5.3.2 Sonstige Anforderungen an schlagwetter-sichere Zündgeräte für elektronische Zünder

43- Hinsichtlich des Schlagwetterschutzes müssen die Zündgeräte den anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik entsprechen. Es gelten nicht die in diesen Regeln gestellten besonderen Anforderungen an Isolierstoffe sowie an Kriechstrecken, Luftstrecken und Abstände bei der Schutzart „erhöhte Sicherheit“.

44- Zum Zeitpunkt der ersten Zündung darf die Spannung im Zündkreis maximal 5 V betragen.

2.6 Zündmaschinenprüfgeräte

45- Zündmaschinenprüfgeräte müssen einen inneren Widerstand haben, der der Leistungsfähigkeit der Zündmaschinentypen, für deren Nachprüfung sie bestimmt sind, angepasst ist.

46- Die Zündmaschinenprüfgeräte müssen bei ordnungsgemäßer Betätigung der Zündmaschinen ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit deutlich anzeigen.

47- Für das Gehäuse eines Zündmaschinenprüfgerätes gilt Absatz 19 entsprechend.

48- Für schlagwettergesicherte Zündmaschinenprüfgeräte gilt Absatz 30 entsprechend.

2.7 Prüfgeräte für Zündgeräte für elektronische Zünder

49- Die Prüfgeräte müssen neben der Ausgangssignalprüfung eine elektrische Last darstellen, die der Leistungsfähigkeit der Zündgerätetypen, für deren Nachprüfung sie bestimmt sind, angepasst ist.

50- Die Prüfgeräte müssen bei ordnungsgemäßer Betätigung der Zündgeräte ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit deutlich anzeigen.

51- Für das Gehäuse eines Prüfgerätes gilt Absatz 19 entsprechend.

52- Für schlagwettergesicherte Prüfgeräte für elektronische Zündgeräte gilt Absatz 122 entsprechend.

2.8 Zündkreisprüfer

2.8.1 Allgemeine Anforderungen

53- Die Stromquelle darf Unbefugten nicht zugänglich sein.

54- Die Spannung der Stromquelle darf nicht mehr als 12 V betragen.

55- Die Messstromstärke darf nicht mehr als 25 mA betragen.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

56- Metallische Gehäuseteile dürfen nicht zur Stromleitung benutzt werden.

57- Zündkreisprüfer müssen durch eingebaute Schutzwiderstände so gesichert sein, dass auch dann, wenn einer der Pole der Stromquelle unmittelbare Verbindung mit Gehäuseteilen oder der zugehörigen Anschlussklemme erhalten sollte, die Stärke des abgegebenen elektrischen Stromes 50 mA nicht überschreiten kann.

58- Die Bauteile müssen so beschaffen und alle Leitungen so verlegt sein, dass eine Überbrückung und damit eine Ausschaltung der Schutzwiderstände ausgeschlossen ist.

59- Die elektrische Durchschlagfestigkeit der Isolierung zwischen den stromleitenden Teilen und blanken metallischen Gehäuseteilen muss 500 V Wechselspannung betragen.

2.8.2 Besondere Anforderungen an Ohmmeter

60- Die Messgenauigkeit muss bei senkrechter und waagerechter Gebrauchslage mindestens $\pm 1,5$ Prozent der Skalenlänge betragen.

61- Das Messwerk muss eine Nullpunktregulierung haben.

62- Abweichungen bis zu 10 Prozent der mittleren Spannung der Stromquelle dürfen die Messgenauigkeit nicht beeinflussen.

2.9 Prüfgeräte für elektronische Zündkreise

2.9.1 Allgemeine Anforderungen

63- Die Stromquelle darf Unbefugten nicht zugänglich sein.

64- Der Effektivwert der Messspannung darf nicht mehr als 12 V betragen.

65- Der Effektivwert der Messstromstärke darf nicht mehr als 25 mA betragen.

66- Metallische Gehäuseteile dürfen nicht zur Stromleitung benutzt werden.

67- Prüfgeräte für elektronische Zündkreise müssen so aufgebaut sein, dass im Fehlerfall die abgegebene Stromstärke 50 mA nicht überschreiten kann.

68- Die Bauteile müssen so beschaffen und alle Leitungen so verlegt sein, dass eine Überbrückung und damit eine Ausschaltung der Schutzmaßnahmen ausgeschlossen ist.

69- Die elektrische Durchschlagfestigkeit der Isolierung zwischen den stromleitenden Teilen und blanken metallischen Gehäuseteilen muss 500 V Wechselspannung betragen.

2.9.2 Besondere Anforderungen an Zeigerinstrumente

70- Die Messgenauigkeit muss bei senkrechter und waagerechter Gebrauchslage mindestens $\pm 1,5$ Prozent der Skalenlänge betragen.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

71- Das Messwerk muss eine Nullpunktregulierung haben.

72- Abweichungen bis zu 10 Prozent der mittleren Spannung der Stromquelle dürfen die Messgenauigkeit nicht beeinflussen.

73- Ein Unterschreiten der zulässigen Versorgungsspannung muss angezeigt werden.

2.10 Ladegeräte

74- Ladegeräte müssen so beschaffen sein, dass gefährliche elektrostatische Aufladungen nicht entstehen können. Antriebe müssen so angeordnet oder gesichert sein, dass gefährliche Wechselwirkungen zwischen diesen und dem Gesteinsprengstoff ausgeschlossen sind.

75- Teile von Ladegeräten, die mit Sprengstoffen in Berührung kommen, müssen mit diesen chemisch verträglich, gegen Flammenwirkung in erforderlichem Maße widerstandsfähig und so beschaffen sein, dass sie ordnungsgemäß gereinigt werden können.

76- Bei Teilen zum Fördern des Sprengstoffes müssen die unmittelbar einwirkenden Kräfte durch Zwangsbegrenzung der Antriebskräfte oder durch andere gleichwertige Maßnahmen so niedrig gehalten werden, dass keine gefährlichen mechanischen oder thermischen Beanspruchungen der geförderten Stoffe auftreten können.

77- Die Beschaffenheit der Teile zum Laden des Sprengstoffes, insbesondere die Formgebung des Vorratsbehälters, muss eine sichere Zufuhr und eine einwandfreie Förderung in den Laderaum gewährleisten.

78- Elektrische Anlagen für den Ladeteil müssen in der Schutzart IP 54 nach VDE 0470 Ausgabe November 1992 (EN 60629) ausgeführt sein. Stromstärke und Spannungen elektrischer Fernbedienungseinrichtungen müssen dem Abschnitt 2.8, Absatz 53 bis 54 und 56 entsprechen; die Regelstromstärke darf nicht mehr als 100 mA betragen.

2.11 Mischladegeräte

79- Für Mischladegeräte gelten die unter Abschnitt 2.10 für Ladegeräte aufgeführten Anforderungen der Absätze 74, 77 und 78 mit der Maßgabe, dass sich die Anforderungen auch auf den Mischteil beziehen.

80- Die Konstruktion von Mischladegeräten muss gewährleisten, dass sich keine Ansammlungen von Stäuben bilden, die zu Bränden oder Explosionen führen können.

81- Durch die Form der Behälter oder andere Maßnahmen muss eine sichere Zufuhr der Ausgangsprodukte gewährleistet sein. Einrichtungen zum Fördern und Zuteilen der Ausgangsstoffe (Dosiereinrichtungen) sowie

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

die Einrichtungen zum Mischen müssen so beschaffen sein, dass der Sprengstoff entsprechend dem zugelassenen Muster hergestellt werden kann.

82- Teile von Mischladegeräten, die mit Ausgangsprodukten oder Sprengstoffen in Berührung kommen, müssen mit diesen chemisch verträglich, gegen Flammeneinwirkung in erforderlichem Maße widerstandsfähig und so beschaffen sein, dass sie ordnungsgemäß gereinigt werden können.

83- Bei Teilen zum Fördern und Zuteilen gefährlicher Ausgangsprodukte sowie zum Mischen und Fördern des Sprengstoffes müssen die unmittelbar einwirkenden Kräfte durch Zwangsbegrenzung der Antriebskräfte oder durch andere gleichwertige Maßnahmen so niedrig gehalten werden, dass keine gefährlichen mechanischen oder thermischen Beanspruchungen der geförderten Stoffe auftreten können.

84- Teile zum Mischen und Laden müssen zum Fahrzeugantrieb so angeordnet oder gesichert sein, dass gefährliche Wechselwirkungen mit dem Sprengstoff ausgeschlossen sind; elektrische Anlagen des Fahrzeuges im Bereich der Misch- und Ladeeinrichtungen müssen besonders geschützt sein.

85- Die Mischladegeräte müssen mit Zählwerken versehen sein, die die zugeteilten Mengen der wesentlichen Ausgangsstoffe anzeigen. Die Zählwerke müssen gegen den Eingriff Unbefugter gesichert werden können.“

- | | |
|---|-----------------|
| 41. Anlage 1a wird Anlage 2; Abschnitt II Nummer 1 Buchstabe e wird aufgehoben. | 41. unverändert |
| 42. Nach Anlage 2 (neu) wird folgende Anlage 3 eingefügt: | 42. unverändert |

„Anlage 3**Anforderungen an die Zusammensetzung
und Beschaffenheit von pyrotechnischen
Gegenständen nach § 6 Absatz 3**

- I. Für alle pyrotechnischen Gegenstände gelten die nachfolgend aufgeführten allgemeinen Anforderungen:
 1. Jeder pyrotechnische Gegenstand muss den Leistungsmerkmalen entsprechen, die der Hersteller der benannten Stelle mitgeteilt hat, um ein Höchstmaß an Sicherheit und Zuverlässigkeit zu gewährleisten.
 2. Jeder pyrotechnische Gegenstand muss so gestaltet und hergestellt sein, dass er durch ein geeignetes Verfahren mit minimaler Beeinträchtigung der Umwelt sicher entsorgt werden kann.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

3. Jeder pyrotechnische Gegenstand muss bei bestimmungsgemäßer Verwendung korrekt funktionieren.
4. Jeder pyrotechnische Gegenstand muss unter realistischen Bedingungen geprüft werden. Wenn dies in einem Laboratorium nicht möglich ist, müssen die Prüfungen unter den Bedingungen durchgeführt werden, unter denen der pyrotechnische Gegenstand verwendet werden soll.
5. Folgende Informationen und Eigenschaften müssen gegebenenfalls betrachtet oder geprüft werden:
 - a) Gestaltung, Konstruktion und charakteristische Eigenschaften einschließlich detaillierte Angaben zur chemischen Zusammensetzung (Masse und prozentualer Anteil der verwendeten Stoffe) und Abmessungen;
 - b) die physische und chemische Stabilität des pyrotechnischen Gegenstandes unter allen normalen, vorhersehbaren Umweltbedingungen;
 - c) Empfindlichkeit bei normaler, vorhersehbarer Handhabung und Transport;
 - d) Verträglichkeit aller Bestandteile hinsichtlich ihrer chemischen Stabilität;
 - e) Resistenz des pyrotechnischen Gegenstandes gegen Feuchtigkeit, wenn er für die Verwendung unter feuchten oder nassen Bedingungen ausgelegt ist und wenn seine Sicherheit oder Zuverlässigkeit von Feuchtigkeit ungünstig beeinflusst werden kann;
 - f) Resistenz gegen niedrige und hohe Temperaturen, wenn der pyrotechnische Gegenstand bei derartigen Temperaturen aufbewahrt oder verwendet werden soll und seine Sicherheit oder Zuverlässigkeit durch die Kühlung oder Erhitzung eines Bestandteils oder des ganzen pyrotechnischen Gegenstandes ungünstig beeinflusst werden kann;
 - g) Sicherheitseinrichtungen, die die vorzeitige oder unbeabsichtigte Zündung oder Anzündung verhindern sollen;
 - h) geeignete Anleitungen und erforderlichenfalls Kennzeichnungen in Bezug auf die sichere Handhabung, Lagerung, Verwendung (einschließlich Sicherheitsabstände) und Entsorgung in der (den) Amtssprache(n) des Empfängermitgliedstaates;
 - i) die Fähigkeit des pyrotechnischen Gegenstandes, seiner Verpackung oder anderer Bestandteile unter normalen, vorhersehbaren Lagerungsbedingungen dem Verfall zu widerstehen;
 - j) Spezifizierung aller erforderlichen Vorrichtungen, Zubehörteile und Betriebsanleitungen;

Entwurf

gen für die sichere Funktionsweise des pyrotechnischen Gegenstandes;

- k) während des Transports und bei normaler Handhabung müssen die pyrotechnischen Gegenstände – sofern vom Hersteller nicht anders angegeben – die pyrotechnische Zusammensetzung einschließen.

6. Pyrotechnische Gegenstände dürfen Folgendes nicht enthalten:

- a) handelsübliche Sprengstoffe, mit Ausnahme von Schwarzpulver oder Blitzsätzen;
- b) militärische Sprengstoffe.

II. Die einzelnen Gruppen pyrotechnischer Gegenstände müssen mindestens auch die folgenden Anforderungen erfüllen:

A. Feuerwerkskörper

1. Der Hersteller teilt die Feuerwerkskörper gemäß Artikel 3 nach dem Nettoexplosivstoffgehalt, den Sicherheitsabständen, dem Schallpegel oder ähnlichen Kriterien in verschiedene Kategorien ein. Die Kategorie ist als Bestandteil der Kennzeichnung deutlich anzugeben.

a) Für Feuerwerkskörper der Kategorie 1 gelten folgende Bestimmungen:

- i) der Sicherheitsabstand muss mindestens 1 m betragen. Gegebenenfalls kann der Sicherheitsabstand jedoch verkürzt werden;
- ii) der maximale Schallpegel darf im Abstand von 1 m 120 dB (A, Imp.) oder einen gleichwertigen Schallpegel, der mit einer anderen geeigneten Methode gemessen wurde, nicht überschreiten;
- iii) die Kategorie 1 umfasst keine Knallkörper, Knallerbatterien, Blitzknaller und Blitzknallerbatterien;
- iv) Knallerbsen der Kategorie 1 dürfen nicht mehr als 2,5 mg Silberfulminat enthalten.

b) Für Feuerwerkskörper der Kategorie 2 gelten folgende Bestimmungen:

- i) der Sicherheitsabstand muss mindestens 8 m betragen. Gegebenenfalls kann der Sicherheitsabstand jedoch verkürzt werden;
- ii) der maximale Schallpegel darf im Abstand von 8 m 120 dB (A, Imp.) oder einen gleichwertigen Schallpegel, der mit einer anderen geeigneten Methode gemessen wurde, nicht überschreiten.

c) Für Feuerwerkskörper der Kategorie 3 gelten folgende Bestimmungen:

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Entwurf

- i) der Sicherheitsabstand muss mindestens 15 m beantragen. Gegebenenfalls kann der Sicherheitsabstand jedoch verkürzt werden;
 - ii) der maximale Schallpegel darf im Abstand von 15 m 120 dB (A, Imp.) oder einen gleichwertigen Schallpegel, der mit einer anderen geeigneten Methode gemessen wurde, nicht überschreiten.
2. Feuerwerkskörper dürfen nur aus Materialien konstruiert werden, die die Gefahr für Gesundheit, Eigentum und Umwelt durch Reststücke möglichst gering halten.
 3. Die Art der Anzündung muss deutlich sichtbar oder durch Kennzeichnung oder die Anleitung erkennbar sein.
 4. Feuerwerkskörper dürfen sich nicht auf unberechenbare und unvorhersehbare Weise bewegen.
 5. Feuerwerkskörper der Kategorien 1, 2 und 3 müssen entweder durch eine Schutzkappe, die Verpackung oder die Konstruktion des Gegenstandes selber gegen die unbeabsichtigte Anzündung geschützt sein. Feuerwerkskörper der Kategorie 4 müssen durch vom Hersteller angegebene Methoden gegen unbeabsichtigte Anzündung geschützt sein.

B. Sonstige pyrotechnische Gegenstände

1. Pyrotechnische Gegenstände müssen so gestaltet sein, dass sie Gefahren für Gesundheit, Eigentum und Umwelt bei normaler Verwendung möglichst gering halten.
2. Die Art der Anzündung muss deutlich sichtbar oder durch Kennzeichnung oder die Anleitung erkennbar sein.
3. Pyrotechnische Gegenstände müssen so gestaltet sein, dass sie Gefahren für Gesundheit, Eigentum und Umwelt durch Reststücke bei unbeabsichtigter Zündung möglichst gering halten.
4. Pyrotechnische Gegenstände müssen bis zum vom Hersteller angegebenen Verfalldatum einwandfrei funktionieren.

C. Anzündmittel

1. Anzündmittel müssen unter allen normalen, vorhersehbaren Verwendungsbedingungen zündbar sein und über ausreichende Zündfähigkeit verfügen.
2. Anzündmittel müssen unter normalen, vorhersehbaren Lager- und Verwendungsbedingungen gegen elektrostatische Entladungen geschützt sein.
3. Elektrische Anzünder müssen unter normalen, vorhersehbaren Lager- und Verwendungsbedingungen gegen elektromagnetische Felder geschützt sein.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

4. Die Umhüllung von Anzündschnüren muss von ausreichender mechanischer Festigkeit sein und die explosive Füllung ausreichend schützen, wenn der Gegenstand normaler, vorhersehbarer mechanischer Belastung ausgesetzt ist.
5. Die Parameter für die Brennzeiten von Anzündschnüren müssen zusammen mit dem Gegenstand geliefert werden.
6. Die elektrischen Kenndaten (z. B. „no-fire current“, Widerstand usw.) von elektrischen Anzündern müssen mit dem Gegenstand geliefert werden.
7. Die Anzünderdrähte von elektrischen Anzündern müssen unter Berücksichtigung ihrer vorgesehenen Verwendung eine ausreichende Isolierung und mechanische Festigkeit – einschließlich ihrer Befestigung am Anzünder – aufweisen.“
43. Die bisherige Anlage 2 wird Anlage 4 und in Abschnitt VI wie folgt gefasst:

43. unverändert

| „VI. Pyrotechnische Sätze, Gegenstände und Anzündmittel | |
|--|---------|
| Stoff oder Gegenstand | Zeichen |
| Pyrotechnische Sätze der | |
| – Kategorie S1 | S1 |
| – Kategorie S2 | S2 |
| Pyrotechnische Gegenstände der | |
| – Kategorie 1 | F1 |
| – Kategorie 2 | F2 |
| – Kategorie 3 | F3 |
| – Kategorie 4 | F4 |
| – Kategorie T1 | T1 |
| – Kategorie T2 | T2 |
| – Kategorie P1 | P1 |
| – Kategorie P2 | P2 |
| Anzündmittel | |
| Anzündschnüre für pyrotechnische Zwecke | P1-ZZP |
| Stoppinen | P2-ZZS |
| Anzündlitzen | P1-ZA |
| Anzündlichter | P1-ZZL |
| Mechanische Anzünder | P1-ZZA |
| Elektrische Brückenanzünder | P1-ZZE |
| Elektrische Anzünder für Schwarzpulver zum Sprengen und schwarzpulverähnliche Sprengstoffe | P1-ZZB“ |

Entwurf

44. Die bisherigen Anlagen 3, 5 bis 9 und 11 werden gestrichen.
45. Die bisherigen Anlagen 4 und 10 werden die Anlagen 5 und 6.
46. Die neue Anlage 5 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift wird das Wort „Explosivstoffe“ durch das Wort „Sprengstoffe“ ersetzt.
- b) In der Tabelle wird bei dem Markierungsstoff 2,3-Dimethyl-2,3-dinitrobutan (DMNB) die Angabe „0,1 Gew.-%“ durch die Angabe „1 Gew.-%“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung weiterer Vorschriften

(1) In § 492 Absatz 3 Satz 3 erster Halbsatz der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird das Wort „bleibt“ durch die Wörter „und § 8a Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 des Sprengstoffgesetzes bleiben“ ersetzt.

(2) In § 10 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, werden die Wörter „oder über den Umgang“ durch die Wörter „oder der Umgang“ ersetzt.

(3) Nach § 6 Absatz 1 Nummer 5 der Verordnung über den Betrieb des Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters vom 23. September 2005 (BGBl. I S. 2885), die zuletzt durch ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird folgende Nummer 5a eingefügt:

„5a. die Sprengstoffbehörden nach Maßgabe des § 492 Absatz 3 Satz 3 der Strafprozessordnung und des § 8a Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 und Satz 3 des Sprengstoffgesetzes,“.

(4) Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe c, Nummer 18, 19, 20, 21, 22, 23, 26, 34 Buchstabe c und e, Nummer 35 Buchstabe a mit Ausnahme des ersten Änderungsbefehls, Artikel 2 Nummer 1, 8, 10, 11, 12, 13 und 14 und Artikel 7 Satz 3 des Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426) werden aufgehoben.

(5) Das Waffengesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592, BGBl. 2003 I S. 1957), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Beschlüsse des 4. Ausschusses

44. unverändert
45. unverändert
46. unverändert

Artikel 3

Änderung weiterer Vorschriften

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) Das Waffengesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592, BGBl. 2003 I S. 1957), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

a) In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 43 die Angabe „§ 43a Nationales Waffenregister“ und nach der Angabe zu § 52 die Angabe „§ 52a Strafvorschriften“ eingefügt.

b) In § 4 Absatz 4 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die zuständige Behörde kann auch nach Ablauf des in Satz 1 genannten Zeitraums das Fortbestehen des Bedürfnisses prüfen.“

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- a) In den §§ 29 Absatz 1 und 2, 30 Absatz 2, 31 Absatz 1, 32 Absatz 1, 2 und 6 wird der Klammertext „Kategorien A bis D“ durch den Klammertext „Kategorien A 1.2 bis D“ ersetzt.
- b) § 32 Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- aa) Am Ende der Nummer 1 wird das Wort „oder“ gestrichen.
- bb) Am Ende der Nummer 2 wird der Punkt durch ein Komma und das Wort „oder“ ersetzt und folgende Nummer 3 angefügt:
- „3. für Waffen und Munition, die an Bord von Schiffen oder Luftfahrzeugen mitgeführt, während des Aufenthalts im Geltungsbereich dieses Gesetzes unter Verschluss gehalten, der zuständigen Überwachungsbehörde unter Angabe des Hersteller- oder Warenzeichens, der Modellbezeichnung und, wenn die Waffen eine Herstellungsnummer haben, auch dieser, unverzüglich gemeldet und spätestens innerhalb eines Monats wieder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes befördert werden.“
- c) § 8 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
- bb) Absatz 2 wird aufgehoben.
- d) § 14 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Ein Bedürfnis von Sportschützen nach Absatz 2 für den Erwerb und Besitz von mehr als drei halbautomatischen Langwaffen und mehr als zwei mehrschüssigen Kurzwaffen für Patronenmunition sowie der hierfür erforderlichen Munition wird unter Beachtung des Absatzes 2 durch Vorlage einer Bescheinigung des Schießsportverbandes des Antragstellers glaubhaft gemacht, wonach die weitere Waffe
1. von ihm zur Ausübung weiterer Sportdisziplinen benötigt wird oder
 2. zur Ausübung des Wettkampfsports erforderlich ist
- und der Antragsteller regelmäßig an Schießsportwettkämpfen teilgenommen hat.“
- e) In § 22 Absatz 2 Nummer 3 wird die Angabe „Nr. 2“ gestrichen.
- f) In § 25 Absatz 2 wird die Angabe „Nr. 3“ durch die Angabe „Nummer 5“ ersetzt.
- g) In § 27 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „16“ durch die Angabe „18“ ersetzt und nach dem Wort „Schusswaffen“ wird die Angabe „bis zu einem Kaliber von 5,6 mm lfB (.22 l.r.) für Munition mit Randfeuerzündung, wenn die Mündungsenergie höchstens 200 Joule (J) beträgt und Einzellader-Langwaffen mit glatten Läufen mit Kaliber 12 oder kleiner“ eingefügt.
- h) unverändert
- i) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

j) § 36 wird wie folgt geändert:

aa) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Wer erlaubnispflichtige Schusswaffen, Munition oder verbotene Waffen besitzt oder die Erteilung einer Erlaubnis zum Besitz beantragt hat, hat der zuständigen Behörde die zur sicheren Aufbewahrung getroffenen oder vorgesehenen Maßnahmen nachzuweisen. Besitzer von erlaubnispflichtigen Schusswaffen, Munition oder verbotenen Waffen haben außerdem der Behörde zur Überprüfung der Pflichten aus Absatz 1 und Absatz 2 Zutritt zu den Räumen zu gestatten, in denen die Waffen und die Munition aufbewahrt werden. Wohnräume dürfen gegen den Willen des Inhabers nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit betreten werden; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“

bb) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, nach Anhörung der beteiligten Kreise durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates unter Berücksichtigung des Standes der Technik, der Art und Zahl der Waffen, der Munition oder der Örtlichkeit von den Anforderungen an die Aufbewahrung abzuweichen oder zusätzliche Anforderungen an die Aufbewahrung oder die Sicherung der Waffe festzulegen. Dabei können

1. Anforderungen an technische Sicherungssysteme zur Verhinderung einer unberechtigten Wegnahme oder Nutzung von Schusswaffen,
2. die Nachrüstung oder der Austausch vorhandener Sicherungssysteme,
3. die Ausstattung der Schusswaffe mit mechanischen, elektronischen oder biometrischen Sicherungssystemen

festgelegt werden.“

c) Dem § 40 Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Inhaber sprengstoffrechtlicher Erlaubnisse (§§ 7 und 27 des Sprengstoffgesetzes) und Befähigungsscheine (§ 20 des Sprengstoffgesetzes) sowie Teilnehmer staatlicher oder staatlich anerkannter Lehrgänge dürfen abweichend von § 2 Absatz 3 Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen oder Gegenständen nach Anlage 2 Abschnitt 1 Nummer 1.3.4 haben, soweit die durch die Erlaubnis oder den Befähigungsschein gestattete Tätigkeit oder die Ausbildung hierfür dies erfordern. Dies gilt insbesondere für Sprengarbeiten sowie Tätigkeiten im Katastrophenschutz oder im Rahmen von Theatern, vergleichbaren Einrichtungen, Film- und Fernsehproduktionsstätten sowie die Ausbildung für derartige Tätigkeiten.“

k) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- d) Dem § 48 wird folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) *Verwaltungsverfahren* nach diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes können über eine einheitliche Stelle nach den Vorschriften *des Verwaltungsverfahrensgesetzes* abgewickelt werden.“
- e) § 50 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden den Wörtern „für den Bereich der Bundesverwaltung“ die Wörter „im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ vorangestellt.
- bb) In Satz 2 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der folgende Halbsatz gestrichen.
- cc) Satz 3 wird durch folgende Sätze 3 und 4 ersetzt:
- „Bei begünstigenden Amtshandlungen kann daneben die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder der sonstige Nutzen für den Gebührenschuldner angemessen berücksichtigt werden. Soweit der Gegenstand der Gebühr in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. 12. 2006, S. 36–68) fällt, findet Satz 3 keine Anwendung; inländische Gebührenschuldner dürfen hierdurch nicht benachteiligt werden.“
- f) § 53 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 34 Abs. 2 Satz 2“ durch die Angabe „§ 34 Absatz 2 Satz 1 oder Satz 2“ ersetzt.
- l) Nach § 43 wird folgender § 43a eingefügt:
- „§ 43a
Nationales Waffenregister**
- Bis zum 31. Dezember 2012 ist ein Nationales Waffenregister zu errichten, in dem bundesweit insbesondere Schusswaffen, deren Erwerb und Besitz der Erlaubnis bedürfen, sowie Daten von Erwerbenden, Besitzern und Überlassern dieser Schusswaffen elektronisch auswertbar zu erfassen und auf aktuellem Stand zu halten sind.“**
- m) In § 44 Absatz 2 wird nach dem Wort „Namensänderungen,“ das Wort „Zuzug,“ eingefügt.
- n) In § 46 Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „einziehen und verwerten“ durch die Wörter „einziehen und verwerten oder vernichten“ ersetzt.
- o) Dem § 48 wird folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) *Verwaltungsverfahren* nach diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes können über eine einheitliche Stelle nach den Vorschriften **der Verwaltungsverfahrensgesetze** abgewickelt werden.“
- p) unverändert
- q) In § 52 Absatz 3 Nummer 1 wird die Angabe „1.2.4“ durch die Angabe „1.2.5“ ersetzt.
- r) Nach § 52 wird folgender § 52a eingefügt:
- „§ 52a
Strafvorschriften**
- Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 53 Absatz 1 Nummer 1 bezeichnete Handlung vorsätzlich begeht und dadurch die Gefahr verursacht, dass eine Schusswaffe oder Munition abhanden kommt oder darauf unbefugt zugegriffen wird.“**
- s) § 53 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) unverändert

Entwurf

- bb) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 10 Abs. 2 Satz 4“ durch die Angabe „§ 10 Absatz 2 Satz 4 oder § 37 Absatz 4“ ersetzt.
- cc) In Nummer 7 *wird* die Angabe „§ 20 Satz 1“ durch die Angabe „§ 20 Absatz 1“ ersetzt.

(6) Die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung vom 27. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2123), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

a) Dem § 26 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Soweit durch das Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes Dienstleistungen im Sinne der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36) betroffen sind, finden für das Verwaltungsverfahren die Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder Anwendung, soweit nicht ausdrücklich etwas anders bestimmt ist.“

- b) In § 32 Absatz 2 Nummer 2 wird der Klammertext „Kategorien A bis C“ durch den Klammertext „Kategorien A 1.2 bis C“ ersetzt.

(7) In § 20 Absatz 3 des Beschussgesetzes vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4003), das zuletzt durch ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, werden nach den Wörtern „pyrotechnischen Munition“ die Wörter „sowie der in § 11 Absatz 1 in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nummer 1.3 zum Waffengesetz bezeichneten hülsenlosen Munition ohne Geschoss“ eingefügt.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- bb) unverändert
- cc) In Nummer 7 **werden** die Angabe „§ 20 Satz 1“ durch die Angabe „§ 20 Absatz 1“ **und die Wörter „entgegen § 10 Abs. 1 Satz 4 oder § 34 Abs. 2 Satz 2 die Waffenbesitzkarte oder“ durch die Wörter „entgegen § 34 Absatz 2 Satz 2“** ersetzt.
- dd) **In Nummer 23 wird die Angabe „§ 15 Abs. 7 Satz 2“ durch die Angabe „§ 15a Absatz 4“ ersetzt.**
- t) § 58 wird wie folgt geändert:
- aa) **In Absatz 8 Satz 1 werden die Wörter „bei Inkrafttreten dieses Gesetzes“ durch die Wörter „am [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes]“ und die Wörter „Ende des fünften auf das Inkrafttreten folgenden Monats“ durch die Angabe „31. Dezember 2009“ ersetzt.**
- bb) **In Absatz 10 wird die Angabe „Abs. 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.**
- u) Anlage 2 wird wie folgt geändert:
- aa) **In Abschnitt 1 Nummer 1.2.5 wird nach den Wörtern „mehrschüssige Kurzwaffen“ das Wort „sind“ eingefügt.**
- bb) **In Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 wird folgende Nummer 8 angefügt:**
- „8. Erlaubnisfreies Verbringen und erlaubnisfreie Mitnahme aus dem Geltungsbereich des Gesetzes in einen Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist Sämtliche Waffen im Sinne des § 1 Absatz 2.“**

(6) Die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung vom 27. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2123), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

a) **entfällt**

In § 32 Absatz 2 Nummer 2 wird der Klammertext „Kategorien A bis C“ durch den Klammertext „Kategorien A 1.2 bis C“ ersetzt.

(7) unverändert

Entwurf

(8) Dem § 11 Absatz 2 der Beschlussverordnung vom 13. Juli 2006 (BGBl. I S. 1474), die zuletzt durch ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird folgender Satz 2 angefügt:

„Hülsenlose Munition ohne Geschoss nach § 11 Absatz 1 in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nummer 1.3 zum Waffengesetz muss den Anforderungen nach § 6a Absatz 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz entsprechen. § 12c Absatz 3 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz findet entsprechende Anwendung.“

(9) § 11 Absatz 2 Nummer 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 22. Juni 1998 (BGBl. I S. 1485), das zuletzt durch (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- a) Am Ende des Buchstaben n wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
- b) Am Ende des Buchstaben o wird das Wort „und“ eingefügt und folgender Buchstabe p angefügt:
 - „p) das Mitführen einer Erlaubnis, eines Befähigungsscheines oder einer Verbringensgenehmigung nach dem Sprengstoffgesetz“ eingefügt.

Artikel 4**Bekanntmachungserlaubnis**

Das Bundesministerium des Innern kann das Sprengstoffgesetz und die Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der ab 1. Januar 2010 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 5**Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am ... [einsetzen: erster Tag des dritten auf die Verkündung folgenden Monats] in Kraft.

(2) Artikel 3 Absatz 4, Absatz 5 Buchstaben *a bis c* und *f* sowie Absatz 6 *Buchstabe b* treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Artikel 1 Nummer 25, Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe *d* und *e* und Absatz 6 *Buchstabe a* treten am 1. Januar 2010 in Kraft.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(8) unverändert

(9) unverändert

Artikel 4

unverändert

Artikel 5**Inkrafttreten**

(1) unverändert

(2) Artikel 3 Absatz 4 **und** Absatz 5 **mit Ausnahme der** Buchstaben **o** und **p** sowie Absatz 6 **und Absatz 7** treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Artikel 1 Nummer **27** **sowie** Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe **o** und **p** treten am 1. Januar 2010 in Kraft.

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Gabriele Fograscher, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Silke Stokar von Neuforn

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/12597** wurde am 23. April 2009 in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/12663** wurde am 23. April 2009 in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages an den Innenausschuss federführend sowie an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

Die Anträge auf den **Drucksachen 16/12395** und **16/12477** wurden am 23. April 2009 in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages an den Innenausschuss federführend sowie an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1 (Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12597)

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 146. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 92. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Zu Nummer 2 (Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12663)

Der **Sportausschuss** hat in seiner 77. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 146. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 108. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE.

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Zu Nummer 3 (Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/12395)

Der **Sportausschuss**, der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 17. Juni 2009 jeweils mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Nummer 4 (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/12477)

Der **Sportausschuss**, der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 27. Mai 2009 jeweils mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat in seiner 98. Sitzung am 27. Mai 2009 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu den Vorlagen durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung zur Änderung des Waffenrechts, an der sich acht Sachverständige beteiligt haben, hat der Innenausschuss in seiner 100. Sitzung am 15. Juni 2009 durchgeführt.

Der **Innenausschuss** hat die Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 16/12597 und 16/12663 sowie die Anträge auf den Drucksachen 16/12395 und 16/12477 in seiner 101. Sitzung am 17. Juni 2009 abschließend beraten. Als Ergebnis der Beratungen wurde empfohlen, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/12597 in der Fassung der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen auf den Ausschussdrucksachen 16(4)626 und 16(4)644 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 16(4)626 wurde mit demselben Stimmenergebnis angenommen. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 16(4)644 wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. angenommen.

Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 16(4)643 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Ausschuss empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12663 abzulehnen.

Der Ausschuss empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Anträge auf den Drucksachen 16/12395 und 16/12477 abzulehnen.

II. Zur Begründung

1. Zur Begründung allgemein wird auf die Drucksache 16/12597 hingewiesen. Die auf Grundlage des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 16(4)626 vom Innenausschuss vorgenommenen Änderungen sind im Wesentlichen wie folgt begründet:

Begründung zu den Änderungen

Zu Artikel 1 (SprengG)

Zu Nummer 6 (§ 6)

Mit den Ergänzungen der Absätze 2 und 4 zur Einführung von technischen Regeln und deren Bekanntgabe wird das Sprengstoffrecht an die Rechtssystematik des Arbeitsschutzrechts angepasst.

Schon jetzt sind Arbeitsgruppen mit der Erstellung von Regeln befasst, die allgemeine, insbesondere den Bereich „Arbeitsschutz“ betreffende Schutzzielformulierungen des Sprengstoffgesetzes und der Verordnungen zum SprengG konkretisieren. Das Sprengstoffgesetz sollte daher analog entsprechender Regelungen des Arbeitsschutzrechts ergänzt werden. Der Ausschuss schafft kein Recht. Bei der Ermittlung der technischen Regeln hat er neben technischen Vorgaben insbesondere die aus internationalem, europäischem oder nationalem Recht maßgeblichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Müssen bei der Ermittlung von Regeln und Erkenntnissen auch andere Rechtsbereiche Berücksichtigung finden, so sind die für diese Bereiche zuständigen Gremien wie z. B. die Ausschüsse für Gefahrgut und für Gefahrstoffe einzubinden. Im Ergebnis können dann für alle betroffenen Rechtsgebiete gleichermaßen gültige Regeln stehen. Möglich sind aber auch sektoral begrenzte Regeln. Die Entscheidung, ob die vom Sachverständigenausschuss für explosionsgefährliche Stoffe ermittelten Regeln dann auch bekannt gegeben werden, muss von den jeweiligen Bundesministerien getroffen werden. Ist die Zuständigkeit anderer Ministerien betroffen, sind diese zu beteiligen. Insoweit findet das für den Erlass von Rechtsverordnungen vorgesehene Verfahren entsprechende Anwendung. Bekannt gemachte Regeln dokumentieren den Stand der Technik. Werden sie angewandt, besteht die Vermutung, dass dem Stand der Technik entsprechend gehandelt wurde.

Zu Nummer 13 – neu – (§ 24 Absatz 1 Satz 2)

Auf die Begründung zu § 6 Absatz 2 – Einführung technischer Regeln – wird verwiesen.

Zu Nummer 17 – neu – (§ 34 Absatz 5 – neu –)

Es handelt sich um die Aufnahme einer analogen Regelung entsprechend § 45 Absatz 5 des Waffengesetzes zur Sicherstellung des Sofortvollzugs bei fehlender oder abhanden gekommener Zuverlässigkeit und/oder persönlicher Eignung.

Zu Nummer 18 (§ 36)

Dem Wunsch der Länder wurde insoweit entsprochen, als berücksichtigt wurde, dass das Verwaltungsverfahrenrecht nicht durch ein Gesetz sondern durch Gesetze des Bundes und der Länder geregelt wird.

Dem weitergehenden Wunsch nach Benennung der für den Verwaltungszugang über eine einheitliche Stelle maßgeblichen Verfahren im Sinne der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt konnte allerdings nicht entsprochen werden.

Das Sprengstoffrecht regelt die Anforderungen an den berechtigten Zugang zu explosionsgefährlichen Stoffen. Dies ist im Gesetz an unterschiedlichen Stellen jedoch mit gleichen Inhalten geregelt. Dabei wird im Grundsatz nicht unterschieden, ob der Zugang für Zwecke einer Dienstleistung oder für eigene Zwecke erfolgt. Auch verbietet es der Schutzzweck des Gesetzes, zwischen Dienstleistungen, die der Richtlinie 2006/123/EG unterliegen und solchen, die dieser Richtlinie nicht unterliegen, zu unterscheiden. Das Verwaltungsverfahren für eine Person, die z. B. eine Erlaubnis zur Durchführung von Sprengarbeiten oder zum Abbrennen von Feuerwerken beantragt, unterscheidet nicht, ob die Erlaubnis zum Zwecke der Berufsausübung oder aus sonstigen, insbesondere privaten Gründen beantragt wird. Nach der Richtlinie 2006/123/EG muss allen EU-ausländischen Dienstleistern der Zugang zu explosionsgefährlichen Stoffen über einen Einheitlichen Ansprechpartner (einheitliche Stelle i. S. d. Verwaltungsverfahrensgesetze) eröffnet werden. Schließlich besteht für die Länder die Möglichkeit, vom allgemeinen Verwaltungszugang in eigener Zuständigkeit abzuweichen.

Zu Nummer 26 (§ 47)

Die Änderung ist redaktioneller Art und trägt der Tatsache Rechnung, dass ab dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes pyrotechnische Gegenstände der Klasse IV von der Rechtssystematik her zu solchen der – neuen – Kategorie 4 werden, jedoch nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen bis zum 4. Juli 2013 weiter national genutzt werden können.

Zu Nummer 27 (§ 49)

Der im Gesetzentwurf vorgesehene neue Absatz 2 ist nicht erforderlich. Die Absätze 2 und 3 des § 49 konnten aufgehoben werden.

Zu Artikel 2 (1. SprengV)

Zu Nummer 6 (§ 4 Absatz 6)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 19 (§§ 13 bis 15)

Die Ergänzung in § 14 Absatz 1 Nummer 7 und 9 ist zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG in Bezug auf pyrotechnische Sicherheitssysteme in Kraftfahrzeugen erforderlich. Abweichend von den in der Stellungnahme des Bundesrates genannten EU-Richtlinien 91/155/EWG und 2001/58/EG, welche in Artikel 13 Absatz 3 der Richtlinie 2007/23/EG zitiert werden, sind die Bestimmun-

gen zum Sicherheitsdatenblatt nunmehr Teil der Verordnung (EG) 1907/2006 (REACH).

Zu Nummer 25 (§§ 21 bis 23)

Zu § 22 Absatz 1

Die Änderung entspricht dem bisherigen § 21 Absatz 1 und 2. Dabei wurde in Absatz 1 klargestellt, dass die landesrechtlichen Regelungen zu Ladenöffnungszeiten unberührt bleiben. Eine weitergehende Freigabe der Abgabe an Endverbraucher wird von den Ländern wegen einer befürchteten Zunahme von Missbrauchsfällen abgelehnt. Die im Entwurf vorgesehene Regelung wurde von den Ländern wegen daraus resultierenden notwendigen landesrechtlichen Ergänzungen abgelehnt.

Zu § 23 Absatz 1

Die bisher in Absatz 1 Satz 3 enthaltene Regelung wurde erweitert. In der Vergangenheit ist es immer wieder zu Bränden von Reet- und Fachwerkhäusern gekommen, die durch die ortsnahe Anwendung von Pyrotechnik ausgelöst wurden. In den Silvesternächten 2006 und 2007 sind allein in Niedersachsen durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern wertvolle denkmalgeschützte Fachwerkgebäude in den Fachwerkstädten Goslar und Osterode a. Harz den Flammen zum Opfer gefallen. Nur durch schnelles Eingreifen konnten die Feuerwehren eine weitere Brandausbreitung auf angrenzende Fachwerkgebäude verhindern. Um in Zukunft weitere Schäden an wertvollem Kulturgut einhergehend mit erheblichem wirtschaftlichem Schaden auch in anderen Fachwerkstädten zu vermeiden, ist hier ein generelles Verbot sicherheitstechnisch angezeigt und vertretbar. Es wird von den kommunalen Brandschutzbehörden mit Recht gefordert. Mit einem solchen Verbot werden darüber hinaus kommunale Entscheidungsträger entlastet, die bisher in Verbotsanordnungen über § 32 Absatz 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz in jedem Einzelfall tätig werden müssen, um Brandschutzbelangen in historischen Altstädten angemessen Rechnung tragen zu können.

Zu § 23 Absatz 6 und 7 – neu –

Die ursprünglich im Gesetzestext verankerte Forderung nach einer vorhergehenden Erprobung der pyrotechnischen Effekte für Theater- und Filmproduktionen, beruht auf Überlegungen von Sachverständigen bei der Erstgestaltung des § 23 der 1. SprengV im Jahre 1990 in Übereinstimmung mit berufsgenossenschaftlichen Anforderungen. Die für die Ausführung der Effekte Verantwortlichen sollten nur solche zum Einsatz bringen, die vorher ausreichend im Hinblick auf den Anwendungsort und das film- und theatermäßige Geschehen erprobt worden waren. Eine Erprobung sollte nicht erneut am endgültigen Verwendungsort erfolgen. Vielmehr sollen die Anwender die pyrotechnischen Gegenstände bzw. Effekte an ungefährdetem Ort so lange erproben, bis sich zeigt, ob eine Durchführung im Bereich von Bühnen und Filmstudios überhaupt in Betracht gezogen werden kann. Erst dann sollte unter Absprache mit der für die Bühnentechnik und Sicherheit zuständigen Personen eine Erprobung auf der Bühne bzw. am Aufnahmeort ohne Zuschauer vorgenommen werden.

Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, dass Effekte mit pyrotechnischen Gegenständen und pyrotechnischen Sätzen

in Versammlungsstätten erprobt und mit den für den Brandschutz zuständigen Stellen abgestimmt werden. Bei Effekten mit pyrotechnischen Gegenständen der Kategorien 3, 4, T2 und P2 sowie explosionsgefährlichen Stoffen an Film- und Fernsehproduktions-Aufnahmeorten ist in die Abstimmung zusätzlich die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständige Stelle einzubeziehen. Die Vorschriften für Versammlungsstätten erfassen das Gewollte jedoch nicht im gesamten Umfang, z. B. sind Regelungen für Versammlungsstätten erst ab einer bestimmten Besucherzahl anzuwenden. Dadurch sind nicht alle in Frage kommenden kleineren Aufführungsorte einbezogen. Unklar bliebe bei der vorgesehenen Regelung auch, inwieweit ein einmal erprobter und abgestimmter Effekt ohne erneute Erprobung und Abstimmung wiederholt angewendet werden darf. Das kann beim Rechtsverpflichteten zu Unsicherheiten führen, wann erneute Abstimmungen erforderlich sind. Da bei den Effekten nicht nur Brandschutzaspekte zu betrachten sind, fehlt die Beteiligung der für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Stelle. Es ist zudem im Gesetzentwurf nicht vorgesehen, in welcher Form die Behörden vorab über die Durchführung der Abstimmung informiert und nach erfolgter Abstimmung z. B. bei Kontrollen in Kenntnis über die Ergebnisse gesetzt werden sollen.

Schließlich begrüßen es nach den Erfahrungen der Vollzugspraxis die Anwender im Sinne der Rechtssicherheit, wenn sie eine behördliche Genehmigung nachweisen können. Daher sollten die derzeit gültigen Regelungen bestehen bleiben. Abweichend vom Vorschlag des Bundesrates muss die Regelung jedoch allgemein Effekte mit pyrotechnischen Gegenständen und pyrotechnischen Sätzen erfassen und nicht nur pyrotechnische Gegenstände und deren Sätze.

Zu Nummer 33 (§§ 39 bis 40a)

Zu § 40 Absatz 3

Die Absätze 2 und 3 machen von der Möglichkeit des Artikels 14 der Richtlinie Gebrauch, bei inhaltlicher Abweichung der Qualifikation Ausgleichsmaßnahmen zu verlangen.

Dem Antragsteller steht bei wesentlichen Unterschieden in der erforderlichen Berufsqualifikation nach Artikel 14 der RL 2005/36/EG ein Wahlrecht zwischen Eignungsprüfung (Fachkundeprüfung) und Anpassungslehrgang (Fachkunde-Vermittlung) zu. Es obliegt dabei der zuständigen Behörde, bei Wahl des Anpassungslehrgangs (Fachkunde-Vermittlung) dafür Sorge zu tragen, dass dem Antragsteller eine solche Fachkunde-Vermittlung angeboten wird. Mit Artikel 14 der RL 2005/36/EG ist es nicht vereinbar, dass der Antragsteller sich ohne Vermittlung der zuständigen Behörde vollkommen selbständig eine Fachkunde-Vermittlung suchen und organisieren muss. Die zuständige Behörde muss die Fachkunde-Vermittlung allerdings nicht selber durchführen, sondern kann auf geeignete Anbieter zurückgreifen.

Zu § 40a Absatz 1

Vor der erstmaligen Erbringung einer nur vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistung im Inland überprüft die zuständige Behörde, ob ein wesentlicher Unterschied zwischen der Qualifikation der nach § 13a der Gewerbeordnung Anzeige erstattenden Person und den geforderten Kenntnissen besteht, wenn unter Berücksichtigung der konkret beabsichtigten Tätigkeit bei unzureichender Qualifikation eine

schwere Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit der Dienstleistungsempfänger bestünde. Die Richtlinie geht dabei davon aus, dass der Dienstleistungsempfänger unmittelbar die Wirkung der Dienstleistung empfängt. Dies ist jedoch bei Dienstleistungen unter Nutzung explosionsgefährlicher Stoffe in der Regel nicht der Fall. Der Dritte als durch die unqualifizierte Dienstleistung gefährdete Person tritt insoweit an die Stelle des nicht ortsanwesenden Dienstleistungsempfängers. Im Fall des § 13a Absatz 3 der Gewerbeordnung unterrichtet die zuständige Behörde die Anzeige erstattende Person über ihr Wahlrecht nach § 5e Absatz 2 und 3.

Zu Nummer 36 (§ 44)

Die Änderungen in den Absätzen 2 und 3 sind redaktioneller Art.

Zu Nummer 37 (§ 45)

Die Änderungen in den Absätzen 3 und 5 sind geboten, weil Teilaufgaben des Wehrwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr im Rahmen einer Organisationsänderung einer anderen Dienststelle übertragen werden.

Der neue Absatz 4a ist Folge der erweiterten Aufgaben des Sachverständigenausschusses für explosionsgefährliche Stoffe.

Zu Nummer 38 (§ 46)

Die Änderungen der Nummern 2a und 8 bis 8c sind redaktionell, die Änderungen der Nummern 6 und 6a sind eine Folge der Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG.

Zu Artikel 3 (Änderung weiterer Vorschriften)

Zu Absatz 5 (WaffG)

Am 11. März 2009 tötete ein 17-Jähriger in einer Schule im baden-württembergischen Winnenden mit einer halbautomatischen Kurzwaffe (Kaliber 9 x 19 mm) 15 Menschen und sich selbst. Nach den polizeilichen Ermittlungen gehörte die Schusswaffe dem Vater des Täters, der diese als Sportschütze legal besaß, jedoch nicht in dem vorgeschriebenen Waffenschrank aufbewahrte, so dass der Täter unberechtigt auf die Waffe zugreifen konnte.

Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Tat nicht möglich gewesen wäre, wenn Waffe und Munition gemäß den strengen waffenrechtlichen Aufbewahrungsvorschriften getrennt voneinander in den hierfür vorgesehenen Behältnissen eingeschlossen gewesen wären. Deutschland verfügt bereits über eines der strengsten Waffengesetze in der Welt. Auch die schärfsten waffenrechtlichen Vorschriften können den unbefugten Zugriff auf Schusswaffen nicht verhindern, wenn Waffenbesitzer gegen diese Regelungen fahrlässig oder vorsätzlich verstoßen. Insoweit trägt in erster Linie jeder Waffenbesitzer selbst die Verantwortung für die sichere Aufbewahrung seiner Waffe, die in falschen Händen Menschen töten kann.

Beratungen einer eigens eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe und Erörterungen in Betracht kommender Folgerungen politischer Entscheidungsträger führten zu dem Ergebnis, dass – unabhängig von den nicht auszublenden

den gesellschaftlichen Faktoren des Phänomens Amoklauf – im Waffenrecht insbesondere weiterreichende Möglichkeiten zur Verhinderung des unbefugten Zugriffs auf Schusswaffen ausgeschöpft und der Zugang von Minderjährigen zu deliktsrelevanten Schusswaffen noch stärker erschwert werden sollte.

Die Änderung des § 4 des Waffengesetzes ermöglicht den Waffenbehörden, den Fortbestand des waffenrechtlichen Bedürfnisses für den weiteren Waffenbesitz zu überprüfen. Sie ist damit Grundlage für einen möglichen Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnis nach § 45.

§ 8 Absatz 2 wird aufgehoben, da die dort genannten Bedürfniskonkretisierungen praktisch ins Leere laufen. Für Jäger bzw. Sportschützen gehen die §§ 13 bzw. 14 als Spezialregelungen vor.

Mit der Ergänzung des § 14 Absatz 3 Satz 3 wird klargestellt, dass nur besonders aktive Sportschützen, die nachweislich an Wettkämpfen teilgenommen haben, ein anerkanntes Bedürfnis für die Überschreitung des in der Vorschrift genannten Waffenkontingents haben.

Mit der Änderung des § 27 wird Jugendlichen die Möglichkeit verwehrt, Fertigkeiten im Umgang mit so genannten großkalibrigen Schusswaffen zu erwerben.

Die Anpassung des § 36 gewährleistet, dass die Behörden die Beachtung der Bestimmungen zur sicheren Aufbewahrung wirksam überwachen können. So soll den Waffenbehörden die Möglichkeit eingeräumt werden, die Einhaltung der geltenden Aufbewahrungsvorschriften bei Besitzern von Schusswaffen in deren Räumlichkeiten auch stichprobenartig zu überprüfen.

Darüber hinaus wird der Verordnungsgeber in die Lage versetzt, neben der Aufbewahrung auch die Sicherung von Waffen unter Berücksichtigung des Standes der Technik und der Art der Aufbewahrung festzulegen und fortzuentwickeln. Die verschärfte Sanktionierung von Verstößen gegen waffenrechtliche Aufbewahrungsvorschriften soll auch eine präventive Wirkung entfalten.

Die neue Regelung des § 43a verpflichtet zur Einrichtung eines bundesweiten computergestützten Waffenregisters bis zum Ablauf des Jahres 2012.

Da nur die Meldebehörden zutreffend und zeitnah über Umzüge von Inhabern waffenrechtlicher Erlaubnisse informiert sind, ist es geboten, durch die Anpassung des § 44 auch die Waffenbehörde am Ort des Zuzugs zu informieren.

Behörden, die Waffen eingezogen haben, soll die Möglichkeit eingeräumt werden, diese auch zu vernichten und damit endgültig dem Markt zu entziehen. So müssen staatliche Stellen diese Waffen künftig nicht mehr aus fiskalischen Gründen veräußern.

Um Besitzern illegaler Waffen einen Anreiz zu geben, sich von diesen zu trennen, sieht der Gesetzentwurf – wie schon bei der Novelle des Waffenrechts in den Jahren 2002 und 2003 – eine Amnestieregelung vor.

Zu Buchstabe a (Inhaltsübersicht)

Redaktionelle Änderung der Inhaltsübersicht infolge der Einfügung neuer Bestimmungen.

Zu Buchstabe b (§ 4 Absatz 4 Satz 3 – neu –)

Mit dieser Änderung wird aus der einmaligen Regelüberprüfung nach drei Jahren der Behörde das Ermessen eingeräumt, das Fortbestehen des Bedürfnisses auch fortlaufend prüfen zu können. Zuverlässigkeit und persönliche Eignung werden mindestens alle drei Jahre geprüft. Dieser Wertungswiderspruch wird durch die Änderung aufgelöst.

Zu Buchstabe c (§ 8)

Die Vorschrift des § 8 Absatz 2 WaffG hebt die organisierten Sportschützen und die Inhaber gültiger Jagdscheine als Regelbeispiele eines besonders anzuerkennenden persönlichen Interesses im Sinne des Absatzes 1 Nummer 1 hervor. Allerdings kann hieraus nicht generell ein Bedürfnis dieser Personengruppen zum Erwerb abgeleitet werden, da § 13 für Jäger und § 14 für Sportschützen als Spezialregelungen vorgehen. Nach dem Grundsatz „Lex specialis derogat legi generali“ laufen die in Absatz 2 genannten Bedürfniskonkretisierungen deshalb praktisch ins Leere.

Die wenigen Fälle, für die § 8 Absatz 2 bislang herangezogen wurde, können auch über die Glaubhaftmachung des waffenrechtlichen Bedürfnisses nach der Vorschrift des bisherigen Absatzes 1 behandelt werden. Dies betrifft zum einen Jäger mit ausländischem Jagdschein, die nicht unter die speziellere Vorschrift des § 13 fallen. Wenn der ausländische Jagdschein unter gleichwertigen Voraussetzungen erteilt wurde wie ein gültiger Jagdschein im Sinne von § 15 Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes, lässt sich das waffenrechtliche Bedürfnis auch nach dem bisherigen Absatz 1 bejahen. Auch Sportschützen, die aus nachvollziehbaren Gründen (z. B. beruflicher oder privater Aufenthalt im Ausland, mehrmonatige Krankheit oder Pflege naher Angehöriger) den Schießsport vorübergehend nicht in der gebotenen Regelmäßigkeit ausüben konnten, haben auch weiterhin die Möglichkeit, ihr waffenrechtliches Bedürfnis über die Regelung des bisherigen Absatzes 1 geltend zu machen.

Zu Buchstabe d (§ 14 Absatz 3)

Nach geltender Rechtslage muss der Sportschütze sein waffenrechtliches Bedürfnis für den Erwerb und Besitz der erlaubnispflichtigen Schusswaffe glaubhaft machen, § 8 Absatz 1. Die näheren Einzelheiten regelt die Vorschrift über Sportschützen in § 14. Nach § 14 Absatz 2 muss sich der Sportschütze vor Erwerb der ersten Waffe von seinem Schützenverband (nicht vom eigenen Verein) bescheinigen lassen, dass er mindestens 12 Monate im Verein mit scharfen Waffen trainiert hat und die Waffe für eine bestimmte anerkannte Schießsportdisziplin braucht. § 14 Absatz 3 Satz 1 billigt Sportschützen als Grundausrüstung zur Ausübung des Schießsports drei halbautomatische Langwaffen und zwei mehrschüssige Kurzwaffen zu. Will der Schütze dieses Kontingent überschreiten, muss er dies gegenüber seinem Verband begründen und das gesteigerte schießsportliche Bedürfnis darlegen.

Um die Anzahl der Waffen von Sportschützen stärker vom Bedürfnis abhängig zu machen, werden die Anforderungen für die Befürwortung eines waffenrechtlichen Bedürfnisses erweitert. So wird § 14 Absatz 3 um eine Formulierung ergänzt, die eine Überschreitung des Grundkontingents nur zulässt, wenn der Schütze seine regelmäßige Wettkampfteil-

nahme (zumindest auf der untersten Bezirksebene, die auch für einfache Sportschützen zugänglich ist, um sich sportlich mit anderen zu messen) nachweist.

Zu Buchstabe e (§ 22 Absatz 2 Nummer 3)

Die Änderung ist redaktionell.

Zu Buchstabe f (§ 25 Absatz 2)

Die Änderung ist redaktionell.

Zu Buchstabe g (§ 27 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2)

Durch die Änderung des § 27 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 soll nunmehr Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, das Schießen mit so genannten großkalibrigen Waffen nicht mehr möglich sein. Damit soll erreicht werden, dass dieser Altersgruppe der Umgang mit diesen deliktsrelevanten Waffen verwehrt bleibt. Das Schießen für Minderjährige bleibt grundsätzlich auf Kleinkaliberwaffen beschränkt. Die Ausnahme für Flinten – und hier nur Einzellader-Langwaffen – trägt der Besonderheit der Disziplinen des Schießens auf Wurfscheiben (Trap/Skeet) Rechnung. Die Regelung in Absatz 5, eine Spezialvorschrift für jugendliche Jäger, bleibt von der Neufassung des Absatzes 3 unberührt.

Zu Buchstabe j (§ 36)

Zu Absatz 3

Nach der geltenden Rechtslage in § 36 Absatz 3 hat derjenige, der Schusswaffen, Munition oder verbotene Waffen besitzt, der zuständigen Behörde die zur sicheren Aufbewahrung getroffenen Maßnahmen auf Verlangen nachzuweisen.

Bestehen begründete Zweifel an einer sicheren Aufbewahrung, kann die Behörde vom Besitzer verlangen, dass dieser ihr zur Überprüfung der sicheren Aufbewahrung Zutritt zum Ort der Aufbewahrung gewährt.

Wohnräume dürfen gegen den Willen des Inhabers nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit betreten werden; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

Die geltende Rechtslage umfasst damit keine verdachtsunabhängigen Kontrollen der Aufbewahrung. Erst bei begründeten Zweifeln, also zusätzlichen Anhaltspunkten, kann die Behörde vom Besitzer verlangen, dass dieser ihr zur Überprüfung der sicheren Aufbewahrung Zutritt zum Ort der Aufbewahrung gewährt. Eine zusätzliche Hürde sieht § 36 Absatz 3 beim Betreten des Wohnraums vor.

Die politische Diskussion nach den Ereignissen von Winnenden, insbesondere nach der Frage, wie der Täter an die Waffe gelangt ist, hat die Forderung nach verdachtsunabhängigen Kontrollen hervorgerufen.

Durch die Änderung des § 36 Absatz 3 Satz 1 WaffG wird klargestellt, dass die Maßnahmen zur sicheren Aufbewahrung auch bereits bei Antragstellung für eine Besitzerlaubnis nachgewiesen werden müssen. Aus der „Holschuld“ der Behörde wird eine „Bringschuld“ des Waffenbesitzers bzw. Antragstellers, da die Nachweispflicht nun unabhängig von

einem behördlichen Verlangen besteht. Diese Verpflichtung zur Nachweisführung gilt allerdings nicht für die Besitzer, die der Behörde bis zu dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes bereits den Nachweis über die sichere Aufbewahrung erbracht haben.

Durch die Neufassung des § 36 Absatz 3 Satz 2 wird der Behörde die Möglichkeit eingeräumt, verdachtsunabhängig die sorgfältige Aufbewahrung von erlaubnispflichtigen Schusswaffen, Munition oder verbotenen Waffen überprüfen zu können. Das ist notwendig, um Fällen, in denen nachlässige Aufbewahrung das Leben von Kindern und Eltern nachhaltig beeinträchtigt hat, die Täter oder Opfer einer unachtsamen Handhabung waren, wirksam entgegen treten zu können. Nicht zuletzt ist der furchtbare Amoklauf von Winnenden erst durch eine nicht ordnungsgemäß verwahrte Waffe möglich gewesen. Ein wirksamer Schutz kann nur erreicht werden, wenn mit einer verdachtsunabhängigen Kontrolle (allerdings nicht zur Unzeit, vgl. hierzu auch die Regelung für Maßnahmen nach § 758a der Zivilprozessordnung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen) gerechnet werden muss und dadurch sowohl das Risiko des Waffenmissbrauchs als auch die Notwendigkeit sorgfältiger Aufbewahrung jederzeit im Bewusstsein ist. Wer als Waffenbesitzer bei einer verdachtsunabhängigen Kontrolle den Zutritt zum Aufbewahrungsort der Waffen oder Munition verweigert, muss wegen der zu respektierenden Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 GG) zwar nicht mit einer Durchsuchung gegen seinen Willen rechnen; dennoch bleibt eine nicht nachvollziehbare Verweigerung der Mitwirkungspflicht nicht folgenlos. Denn wer wiederholt oder gröblich gegen Vorschriften des Waffengesetzes verstößt, gilt gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 5 WaffG regelmäßig als unzuverlässig und schafft damit selbst die Voraussetzungen für den möglichen Widerruf seiner waffenrechtlichen Erlaubnis nach § 45 Absatz 2 WaffG.

Die verdachtsunabhängigen Kontrollen liegen im öffentlichen Interesse und deswegen werden keine Gebühren erhoben. Dies wird in der anstehenden Kostenverordnung klargestellt.

Durch die Übernahme von § 36 Absatz 3 Satz 3 WaffG der geltenden Fassung wird klargestellt, dass Wohnräume gegen den Willen nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit betreten werden dürfen.

Zu Absatz 5

Nach geltender Rechtslage hat der Besitzer von Waffen oder Munition die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass diese Gegenstände abhanden kommen oder Dritte sie unbefugt an sich nehmen (§§ 36 und 13, 14 der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung (AWaffV)). In der Regel sind diese Sicherheitsbehältnisse mit Doppelbart- oder Zahlenschlössern (mechanisch oder elektronisch) ausgestattet. Eine weitere Verbesserung der Sicherheit, insbesondere der sicheren Verwahrung, wird durch zusätzliche Sicherungssysteme erreicht. Durch die geänderte Verordnungsermächtigung wird dem Ordnungsgeber ermöglicht, Anforderungen an technische Sicherungssysteme zur Verhinderung einer unberechtigten Wegnahme oder Nutzung von Schusswaffen, die Nachrüstung oder den Austausch vorhandener Sicherungssysteme bei Waffenschränken sowie die Sicherung der Schusswaffe mit mechani-

schen, elektronischen oder biometrischen Sicherungssystemen in einer Rechtsverordnung zu regeln. Die in Nummer 3 gewählte Formulierung ermöglicht es dem Ordnungsgeber nicht nur für Sicherheitsbehältnisse, sondern auch für großkalibrige Schusswaffen die dort genannten Sicherungssysteme vorzuschreiben. Die Festlegung detaillierter Sicherheitsstandards sprengt zum einen den Rahmen des Gesetzes, zum anderen birgt sie die Gefahr, dass durch eine detaillierte Regelung Besonderheiten im Einzelfall nicht angemessen gewürdigt werden können.

Zu Buchstabe l (§ 43a – neu –)

Durch Änderung der EU-Waffenrichtlinie 2008/51/EG vom 21. Mai 2008 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ein computergestütztes Waffenregister einzuführen und darin mindestens für 20 Jahre alle Schusswaffen mit folgenden Daten zu erfassen: Typ, Modell, Fabrikat, Kaliber, Seriennummer, Name und Anschrift des Verkäufers und des Waffenbesitzers.

Ein derartiges nationales Waffenregister ist nicht nur zeitgemäß, sondern auch – nach dem tragischen Ereignis des Amoklaufs von Winnenden – zentrale Voraussetzung für die genaue Kenntnis der Anzahl legaler Waffenbesitzer und Schusswaffen in Deutschland. Gegenwärtig gibt es ca. 570 Waffenerlaubnisbehörden in den Ländern, ohne dass eine Vernetzung existiert. § 43a sieht vor, dass das Waffenregister bereits bis zum 31. Dezember 2012 – und damit zwei Jahre vor Ablauf der in der EU-Waffenrichtlinie vorgegebenen Frist – aufzubauen ist. Die näheren Einzelheiten werden zu einem späteren Zeitpunkt gesetzlich geregelt.

Zu Buchstabe m (§ 44 Absatz 2)

Die Ergänzung dient der Schließung einer Regelungslücke und der Schaffung einer normenklaren Rechtslage für die Übermittlungsbefugnis der Meldebehörden. Gegenwärtig erhalten die Waffenbehörden vom Zugang des Inhabers einer waffenrechtlichen Erlaubnis erst dann Kenntnis, wenn die Übersendung der Papierakte erfolgt. Dies setzt voraus, dass sich der Bürger an seinem neuen Wohnort anmeldet, die Zugangsmeldebehörde den Datensatz von der Fortzugsmeldebehörde abrufen, letztere auf Grund des Wegzugs die Waffenbehörde am früheren Wohnort nach § 44 Absatz 2 informiert, welche dann die Akte auf dem Postwege an die nunmehr zuständige Waffenbehörde übersendet. Dieser Vorgang kann einige Zeit in Anspruch nehmen und ist zudem fehleranfällig. Bevor nicht alle beschriebenen Maßnahmen umgesetzt sind, hat die Meldebehörde der Zugugs-gemeinde Kenntnis von der waffenrechtlichen Erlaubnis, nicht aber die zuständige Waffenbehörde. Durch die Ergänzung wird nunmehr sichergestellt, dass die Waffenbehörde bereits im Zeitpunkt der Anmeldung von der Meldebehörde informiert wird, dass ein Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis zugezogen ist.

Zu Buchstabe n (§ 46 Absatz 5 Satz 1)

Durch diese Änderung wird den Waffenbehörden die Möglichkeit eingeräumt, auf den Verkauf von eingezogenen Waffen verzichten zu können. Dies hat den Vorteil, dass sich staatliche Stellen nicht mehr als „Waffenhändler“ gerieren müssen und sich die Anzahl der im „Umlauf“ befindlichen Waffen reduzieren würde. Eine Entschädigungspflicht im

Hinblick auf Artikel 14 Absatz 1 Satz 1 GG wird durch eine Vernichtung nicht ausgelöst. Zum einen geht das Eigentum bereits durch die Einziehung kraft Gesetzes an die einziehende Körperschaft über, zum anderen entfällt die Entschädigungspflicht bei Sachen, von denen Gefahren für Rechtsgüter ausgehen können, wozu Waffen zu zählen sind. Die Behörde kann nunmehr entscheiden, ob sie die sichergestellte Waffe oder Munition nach deren Einziehung verwertet oder vernichtet.

Zu Buchstabe o (§ 48 Absatz 4)

Auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 18 (§ 36 SprengG) wird verwiesen.

Zu Buchstabe q (§ 52 Absatz 3 Nummer 1)

Die Änderung ist redaktionell.

Zu Buchstabe r (§ 52a – neu –)

Nach geltender Rechtslage ist ein vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoß gegen die Aufbewahrungsvorschriften des § 36 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 bußgeldbewehrt.

Der neu eingefügte § 52a stellt einen Verstoß gegen diese Aufbewahrungsvorschriften dann unter Strafe, wenn gegen diese Vorschriften vorsätzlich, d. h. wissentlich und willentlich verstoßen wird und dadurch die konkrete Gefahr des Abhandenkommens bzw. des Zugriffs Dritter entsteht.

Die Vorschrift bezieht sich nur auf die Aufbewahrungsvorschriften des § 36 Absatz 1 und 2, also nur auf die Vorschriften, die die stationäre Aufbewahrung von Waffen und Munition regeln und damit lediglich auf die Fälle, bei denen die Aufbewahrung der Waffen zu Hause oder in sonstigen Räumen bzw. Gebäuden ständig erfolgt.

Dieser Verstoß muss dabei auch vorsätzlich, d. h. wissentlich und willentlich erfolgen und es muss die Gefahr des Abhandenkommens bzw. des Zugriffs Dritter entstanden sein.

Mit einer solchen Regelung werden künftig solche Verstöße unter Strafe gestellt, wie sie dem Amokläufer von Winnenden den Zugriff auf die Tatwaffe erst ermöglicht haben.

Von der Strafvorschrift ausdrücklich nicht erfasst sind die Fälle der vorübergehenden Aufbewahrung im Zusammenhang mit der Jagd oder dem sportlichen Schießen, z. B. beim Transport der Waffen. Diese Verstöße bleiben nach wie vor sanktionslos. Sie sind weder mit einer Ordnungswidrigkeit belegt noch fallen sie unter die beabsichtigte Strafbewehrung.

Die Fälle, in denen zu Hause der vorhandene Waffenschrank versehentlich nicht abgeschlossen ist und die Waffe abhanden kommt, werden weiterhin lediglich als Ordnungswidrigkeit behandelt; hier liegt Unachtsamkeit vor, aber kein Vorsatz.

Die durch den vorsätzlichen Verstoß gegen die Aufbewahrungsvorschriften verursachte Gefahr muss im Übrigen in so bedrohliche Nähe gerückt sein, dass sich das Ausbleiben der Rechtsgutverletzung nur noch als Zufall darstellt. Das heißt, dass es praktisch vom Zufall abhängen muss, dass gerade durch den vorsätzlichen Verstoß (mit Wissen und Wollen falsch aufbewahren) ein Zugriff unbefugter Dritter erfolgen kann.

§ 52a bringt den gesetzgeberischen Willen zum Ausdruck, dass ein solcher Verstoß mit einer solchen konkreten Gefahr kein Kavaliärsdelikt darstellt.

Zu Buchstabe s (§ 53 Absatz 1)

Die Änderung der Nummer 7 vollzieht eine auf Grund des Gesetzes vom 26. März 2008 erforderliche redaktionelle Anpassung. Die Änderung der Nummer 23 ist redaktionell.

Zu Buchstabe t (§ 58)

Zu Absatz 8

Im Zusammenhang mit der Waffenrechtsneuregelung 2002/2003 wurde eine Amnestieregelung normiert. Obwohl diese spätestens Ende 2003 gegenstandslos geworden ist, wurde sie nicht aufgehoben. Durch die Änderung in § 58 Absatz 8 werden die Zeitangaben in Satz 1 angepasst. Damit soll das angestrebte Ziel gefördert werden, illegalen Waffenbesitzern umfassend die Entledigung durch mehrere Möglichkeiten zu erleichtern. Durch die Differenzierung wird klargestellt, dass nicht alle verbotenen Verhaltensweisen bei der Abgabe der Waffe innerhalb des Amnestiezeitraums von fünf Monaten freigestellt sind. Die Straffreistellung erstreckt sich nicht auf das Führen von Waffen. Des Weiteren kommt kein Ausschluss der Straffreiheit in Betracht, wenn dem Täter die Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen waffenrechtlicher Verstöße bekannt gegeben worden ist oder die Tat im Zeitpunkt der Abgabe der Waffe bereits entdeckt war und der Täter dies wusste oder bei verständiger Würdigung der Sachlage damit rechnen musste.

Zu Absatz 10

Die Änderung ist redaktionell.

Zu Buchstabe u (Anlage 2)

Die Änderung in Abschnitt 1 Nummer 1.2.5 ist redaktionell.

Die Änderung in Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 ist eine Folge der Aufhebung der Drittstaatenregelung und Rückkehr zum bis zum 1. April 2008 geltenden Recht.

Zu Absatz 6 (AWaffV)

Der im Gesetzentwurf vorgesehene neue Absatz 6 ist nicht erforderlich.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Die Änderungen folgen redaktionell den Anpassungen in den Artikeln 1 bis 3.

2. Die **Koalitionsfraktionen** erklären, mit den vorgesehenen Änderungen sei es gelungen, einen deutlichen Sicherheitsgewinn zu erreichen, ohne gleichzeitig Jäger und Schützen einem Generalverdacht auszusetzen. Nach dem Amoklauf von Winnenden sei es vor allem erforderlich gewesen, die Kontrollmöglichkeiten hinsichtlich der Aufbewahrungspflichten für Waffen und Munition zu verbessern. Durch die eingeführte Gestattungspflicht sei nunmehr der Weg offen, bei Zutrittsverweigerungen auch waffenrechtliche Widerrufsverfahren einzuleiten. Aus generalpräventiven Erwägungen habe man in § 52a einen vorsätzlichen Verstoß gegen Aufbewahrungsvorschriften unter Strafe gestellt, wenn dadurch die Gefahr des Abhandenkommens oder des unbefugten Zugriffs

verursacht werde. Dies betreffe allerdings nur die stationäre Aufbewahrung von Waffen und Munition und nicht Fälle der vorübergehenden Aufbewahrung im Zusammenhang mit der Jagd oder dem sportlichen Schießen, z. B. beim Transport. Des Weiteren habe man eine erweiterte Bedürfnisprüfung, die vorgezogene Einführung eines nationalen Waffenregisters bis 2012, eine Ermächtigung an das BMI zur Regelung neuer Aufbewahrungsanforderungen – etwa durch biometrische Sicherungssysteme – und eine Anhebung der Altersgrenze für das Großkaliberschießen in Sportvereinen von 14 auf 18 Jahre vorgesehen. Durch ein gänzlich Verbot des Sportschießens mit solchen Waffen wäre nur eine Scheinsicherheit entstanden, da großkalibrige Waffen bei Jägern weiter zulässig bleiben müssten und da ohnehin auch mit kleinkalibrigen Waffen Mordtaten verübt werden könnten. Der Entschließungsantrag mache unter anderem deutlich, dass Phänomene wie das IPSC-Schießen und die Tötung von Menschen simulierende Spiele noch intensiv untersucht werden müssten und man sich damit in der Zukunft eingehend befassen werde.

Die **Fraktion der FDP** verweist auf die Begründung des eigenen Gesetzentwurfs und schließt sich der Darlegung der Koalition im Bezug auf das unnötige, gänzliche Verbot großkalibrigen Schießens an. Auch die zentrale Aufbewahrung von Waffen sei – wie die Anhörung bestätigt habe – nicht sinnvoll. Man begrüße das Vorziehen der Waffenregistereinführung und die Amnestieregelung. Was die Strafvorschrift in § 52a betreffe, so hätte es sich allerdings empfohlen, zunächst einmal abzuwarten, ob nicht die bestehenden Normen insoweit ausreichten. Die anlasslosen Kontrollen stellten alle Waffenbesitzer unter Generalverdacht. Eine bloße Steigerung der Kontrollandrohungen ohne Aufstockung des Personals sei ohnehin wirkungslos. Schließlich fehle erkennbar die Bereitschaft, bereits bestehende Regelungen daraufhin zu evaluieren, ob sie wirklich zu mehr Sicherheit führten. Nach Ansicht der Fraktion der FDP sei das Waffenrecht nicht der entscheidende Ansatzpunkt bei der Verhinderung von Amokläufen, sondern es müsse eine Kultur des Hinsehens geschaffen und ein Schwerpunkt auf Prävention, z. B. Schulsozialarbeit, Konfliktmanagement, Streitschlichtung oder Täter-Opfer-Ausgleich, gelegt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE** hält an ihrer Forderung fest, dass Schusswaffen in Privathaushalten nichts zu suchen

hätten. Dies sei auch durch die eindrucksvollen Ausführungen der Sachverständigen Prof. Dr. Bannenberg in der Anhörung zur Waffenaffinität bestimmter männlicher Jugendlicher bestätigt worden. Auch wenn es natürlich keine 100-prozentige Sicherheit geben könne, blieben die vorgeschlagenen Regelungen – offenbar aufgrund des Drucks der Waffenlobby – doch deutlich hinter dem Möglichen zurück. Die anlassunabhängigen Kontrollen der Aufbewahrung seien keine Lösung. Zum einen stellten sie die Waffenbesitzer unter Generalverdacht, zum anderen sei es, mangels Personals, praktisch völlig unmöglich, eine solche Kontrolle in Millionen von Fällen vorzunehmen. Die Fraktion DIE LINKE halte es hingegen für richtig, die Einführung des nationalen Waffenregisters vorzuziehen und unterstütze auch die Initiative der Fraktion der FDP im Hinblick auf eine Amnestieregelung. Die Frage, woher die Jugendgewalt und insbesondere die Gewalt an den Schulen kämen und was dagegen zu tun sei, schließe man mit der heutigen Diskussion keinesfalls ab. Dies werde den Ausschuss noch lange beschäftigen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beklagt, dass es bislang nicht gelungen sei, die Zahl großkalibriger Waffen in Privathaushalten zu verringern. Diese sei nach dem Amoklauf von Erfurt vielmehr sogar noch angestiegen. Die Sachverständige Prof. Dr. Bannenberg habe in der Anhörung klar gemacht, dass – wie auch alle Studien zeigten – ohne die leichte Verfügbarkeit von großkalibrigen Waffen viele potenzielle Täter letztlich von der Tatausführung Abstand nähmen. Mit den vorgeschlagenen minimalistischen Änderungen drückten sich die Koalitionsfraktionen vor der notwendigen gesellschaftspolitischen Debatte. Man müsse sich fragen, ob das von den großkalibrigen Waffen ausgehende enorme Risiko der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung – den Kindern, den Eltern und Lehrern – zugemutet werden könne, nur damit eine kleine Minderheit der Schützen eine Risikosportart ausüben könne, aufgrund von deren Gefahren in einem Zehn-Jahres-Abstand ganze Schulklassen ausgelöscht würden. Die Fraktion fordere daher, die Verwendung großkalibriger Schusswaffen in Sportvereinen zu verbieten, ebenso wie das IPSC-Schießen. Die Forderungen der Fraktion der FDP entsprächen den Forderungen der Waffenverbände und könnten daher nicht mitgetragen werden.

Berlin, den 17. Juni 2009

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

